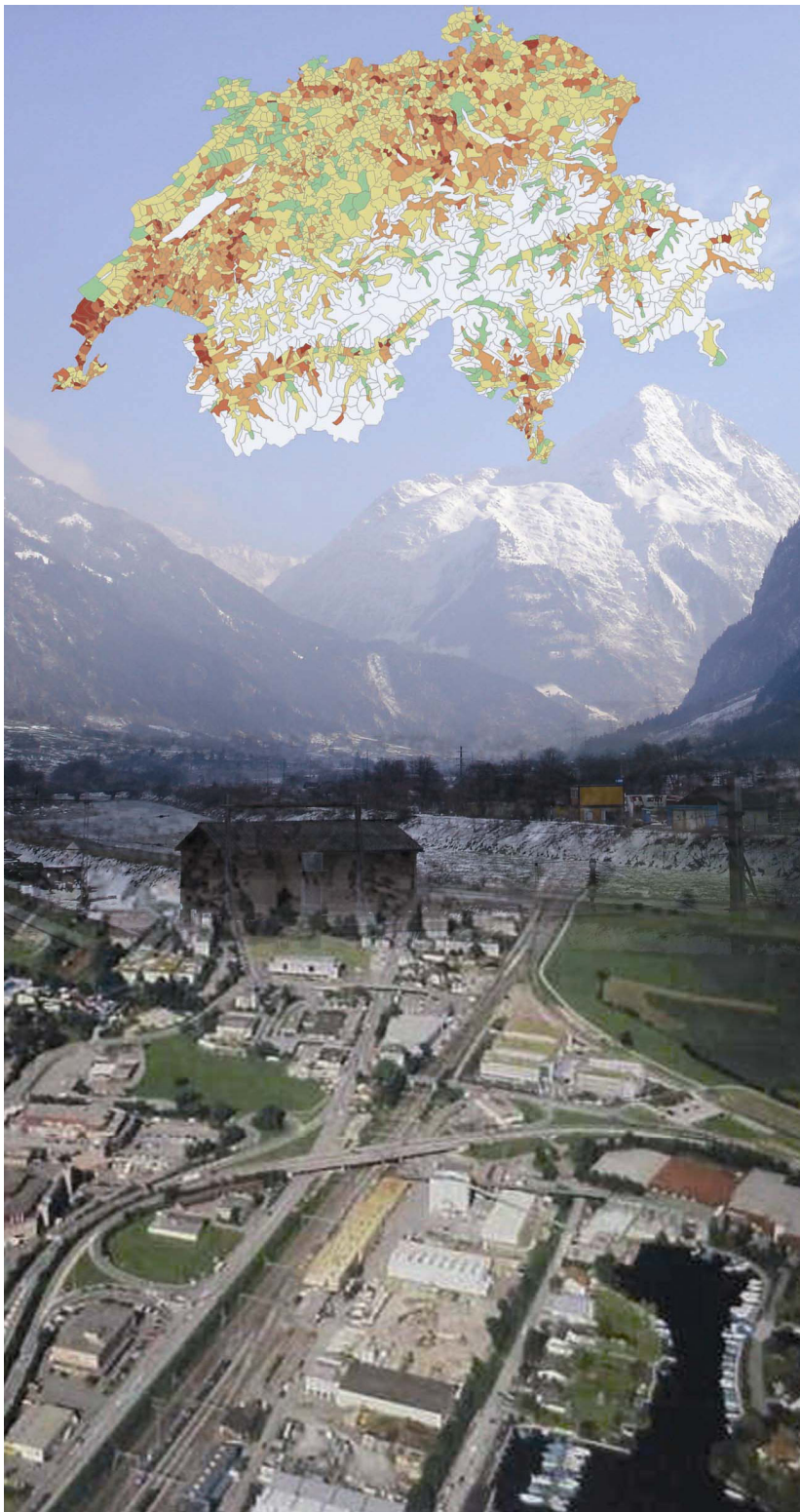


Regionale Disparitäten in der Schweiz

Teilbericht 1: Analyse regionaler Disparitäten

Im Auftrag des Bundesamtes für Statistik, Sektion Räumliche Analysen



Ernst **Basler + Partner** AG

Zürich, 27. November 2006

Impressum

Auftraggeberin

Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Räumliche Analysen (RA), Abteilung Raumwirtschaft und Nachhaltige Entwicklung (RW)

Peter Glauser, Barbara Jeanneret, Marie-Christine Hotz

Begleitgruppe

Bundesamt für Statistik (BFS)

Marcel Heiniger (Demografie und Migration (DEM), Bevölkerungsstudien und Haushaltssurveys (BS)), Beat Schmid (Sozioökonomische Analysen (LEB) / Wirtschaft, Staat und soziale Fragen (WISTA)), Christophe Matthey (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) / WISTA), André de Montmollin (Umwelt, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft (UNL) / RW)

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

Marco Kellenberger

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)

Annette Christeller Kappeler

Kartographie

Bundesamt für Statistik (BFS), ThemaKart

Thomas Schulz, Sabine Kuster-Ahrens (RA/RW)

Projektbearbeitung

Ernst Basler + Partner AG (EBP)

Prof. Dr. Alain Thierstein, Dr. Christof Abegg, Matthias Thoma, Nicole Stahel

Übersetzung: Bundesamt für Statistik, Sprachdienste

Auskunft: Barbara Jeanneret, BFS, Tel.: 032 713 62 91

Dokument-Nr.: be-d-21.03-ebp-1

Zusammenfassung

Ziele und Arbeitsprozess

Mit der Studie „Regionale Disparitäten in der Schweiz“ wurde ein Indikatorenset zur Abbildung regionaler Disparitäten erarbeitet. Das Indikatorenset will einen Beitrag zu einem vertieften Verständnis der räumlichen Dynamik in der Schweiz leisten. Es ergänzt damit bestehende Indikatorensysteme und Datenauswertungen. Ziel des Indikatorensets ist es, anhand von Schlüsselindikatoren einen gebündelten, rasch erfassbaren und einfach aktualisierbaren, querschnittsorientierten Überblick regionaler Disparitäten in der Schweiz zu ermöglichen. In der Betrachtung regionaler Disparitäten werden zwei Zugänge verbunden. Mit einem thematischen Zugang wird Bezug genommen auf funktionale Zusammenhänge regionaler Entwicklung. Mit einem politisch-institutionellen Zugang werden zudem die Ziele der Bundespolitik einbezogen. Der thematische Schwerpunkt liegt in der Betrachtung und Analyse sozio-ökonomischer Entwicklungen.

In Absprache mit einer Begleitgruppe, welche aus Expertinnen und Experten des Bundesamtes für Statistik, des Bundesamtes für Raumentwicklung sowie des Staatssekretariates für Wirtschaft zusammengesetzt war, wurden neun Themenbereiche regionaler Disparitäten eingegrenzt. In einem zweistufigen Selektionsprozess wurde gemeinsam mit der Begleitgruppe eine Beurteilung und Priorisierung bestehender Indikatoren hinsichtlich ihrer funktionalen und politischen Relevanz zur Erfassung und Abbildung regionaler Disparitäten vorgenommen. Daraus resultierte eine erste Liste von rund 40 Indikatoren sowie eine Auswahl von 15 Schlüsselindikatoren regionaler Disparitäten.

Analyse regionaler Disparitäten in der Schweiz

Mit Hilfe von kartographischen Darstellungen und Abbildungen werden in den 15 Schlüsselindikatoren Disparitäten und deren Entwicklung auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen dargelegt und erläutert. Anhand eines Disparitätenmasses werden die 15 Schlüsselindikatoren regionaler Disparitäten bezüglich Zustand und Veränderung zusammengefasst.

Ein einheitlicher Trend der Entwicklung regionaler Disparitäten ist nicht ersichtlich. Kurzfristige konjunkturell bedingte Effekte vermischen sich mit langfristig wirkenden Strukturveränderungen. Eine Querschnittsbetrachtung der Indikatoren zeigt voneinander abweichende, sich teilweise überlagernde Entwicklungen auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen.

Die grossmassstäbliche Ebene der **Metropolitanregionen** wird in zunehmendem Masse zu einem entscheidenden Einfluss- und Erklärungsfaktor räumlicher Prozesse. Das Zusammenspiel dieser Prozesse führt dazu, dass die Metropolitanregionen zunehmend als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Erscheinung treten. Insbesondere die beiden grossen Wirtschaftsräume Zürich/Nordschweiz und der Arc Lémanique verzeichnen ein sehr dynamisches Wachstum. In

diesen Metropolräumen konzentriert sich die Wertschöpfungskraft der schweizerischen Volkswirtschaft.

Die Prozesse auf der funktionalen Ebene der Metropolitanräume beeinflussen auch die sozio-ökonomische Entwicklung der **Kantone**. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird in zunehmendem Masse durch ihre Einbindung in grossregionale Zusammenhänge bestimmt. Innerhalb der Metropolitanregionen hat sich der Standortwettbewerb zwischen den Kantonen verschärft. Aufgrund ihrer strukturellen Grundlagen treten die Kantone mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in diesen Wettbewerb. Zu den Gewinnern zählen vorwiegend Kantone im Einzugsbereich der grossen Wirtschaftsräume.

Dem Trend zur Konzentration in den Metropolitanräumen stehen Stagnations- und Schrumpfungsprozesse in **peripheren Räumen** gegenüber. Anhand der Indikatoren zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wirtschaftsstruktur sowie der Demographie wird Ende der neunziger Jahre ein Trendbruch zu Gunsten der städtischen Räume ersichtlich. Nachdem die ländlichen Räume lange Zeit von einem dezentralen Wachstum profitieren konnten, trat mit dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung der Zentren-Peripherie Gegensatz wieder stärker hervor. Wie verschiedene Indikatoren deutlich gemacht haben, zeigen sich jedoch auch innerhalb der ländlichen Räume deutlich unterschiedliche Entwicklungen.

Gehören die Metropolitanräume insgesamt zu den "Gewinnern" der wirtschaftlichen Entwicklung, zeigen sich **innerhalb der Agglomerationen** anhand der Indikatoren deutliche Differenzen zwischen den Kernstädten und den Gemeinden des Agglomerationsgürtels. Die eigentlichen Zentren der wirtschaftlichen Dynamik mit hohen Arbeitsplatzzunahmen finden sich in den Umlandgemeinden der Grossagglomerationen. Dadurch wandelt sich das räumliche Muster von einer Kernstadt-Umland Beziehung zu einer polyzentrischen Stadtlandschaft, in der unterschiedliche Standorte verschiedenartige Funktionen übernehmen. Beim Arbeitsplatzwachstum sind es vielfach die kernstadtnahen Regionen, welche überdurchschnittliche Entwicklungen aufweisen. Bei der Bevölkerungsentwicklung hingegen schreitet die Periurbanisierung mit einem Wachstum in den weniger dicht besiedelten Gemeinden im äusseren Agglomerationsring und einem anhaltenden Flächenverbrauch weiter voran. Die polyzentrische Entwicklung mit ihren Veränderungen in der Arbeitsplatzstruktur und den Wohnstandorten findet einen Niederschlag in den Pendleraktivitäten. Die Pendlerdistanzen nehmen weiter zu, ermöglicht durch verbesserte Verkehrsinfrastrukturen und -angebote. Die Einzugsgebiete der metropolitanen Arbeitsmärkte dehnen sich weiter aus. Das Muster der Pendlerbeziehungen wird komplexer.

Schlussfolgerungen und Weiterentwicklung des Indikatorensets

Das Indikatorenset ist ein erster, pragmatischer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenderen Betrachtung regionaler Disparitäten. Anhand einer Einschätzung zur Themenabdeckung, der Analysetiefe, des Politikbezugs und der Kommunikationsfähigkeit können Stärken und Schwächen des bestehenden Indikatorensets identifiziert werden. Eine wesentliche Einschränkung hinsichtlich der Aussagekraft lässt sich auf das fehlende theoretische Fundament zurückführen. Mit der Beschränkung auf 15 Indikatoren sind zudem einer vollständigen Abdeckung regionaler Fragestellungen Grenzen gesetzt. Inhaltliche Lücken bestehen insbesondere bei der Berücksichtigung von Umweltaspekten.

Eine Weiterentwicklung des Indikatorensets ist denkbar in Richtung eines erweiterten Indikatoren-pools, eines Regionalentwicklungsmodells mit Systemcharakter und starker Theoriefundierung oder eines Politikcontrollings. Synergieeffekte bei der Aufbereitung der Datengrundlagen sind möglich durch eine verbesserte Koordination bereits bestehender Arbeiten. Insbesondere erscheint eine vertiefte Abstimmung zwischen den Bedürfnissen verschiedener Anspruchsgruppen als sinnvoll.

Eine Abstimmung erfordert einen engeren Austausch und eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren aus Bundesämtern, Forschung und Anwendung in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Im Sinne eines „Kompetenzzentrums Regionaldaten“ könnte ein solches Netzwerk zum einen einen benutzerfreundlicheren Datenzugang unterstützen. Zum anderen bestünde durch die verbesserte Abstimmung zwischen Datenbedürfnissen, Datenaufbereitung und Datennutzung die Möglichkeit, schneller auf sich verändernde Bedürfnisse reagieren zu können und damit die Praxisrelevanz statistischer Analysen zu erhöhen.

Berichterstattung

Die Berichterstattung zur Studie „Regionale Disparitäten in der Schweiz“ erfolgt in zwei sich ergänzenden Teilberichten:

- **Teilbericht 1 „Analyse regionaler Disparitäten“** beleuchtet anhand eines Sets von 15 Schlüsselindikatoren regionale Disparitäten in der Schweiz.
- **Teilbericht 2 „Grundlagen und Methoden“** legt die methodischen Grundlagen des Indikatorensets regionaler Disparitäten dar, und beleuchtet die Erfahrungen aus dem Arbeitsprozess im Hinblick auf die mögliche Weiterentwicklung des Indikatorensets.

Résumé

Buts et démarche

L'étude « disparités régionales en Suisse » a débouché sur le développement d'une série d'indicateurs destinés à illustrer ces disparités, et donc à permettre une meilleure compréhension de la dynamique spatiale en Suisse. Cette série d'indicateurs vient compléter les systèmes d'indicateurs et résultats d'exploitations déjà existants. Elle comporte des indicateurs clés sur différents thèmes qui, combinés entre eux, permettent de fournir, sous une forme condensée et facilement compréhensible, une vue d'ensemble actuelle des disparités régionales existant en Suisse. La mise en évidence des disparités régionales combine deux approches : l'approche thématique porte sur les rapports fonctionnels qui caractérisent les développements régionaux, l'approche politico-institutionnelle prend en compte les objectifs politiques au niveau fédéral. Ces indicateurs sont principalement analysés sous l'angle des développements socio-économiques.

Un groupe d'accompagnement composé d'experts issus de l'Office fédéral de la statistique, de l'Office fédéral du développement territorial et du Secrétariat d'Etat à l'économie a défini neuf domaines thématiques entre lesquels se répartissent les disparités régionales. Au cours d'une procédure de sélection en deux phases, nous avons évalué, avec le groupe d'accompagnement, les indicateurs existants du point de vue de leur fonctionnalité et de leur pertinence politique, et avons établi des priorités quant aux thèmes qui devaient servir à montrer les disparités régionales. Ce processus a débouché sur une première liste d'environ 40 indicateurs, ainsi que sur une sélection de 15 indicateurs clés des disparités régionales.

Analyse des disparités régionales en Suisse

Les 15 indicateurs clés et leur évolution sont représentés et expliqués au moyen de cartes représentant différents niveaux géographiques. Ces 15 indicateurs se voient attribuer un indice de disparité rendant compte de manière synthétique de l'état et de l'évolution des disparités régionales.

Aucune tendance générale des disparités régionales ne peut être dégagée, car il n'est pas possible de dissocier les effets conjoncturels à court terme des mutations structurelles à long terme. Une analyse transversale des indicateurs met en évidence des évolutions différentes, qui parfois s'influencent mutuellement, en fonction des niveaux géographiques.

L'échelon géographique supérieur représenté par les **régions métropolitaines** apparaît peu à peu comme le principal facteur déterminant et explicatif des processus territoriaux. L'action combinée de ces processus a pour conséquence que les régions métropolitaines se transforment progressivement en piliers du développement économique. Ainsi, la croissance est particulièrement dynamique dans les deux principaux ensembles économiques, constitués de Zurich et de la

Suisse du Nord-Ouest, d'une part, et de l'Arc lémanique, d'autre part. Ces deux espaces métropolitains créent la majeure partie de la valeur ajoutée de l'économie nationale.

Les processus qui se déroulent au niveau fonctionnel des espaces métropolitains influent aussi sur le développement socio-économique des **cantons**. La capacité économique de ces derniers est déterminée de plus en plus par leur participation aux processus économiques qui se font à un niveau régional large. La concurrence s'est aiguisée entre les cantons situés dans les régions métropolitaines. En raison de leurs différences structurelles, les cantons s'affrontent avec des armes parfois très inégales. Les gagnants sont principalement les cantons qui appartiennent à la zone d'influence des grands ensembles économiques.

Situées à l'écart des processus de concentration des espaces métropolitains, les **régions périphériques** sont confrontées à des processus de stagnation, voire de récession. Les indicateurs de la capacité économique, de la structure économique et de la démographie montrent que ce mouvement de concentration au profit des espaces urbains s'est amorcé à la fin des années 1990. Alors qu'auparavant, les régions rurales avaient longtemps bénéficié d'une croissance décentralisée, les disparités centre-périphérie ont commencé à se renforcer à nouveau avec la reprise économique. Les évolutions sont cependant très contrastées à l'intérieur même des régions rurales, comme le montrent plusieurs indicateurs.

Si, dans l'ensemble, les régions métropolitaines sont les grandes bénéficiaires de la croissance économique, des différences notables apparaissent également à **l'intérieur des agglomérations**, entre les villes-centres et les communes appartenant à la couronne d'agglomération. Les communes situées à la périphérie des grandes agglomérations sont les véritables centres de la croissance économique : c'est là que se créent massivement de nouveaux emplois. Le modèle ville-centre - région périurbaine est ainsi peu à peu remplacé par un modèle urbain polycentrique, dans lequel différents sites remplissent différentes fonctions. Le nombre d'emplois augmente le plus dans les régions proches des villes-centres. En ce qui concerne la population, celle-ci augmente surtout dans les communes moins densément habitées situées sur le pourtour des couronnes d'agglomération, contribuant à l'urbanisation de ces dernières et renforçant le phénomène de périurbanisation en général. Ce développement polycentrique, qui s'accompagne de changements dans la structure de l'emploi et des lieux de résidence, apparaît au travers des mouvements de pendulaires. Les distances parcourues par ces derniers continuent d'augmenter, grâce à l'amélioration des infrastructures et de l'offre de transports. Les zones d'attraction des marchés de l'emploi métropolitains continuent de s'étendre, et la structure des mouvements pendulaires gagne en complexité.

Poursuite du développement des indicateurs

Cette série d'indicateurs constitue une première solution pragmatique dans le processus visant à dresser une vue d'ensemble des disparités régionales. L'évaluation de la couverture thématique, de la profondeur analytique, de la pertinence politique et des modes de communication permettra d'en identifier les points forts et les points faibles. Un inconvénient majeur réside dans l'absence d'une base théorique, qui limite la pertinence des indicateurs. Par ailleurs, le nombre d'indicateurs clé ayant été limité à 15 dans cette première étude, il n'est pas possible d'aborder toutes les questions qui ont une portée régionale. Des lacunes existent notamment dans la prise en compte des aspects environnementaux.

Le développement de ces indicateurs devrait se poursuivre et viser la mise en place d'un pool d'indicateurs élargi, d'un controlling politique ou l'élaboration d'un modèle de développement régional présentant un caractère systémique et une forte composante théorique. Une meilleure coordination des travaux déjà réalisés ou en cours permettrait de produire des synergies dans la mise en place des bases de données. Il semblerait judicieux notamment de mieux coordonner les besoins des différents groupes intéressés.

Pour qu'une telle coordination ait lieu, il faut que la collaboration et les échanges soient renforcés entre les représentants des offices fédéraux, d'une part, et les chercheurs et les praticiens des entreprises privées, d'autre part. Un tel réseau pourrait constituer une sorte de « centre de compétences pour les données régionales » et faciliter à ce titre l'accès aux données. D'un autre côté, une meilleure coordination entre les besoins en données, la préparation des données et leur utilisation permettrait de réagir plus rapidement à l'apparition de nouveaux besoins. Les analyses statistiques seraient ainsi plus en phase avec la demande réelle.

Rapports

L'étude « Disparités régionales en Suisse » fera l'objet de deux rapports complémentaires :

- Le **rapport 1 « Analyse des disparités régionales »** présente 15 indicateurs clés qui servent à l'analyse des disparités régionales existant en Suisse.
- Le **rapport 2 « Bases et méthodes »** détaille les bases méthodologiques qui ont servi à la réalisation des indicateurs des disparités régionales et présente les constats qui ont été dressés pendant leur élaboration et qui pourraient fournir des pistes pour leur développement futur.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Aufgabenstellung und Berichterstattung	1
1.2	Ziele des Indikatorensets	2
1.3	Aufbau der Publikation	2
2	Regionale Disparitäten	4
2.1	Funktional-thematischer Zugang	4
2.2	Politisch-institutioneller Zugang	5
3	Methodik	8
3.1	Arbeitsprozess und Beteiligte	8
3.2	Themenbereiche regionaler Disparitäten	9
3.3	Indikatoren regionaler Disparitäten	10
3.4	Räumliche Massstabsebenen	12
3.5	Schlüsselindikatoren regionaler Disparitäten	13
4	Indikatoren regionaler Disparitäten	14
4.1	Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	14
	Indikator 1: Arbeitsplätze und Branchenstruktur	14
	Indikator 2: Neu entstandene Arbeitsplätze	19
4.2	Infrastruktur und Versorgung	23
	Indikator 3: Dienstleistungen für die Bevölkerung	23
4.3	Steuern und öffentliche Haushalte	28
	Indikator 4: Steuerbelastung	28
4.4	Bildung, Forschung und Innovation	33
	Indikator 5: Qualifikationsniveau der Bevölkerung	33
	Indikator 6: Bildungsabschlüsse	37
4.5	Erwerbsleben und Arbeitslosigkeit	41
	Indikator 7: Arbeitslosenquote	41
4.6	Demographie	46
	Indikator 8: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo	46
	Indikator 9: Jugend- und Altersquotient	50
4.7	Mobilität und Erreichbarkeit	54
	Indikator 10: Pendlersaldo	54
	Indikator 11: Erreichbarkeit von Zentren	58
4.8	Einkommen, Verteilung und soziale Sicherheit	60
	Indikator 12: Steuererträge natürlicher Personen	60
	Indikator 13: Kantonales Volkseinkommen	62
4.9	Bauen, Wohnen und Bodennutzung	65
	Indikator 14: Siedlungsfläche pro Einwohner	65
	Indikator 15: Wohnungsbestand	69

5	Regionale Disparitäten im Überblick.....	72
5.1	Gesamtüberblick anhand eines Disparitätenschemas	72
5.2	Regionale Disparitäten – eine Betrachtung auf verschiedenen Massstabsebenen	77
6	Literatur.....	81

1 Einleitung

1.1 Aufgabenstellung und Berichterstattung

Aufgrund eines zunehmenden Bedarfs nach vertieften Erkenntnissen zur regionalen Entwicklung und im Hinblick auf eine Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise resultierte der Auftrag des Bundesamtes für Statistik, in einer Studie die Grundlagen für eine Indikatorenset regionaler Disparitäten zu erarbeiten.

Die Aufgabenstellung umfasst drei Teilbereiche:

- Als erstes ist auf der Basis bestehender Arbeiten ein Set von Indikatoren zu identifizieren, welches die räumliche Dynamik in der Schweiz abbildet und ein möglichst umfassendes Bild regionaler Disparitäten ermöglicht.
- Zum zweiten sind die Indikatoren in ihrer zeitlichen Entwicklung zu interpretieren und im Hinblick auf eine breite Kommunikation aufzuarbeiten und zu visualisieren.
- Zum dritten soll die Studie eine Grundlage für ein Monitoring regionaler Disparitäten bilden und Empfehlungen hinsichtlich der Weiterentwicklung des Indikatorensets formulieren.

Die Berichterstattung zur Studie „Regionale Disparitäten in der Schweiz“ erfolgt in zwei sich ergänzenden Teilberichten:

- **Teilbericht 1 „Analyse regionaler Disparitäten“** beleuchtet anhand eines Sets von 15 Schlüsselindikatoren regionale Disparitäten in der Schweiz. Mit Hilfe von kartographischen Darstellungen und Abbildungen werden Disparitäten und deren Entwicklung auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen dargelegt, erläutert und zusammenfassend analysiert.
- **Teilbericht 2 „Grundlagen und Methoden“** legt die methodischen Grundlagen des Indikatorensets regionaler Disparitäten dar: den grundsätzlichen Zugang, die Bestimmung der relevanten Themenbereiche und die Selektion der Indikatoren. Zudem werden die Erfahrungen aus dem Arbeitsprozess beleuchtet und im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Indikatorensets ausgewertet.

1.2 Ziele des Indikatorensets

Bei der Erarbeitung des Indikatorensets wurden verschiedene Zielsetzungen berücksichtigt:

- Die Indikatoren sollen eine hohe inhaltliche Relevanz aufweisen, einerseits in Bezug auf die Beschreibung von räumlichen Veränderungsprozessen, andererseits aber auch durch den Bezug zu räumlichen Politikfeldern.
- Das Indikatorensset richtet sich an ein breites Zielpublikum aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft und ist dementsprechend verständlich aufgebaut und breit kommunizierbar.
- Das Indikatorensset beruht weitgehend auf bereits bestehenden Indikatoren. Die Daten müssen für eine flächendeckende Betrachtung auf gesamtschweizerischer Ebene vorhanden sein.

Aus diesen Zielsetzungen ist ersichtlich, dass es sich bei den "Indikatoren regionaler Disparitäten" um ein pragmatisches Indikatorensset zu regionalen Disparitäten handelt, welches einfach und regelmässig à jour gehalten werden kann. Entsprechend wird darauf verzichtet, die Auswahl der Indikatoren und deren Analyse auf einem theoretischen Fundament regionaler Entwicklung zu basieren und Abhängigkeiten und Wechselwirkungen von verschiedenen Indikatoren untereinander anzufügen.

Der Mehrwert des Indikatorensets besteht darin, anhand von Schlüsselindikatoren einen gebündelten, rasch erfassbaren und aktualisierbaren, querschnittsorientierten und aktuellen Überblick regionaler Disparitäten in der Schweiz zu ermöglichen. Es erlaubt auch, Daten und Analysen für ein breites Publikum darzustellen. Angesichts der thematischen Breite können und sollen bestehende Indikatorensysteme jedoch nicht konkurrenziert, sondern ergänzt werden. Eine ausführlichere Darstellung zu den Zielen und der Positionierung des Indikatorensets findet sich in Teilbericht 2 "Grundlagen und Methoden".

1.3 Aufbau der Publikation

Im vorliegenden Teilbericht 1 "Analyse regionaler Disparitäten" wird ein Indikatorensset bestehend aus 15 ausgewählten Schlüsselindikatoren definiert, dargestellt, beschrieben und interpretiert.

- In Kapitel 2 erfolgt eine kurze Beschreibung der Diskussion um regionale Disparitäten, insbesondere um den funktionalen und politischen Zugang bei der Analyse und Wertung von Disparitäten.

- In Kapitel 3 wird die angewendete Methodik dargelegt. Dies beinhaltet eine Darstellung des Arbeitsprozesses, der verwendeten räumlichen Massstabsebenen sowie eine kurze Inhaltsbeschreibung der Themenbereiche regionaler Disparitäten mit Nennung der 15 Schlüsselindikatoren. Für eine ausführliche Darstellung der Methodik sei auf den Teilbericht 2 "Methoden und Grundlagen" verwiesen.
- Kapitel 4 umfasst die eigentliche Analyse der Indikatoren. Die Auswertung für jeden Indikator beinhaltet eine kurze thematische Einführung, eine Definition des Indikators unter Bezug auf die Datenquelle, Visualisierungen mittels Karten und Graphiken sowie eine Beschreibung und inhaltliche Interpretation.
- In Kapitel 5 wird ein Überblick über den Zustand und die Entwicklung der Disparitäten anhand der 15 Schlüsselindikatoren dargelegt und ein Fazit zur Problematik regionaler Disparitäten auf unterschiedlichen Massstabsebenen vorgenommen.

2 Regionale Disparitäten

Unter regionalen Disparitäten werden Unterschieden zwischen verschiedenen Raumeinheiten verstanden. Dabei stehen meist sozio-ökonomische Disparitäten im Vordergrund. Eine Betrachtung regionaler Disparitäten birgt immer zwei Zugänge in sich: Einen "funktional-thematischen Zugang", der Bezug nimmt auf funktionale Zusammenhänge regionaler Entwicklung und einen "politisch-institutionellen Zugang", der Bezug nimmt auf die politischen Ziele. Die Kombination dieser beiden Zugangsweisen dient dazu, die für eine Betrachtung regionaler Disparitäten relevanten Themenbereiche herleiten zu können.

2.1 Funktional-thematischer Zugang

Regionale Disparitäten haben in der Schweiz seit je her bestanden und sind unter anderem ein Merkmal der arbeitsteiligen Wirtschaft. Die Entstehung ist auf unterschiedliche Entwicklungstreiber zurückzuführen. Im Folgenden werden drei wichtige Entwicklungstreiber zusammenfassend erläutert.

- **Veränderungen in klassischen Standortfaktoren (Erreichbarkeit und Ressourcen):** Gut ausgebaute Transportinfrastrukturen, die Erreichbarkeit von Absatzmärkten, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Investitionskapital sowie von Rohstoffvorkommen galten über lange Zeit als die wichtigsten Determinanten für die Standortgunst und die regionale Entwicklung. Andere Entwicklungstreiber hatten in den letzten beiden Jahrzehnten einen entscheidenden Einfluss auf die Herausbildung einer stark veränderten räumlichen Struktur der Schweiz, die Veränderungen in diesen "klassischen" Standortfaktoren bleiben aber wichtige Einflussgrößen der räumlichen Entwicklung.

Insbesondere die Verbesserung der regionalen Erreichbarkeit, als Kombination von Infrastrukturen und Mobilitätsangeboten mit lokaler, nationaler und internationaler Funktion hat zur täglichen Überwindung von grösseren Distanzen und damit zur Herausbildung von grösseren funktional verflochtenen Agglomerationsräumen geführt. Die Erreichbarkeit auf internationaler Ebene hat durch die Internationalisierung von Handel und Geschäftsbeziehungen an Bedeutung gewonnen und die Raumstruktur stark mitgeprägt.
- **Entstehung einer Wissensökonomie:** In jüngerer Zeit wurde vermehrt auf die Entstehung einer Wissensökonomie verwiesen, deren Unternehmen angewiesen sind auf diejenigen Standortfaktoren, welche den Innovationsprozess begünstigen. So beispielsweise das "tacit knowledge", d.h. das so genannte implizite Wissen, welches an Personen gebunden und nur schwer zu übermitteln ist und damit nicht einfach an andere Standorte transferiert werden kann. In der Finanz- und Dienstleistungsbranche sowie in den High-Tech und Life Science Industrien bewirkt die Summe von einzelnen Unternehmensstrategien und Stand-

ortsentscheiden eine neue räumliche Arbeitsteilung. Diese Veränderungen in der Wirtschaft bilden sich ungeachtet bestehender föderaler Strukturen räumlich ab und lassen verschiedene Dimensionen von regionalen Disparitäten entstehen.

- **Deregulierung der Finanzmärkte und Liberalisierung von Güter- und Dienstleistungsmärkten:** Mit der Deregulierung der Finanzmärkte und der Liberalisierung des Handels insbesondere im europäischen Binnenmarkt unterstützt von der Währungsunion ist eine Debatte in Wissenschaft und Politik entflammt, ob sich diese Veränderungen zu einer Angleichung der Einkommen in den Regionen ("Konvergenz", gemäss neo-klassischer Wirtschaftstheorie) oder zu einem weiteren Auseinanderdriften ("Divergenz", gemäss "New economic geography") entwickeln.

2.2 Politisch-institutioneller Zugang

Eine Beschreibung von Disparitäten und damit von unterschiedlichen regionalen Situationen sagt noch nichts darüber aus, in welchem Verhältnis diese zu den politischen Zielen stehen, welche Ausprägungen und Entwicklungen von Disparitäten als erwünscht oder unerwünscht betrachtet werden und ob sich daraus ein möglicher politischer Handlungsbedarf ableiten lässt.

Eine Diskussion regionaler Disparitäten hat demzufolge auf den bestehenden politischen Zielsetzungen aufzubauen. Dies sind im Wesentlichen die strategischen Ziele des Bundes als "oberstes Dach", die Regional- und Raumentwicklungspolitik als hauptsächlicher Bezugspunkt hinsichtlich regional und räumlich unterschiedlicher Entwicklungen sowie raumrelevante Sektoralpolitiken als ergänzende Beiträge.

Bundespolitische Ziele

Die Ziele des Bundes sind in der Bundesverfassung festgehalten. Bezogen auf die Thematik dieser Studie ist insbesondere Artikel 2 BV von Bedeutung, in dem verschiedene Aspekte regionaler Disparitäten angesprochen werden.

Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

In diesem Kontext hat der Bundesrat mit der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» zehn Handlungsfelder mit insgesamt 22 Massnahmen definiert. Das Handlungsfeld 7 benennt die Raum- und Siedlungsentwicklung, mit den Massnahmenprogrammen "Nachhaltige Raumplanung" und der "Strategie Neue Regionalpolitik". Um die Legislaturplanung stärker statistisch fundieren zu können und ein Mindestmass an Quantifizierung in der Bestandesaufnahme und in der Zielerreichung zu ermöglichen, hat der Bundesrat ein Projekt "Indikatoren als strategische Führungsgrössen für die Politik" erarbeitet. Des Weiteren wurden das Indikatorensystem Monet

(Monitoring der nachhaltigen Entwicklung) entwickelt, welches nicht auf ein Monitoring politischer Massnahmen abzielt, sondern auf eine möglichst breite und umfassende Abbildung der Nachhaltigen Entwicklung fokussiert ist (MONET 2003).

Raumentwicklungspolitik

Im Jahr 2005 hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) den "Raumentwicklungsbericht 2005" veröffentlicht. Mit dem Bericht beabsichtigt das ARE eine Debatte über die Einschätzung des Ist-Zustandes, die Zielsetzungen, die zu beeinflussenden Faktoren und die einzusetzenden Mittel in Gang bringen. Auf dieser Grundlage werden die Grundzüge der Raumordnung Schweiz aus dem Jahr 1996 überarbeitet.

Hinsichtlich der räumlichen Entwicklung der Schweiz formuliert das ARE das Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung und nimmt dabei Bezug auf das in der Bundesverfassung verankerte Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Mit dem Vorschlag für ein "Raumkonzept Schweiz" wird im Raumentwicklungsbericht ein Wunschbild für die Zukunft der Schweiz gezeichnet, welches Wirtschaftsdynamik und Solidarität vereint, "eine Schweiz die auf die Weitsicht ihrer Bürger und die Vitalität ihrer Wirtschaftsmotoren baut und gleichzeitig für eine gleichmässige Verteilung des Wohlstandes auf alle Landesteile sorgt" (ARE 2005:87). Im Raumentwicklungsbericht wird ein Bezugsrahmen für die nachhaltige Raumentwicklung aufgespannt, welcher sich auf bestimmte Aspekte der Raumentwicklung fokussiert. Die einzelnen Kriterien werden im Bericht weiter präzisiert und mit entsprechenden Indikatoren konkretisiert. Anhand der Indikatoren soll letztlich beurteilt werden können, ob die aktuelle Raumentwicklung auf nationaler Ebene als nachhaltig bezeichnet werden kann.

Regionalpolitik

In der Schweiz als föderalem Staat war die Frage von Disparitäten seit jeher von Bedeutung. Zurzeit befindet sich die Schweizer Regionalpolitik im Umbruch. Im November 2005 hat der Bundesrat nach einem längeren Diskussionsprozess die Botschaft über die Neue Regionalpolitik (NRP) vorgelegt. Die Neue Regionalpolitik zielt auf die Stärkung der regionalen Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ab. Durch die Verbesserung regionaler Standortfaktoren sollen Wachstumsimpulse geschaffen werden. Das Ziel der Neuen Regionalpolitik soll anhand von drei strategischen Ausrichtungen erreicht werden. Im Vordergrund steht die Förderung von Initiativen, Programmen und Projekten zur Stärkung der Innovationskraft, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. Die zwei anderen Ausrichtungen unterstützen und flankieren diese Hauptstossrichtung. Sie umfassen zum einen die Stärkung der Kooperation und die Nutzung von Synergien zwischen Regionalpolitik und weiteren raumwirksamen Sektoralpolitiken des Bundes. Zum anderen beinhalten sie den Aufbau und Betrieb eines integralen Wissenssystems über die Regionalentwicklung, die Aus- und Weiterbildung für regionale Akteure und die systematische Evaluation der Wirksamkeit. In der Botschaft des Bundesrates werden die Bevölke-

rungsentwicklung, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die räumliche Konzentration als für die Regionalpolitik massgebende Entwicklungstrends genannt. Im Hinblick auf die dritte Stossrichtung der NRP zur Entwicklung eines Wissenssystems Raumentwicklung wird das Controlling und Monitoring aktueller Prozesse an Bedeutung gewinnen.

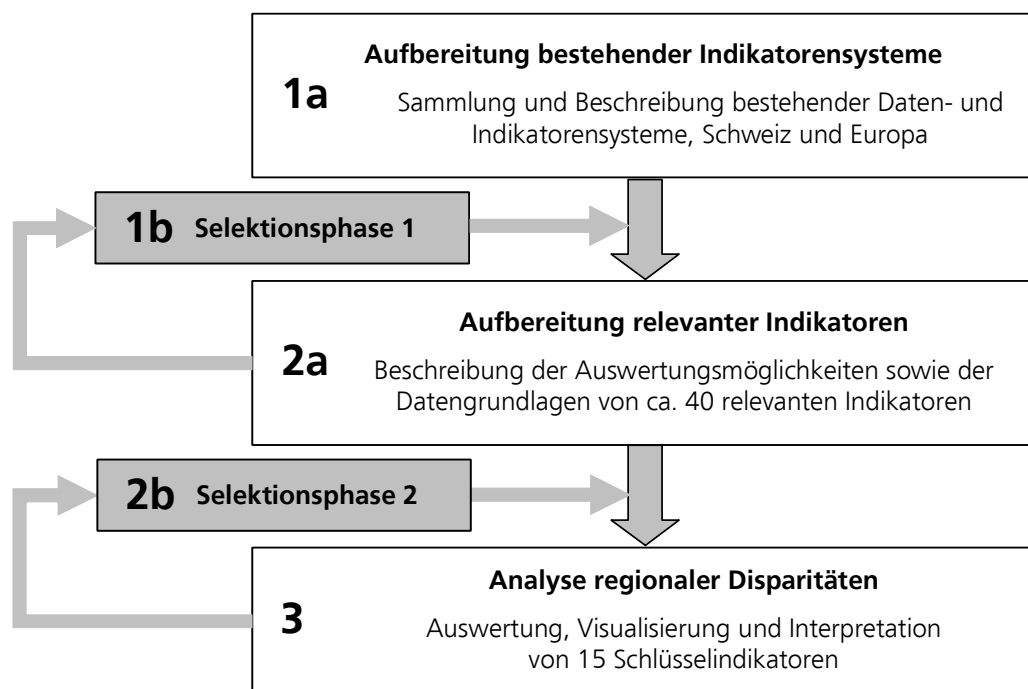
3 Methodik

Die folgenden Ausführungen geben einen kurzen Überblick zur Methodik bei der Erarbeitung des Indikatorensets. Eine ausführlichere Darstellung des Arbeitsprozesses findet sich in Teilbericht 2 "Grundlagen und Methoden".

3.1 Arbeitsprozess und Beteiligte

Der Arbeitsprozess hat sich in drei Arbeitsschritte gegliedert, die in Abbildung 1 ersichtlich sind.

Abbildung 1: Darstellung des Arbeitsprozesses



Zwei Formen der Beteiligung von Akteuren der Bundesverwaltung dienten dazu, den Prozess inhaltlich breiter abzustützen und zusätzliches Wissen zu integrieren: die Einrichtung einer Begleitgruppe, welche laufend in den Arbeitsprozess einbezogen wurde, sowie der selektive Einbezug weiterer Bundesstellen. Die Begleitgruppe setzte sich aus Experten verschiedener Sektionen des Bundesamtes für Statistik, sowie aus Vertretern des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) und des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) zusammen. Die Experten leisteten einen wesentlichen Beitrag bei der Auswahl der relevanten Themenbereiche regionaler Disparitäten, dem Selektionsprozess der Indikatoren sowie der Datenbeschaffung.

Durch den Einbezug weiterer Bundesämter, welche in raumbezogenen Bereichen tätig sind, wurden vorhandene Arbeiten und Erkenntnisse integriert und der Bezug zu den relevanten politischen Stossrichtungen hergestellt. Dazu wurden Gespräche mit sechs Amtsvertretern der folgenden Ämter geführt: Bundesamt für Raumentwicklung, Staatssekretariat für Wirtschaft, Bundeskanzlei, Bundesamt für Verkehr, Bundesamt für Umwelt sowie dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die Gespräche dienten dazu, die sektoralpolitischen Zielsetzungen zu klären, die Erfahrungen und das Wissen aus den Ämtern in Bezug auf die regional differenzierte Entwicklung nutzbar zu machen, Informationen zu bestehenden Indikatoren und Datengrundlagen zu erhalten, sowie die Erwartungen und Anforderungen an Indikatoren regionaler Disparitäten aus sektoralpolitischer Sicht abzuwägen.

3.2 Themenbereiche regionaler Disparitäten

Anknüpfend an die Ziele des Indikatorensets und die damit verbundene funktionale und politische Zugangsweise wurde eine breite Perspektive regionaler Disparitäten eingenommen und entsprechend in einem ersten Schritt eine Palette von 31 Themenbereichen zusammengestellt. Die Zusammenstellung und Auswahl der Themenbereiche basierte auf einer Literaturanalyse wissenschaftlicher Studien und politischer Grundlagen, einer Auswertung bestehender Indikatorensysteme und Datengrundlagen sowie auf Experteneinschätzungen. Die Expertinnen und Experten der Begleitgruppe nahmen eine Beurteilung und Priorisierung der Themenbereiche hinsichtlich ihrer Relevanz im Hinblick auf die Erfassung und Abbildung regionaler Disparitäten aus funktional-thematischer und politisch-institutioneller Sicht vor. Aus der Bewertung und der anschliessenden Konsolidierung resultierten die folgenden neun Themenbereiche regionaler Disparitäten:

- "Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit"
- "Infrastruktur und Versorgung"
- "Steuern und öffentliche Haushalte"
- "Bildung, Forschung und Innovation"
- "Erwerbsleben und Arbeitslosigkeit"
- "Demographie"
- "Mobilität und Erreichbarkeit"
- "Einkommen, Verteilung und soziale Sicherheit"
- "Bauen, Wohnen und Bodennutzung"

3.3 Indikatoren regionaler Disparitäten

Die Themenbereiche dienen als Basis, um die Indikatoren zuzuordnen und eine Selektion der Indikatoren vornehmen zu können. Die Bestimmung dieser Indikatoren erfolgte in einem Selektionsprozess mit zwei Phasen gemäss Abbildung 1.

Selektionsphase 1

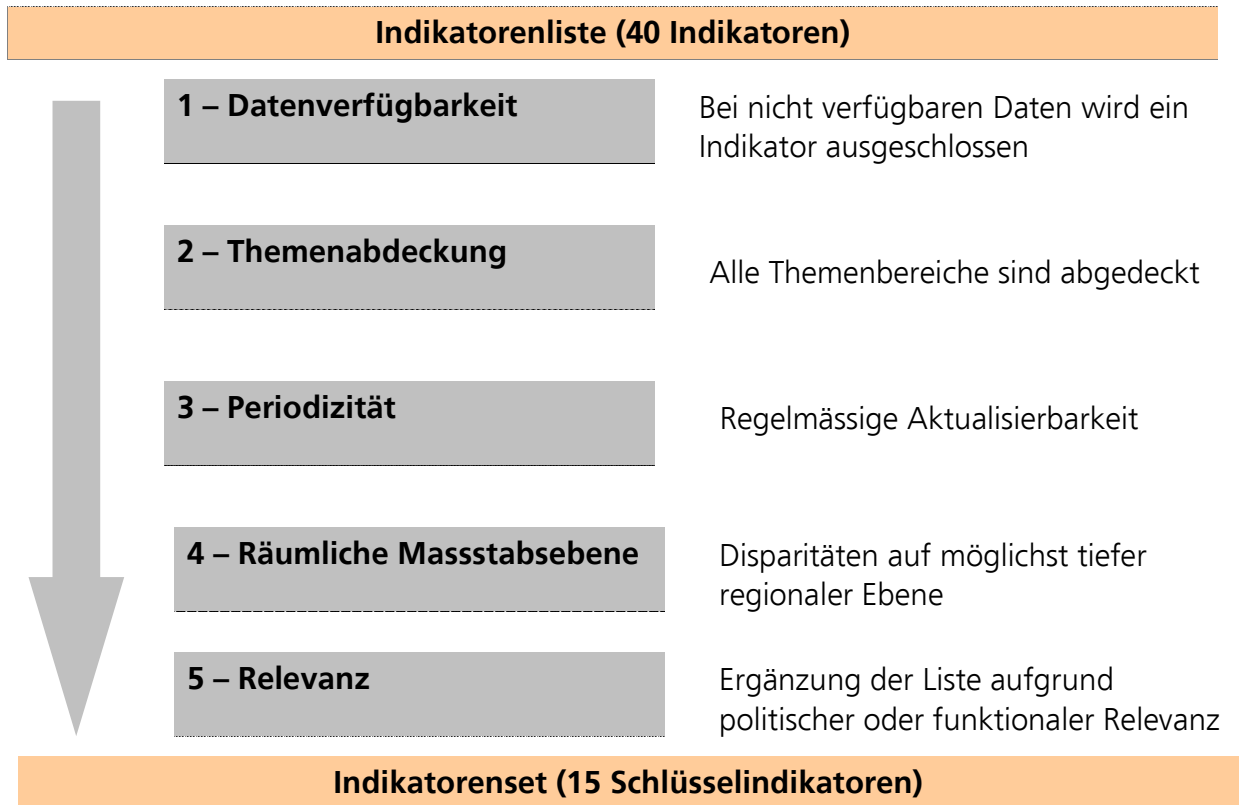
In der Selektionsphase 1 wurden die in einer umfassenden Analyse von bestehenden Indikatorensystemen gesammelten Indikatoren einer Triage unterzogen, um eine erste Auswahl von rund 40 aussagekräftigen Indikatoren zu erhalten. Bei der Auswahl der Indikatoren wurde eine Bewertung jedes einzelnen Indikators in zweierlei Hinsicht vorgenommen: bezüglich seiner funktionalen und seiner politischen Relevanz. Die Beurteilung erfolgte in einer dreistufigen Skala. Für die Liste der rund 40 Indikatoren wurden Indikatoren berücksichtigt, welche (A) in mindestens einer der beiden Beurteilungskategorien mit einer "hohen Relevanz" beurteilt werden, und/oder (B) in beiden Beurteilungskategorien „funktional“ oder „politisch“ mit einer "mittleren Relevanz" beurteilt werden.

Selektionsphase 2

In der Selektionsphase 2 wurde auf der Basis der rund 40 ausgewählten Indikatoren eine Selektion von 15 Schlüsselindikatoren vorgenommen. In einem ersten Schritt von Phase 2 erfolgte eine Bewertung der Indikatoren durch die Experten der Begleitgruppe. Diese nahmen im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme eine Bewertung jedes einzelnen Indikators in zweierlei Hinsicht vor: bezüglich seiner funktionalen und seiner politischen Relevanz. Die Beurteilung erfolgte in einer dreistufigen Skala. Die Experten hatten zudem die Möglichkeit, Indikatoren zu streichen bzw. diese Indikatoren durch neue Vorschläge zu ersetzen.

Basierend auf der bereinigten Indikatorenliste erfolgte die Selektion der 15 Schlüsselindikatoren in fünf Schritten. Der Ablauf der Selektionsschritte ist in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 2: Selektionsphase 2



Schritt 1 – Datenverfügbarkeit: Die Datenverfügbarkeit dient als erstes Ausschlusskriterium. Wenn für einen Indikator keine Daten verwendet werden können, wird dieser aus dem Selektionsprozess ausgeschlossen.

Schritt 2 – Themenabdeckung: Das Set der Schlüsselindikatoren soll die Breite der als relevant beurteilten Themenbereiche vollständig abdecken. Deshalb wird aus jedem der neun Themenbereiche mindestens ein Indikator ausgewählt.

Schritt 3 – Periodizität: Es wurde als Ziel des Indikatorensets formuliert, dass dieses mit einer gewissen Regelmässigkeit aktualisierbar sein muss.

Schritt 4 – Räumliche Massstabsebene: Mit dem Indikatorenset wird angestrebt, regionale Disparitäten auf einer möglichst tiefen räumlichen Massstabsebene erfassen zu können.

Schritt 5 – Relevanz: Ist nach Schritt 4 die Zahl von 15 Schlüsselindikatoren noch nicht erreicht, wird das Indikatorenset mit den hinsichtlich ihrer politischen oder funktionalen Relevanz am höchsten bewerteten Indikatoren ergänzt.

3.4 Räumliche Massstabsebenen

Für die Analyse regionaler Disparitäten sind verschiedene räumliche Massstabsebenen möglich, welche mit spezifischen Vor- und Nachteilen verbunden sind. Diese Vor- und Nachteile der einzelnen Ebenen gilt es in Bezug auf die Ziele des Indikatorensets abzuwägen. In Anbetracht der unterschiedlichen Zugangsweisen wurden verschiedene räumliche Ebenen gewählt, welche je nach der konkreten Analyse sowie nach Datenverfügbarkeit dargestellt werden. Diese Ebenen sind:

- **Kantone:** Mit den Kantonen besteht eine direkte Verbindung zur politischen Handlungsebene und zum System des schweizerischen Föderalismus.
- **MS-Regionen:** Für eine vertiefte Betrachtung kleinräumiger Disparitäten ist als zentrale Grösse ein Raumbezug unterhalb der Kantonsebene zu wählen ist. Die „Mobilité Spatiale“ Regionen als flächendeckende Regionseinteilung erscheinen dabei als zweckmässige Raumeinheit.
- **Gemeinden:** In einzelnen Fällen ist die Analyse auf Gemeindestufe aufgrund der politischen Rahmenbedingungen oder funktionaler Überlegungen zweckmässig.

Neben diesen räumlichen Massstabsebenen werden zur Analyse regionaler Disparitäten zwei weitere Raumgliederungen einbezogen.

- **Raumtypen:** Zur Analyse funktionaler Verflechtungen werden die vier Raumtypen der *Kernstädte*, der *Gemeinden des Agglomerationsgürtels* und des ländlichen Raumes mit seinen Kategorien des *semi-ruralen Raumes* und des *peripheren ländlichen Raumes* verwendet. Die Unterteilung des ländlichen Raumes basiert auf der Gemeindetypologie des Bundesamtes für Statistik (BFS 2005a).
- **Metropolitanregionen:** Die Metropolitanregionen umfassen die Grossagglomerationen Zürich, Arc Lémanique (Genf-Lausanne), Basel, Bern sowie die Tessiner Agglomerationen zusammen mit ihren funktional eng verflochtenen Nachbaragglomerationen, wie sie vom Bundesamt für Statistik ausgewiesen werden (BFS 2005a).

3.5 Schlüsselindikatoren regionaler Disparitäten

Die Anwendung des Selektionsmechanismus hat die folgende Liste der 15 Schlüsselindikatoren zur Abbildung regionaler Disparitäten ergeben. Bei einzelnen Indikatoren, wie etwa den Indikatoren 6 oder 9, werden verschiedene Teilaspekte zur besseren thematischen Abdeckung in einem Schlüsselindikator zusammengefasst.

	Indikator	Periodizität der Datenerhebung	Raumbezug der Datengrundlage
Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit			
1	Arbeitsplätze und Branchenstruktur	5 Jahre	Gemeinde
2	Neu entstandene Arbeitsplätze	jährlich	Gemeinde
Infrastruktur und Versorgung			
3	Dienstleistungen für die Bevölkerung	5 Jahre	Gemeinde
Steuern und öffentliche Haushalte			
4	Steuerbelastung	jährlich	Kanton
Bildung, Forschung und Innovation			
5	Qualifikationsniveau der Bevölkerung	10 Jahre	Gemeinde
6	Bildungsabschlüsse	jährlich	Kanton
Erwerbsleben und Arbeitslosigkeit			
7	Arbeitslosenquote	jährlich	Gemeinde
Demographie			
8	Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo	jährlich	Gemeinde
9	Jugend- und Altersquotient	10 Jahre / Jährlich	Gemeinde / Kanton
Mobilität und Erreichbarkeit			
10	Pendlersaldo	10 Jahre	Gemeinde
11	Erreichbarkeit von Zentren	unregelmässig	Gemeinde
Einkommen, Verteilung und soziale Sicherheit			
12	Steuererträge natürlicher Personen	jährlich	Gemeinde
13	Kantonales Volkseinkommen	jährlich	Kanton
Bauen, Wohnen und Bodennutzung			
14	Siedlungsfläche pro Einwohner	12 Jahre	Gemeinde
15	Wohnungsbestand	jährlich	Gemeinde

4 Indikatoren regionaler Disparitäten

4.1 Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region widerspiegelt das Niveau und die Effizienz des Einsatzes des regionalen Produktiv-, Sozial- und Humankapitals. Die regionale Wertschöpfung gilt zudem als wichtige Bestimmungsgrösse für bundesstaatliche territoriale Umverteilungen. Die regionale Wirtschaftsstruktur wird beschrieben durch die Zusammensetzung der verschiedenen vorhandenen Wirtschaftssektoren und weitere Details über Branchen, Betriebe und Beschäftigte. Die Wirtschaftsstruktur ist ein wichtiger Treiber räumlicher Veränderungsprozesse. Gewisse Teile der Wirtschaft, beispielsweise Unternehmen der so genannten „Wissensökonomie“, sind besonders wertschöpfungsintensiv und innovationsstark und haben intensive globale Verflechtungen. Eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ermöglicht einer Region Re-Investitionen und schafft damit gute Voraussetzungen für die wirtschaftliche Leistungserbringung und Entwicklung. Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) werden wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen mit innovativen Unternehmen als wesentliche Voraussetzungen für die Regionalentwicklung verstanden und sollen entsprechend gefördert werden.

Indikator 1: Arbeitsplätze und Branchenstruktur

Die Anzahl der Arbeitsplätze und deren Entwicklung über die Zeit geben einen Überblick über die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Teilräumen der Schweiz. Die Schweiz als hoch entwickelte Volkswirtschaft ist auf innovative Unternehmen angewiesen. Wissen ist dabei im Innovationsprozess der wichtigste Rohstoff. Einzelne Branchen sind für ihre Leistungserstellung in besonderem Mass auf spezialisiertes Wissen angewiesen. Im Folgenden werden mit 'High-Tech' und 'Wissensintensiven Dienstleistungen' für die Analyse zwei Branchenaggregate herausgegriffen. Die Definition der beiden wissensbasierten Sektoren basiert auf Dümmler (2005).¹

Die Daten zu den Arbeitsstätten und Arbeitsplätzen stammen aus der Eidgenössischen Betriebszählung, welche alle drei bis fünf Jahre durchgeführt wird (1985, 1991, 1995, 1998, 2001). Sie schliesst Arbeitsstätten aus dem zweiten und dritten Sektor ein und ermöglicht Auswertungen auf Gemeindeebene. Dargestellt sind jeweils die Vollzeitäquivalente, d.h. das Arbeitsvolumen von Teilzeitbeschäftigten wird auf Vollzeitstellen umgerechnet.

¹ 'High-Tech': NOGA 24.4, 30, 31, 32, 33, 35.30A

'Wissensintensive Dienstleistungen': NOGA 65 (ohne 65.11A/65.12A/65.12L/65.22A/65.22B), 66, 67, 70 (ohne 70.20A), 73, 74 (ohne 74.15A/74.40B/74.6/74.7/74.81/74.82A/74.83/74.84A/74.84C/74.84D), 92.40A.

Abbildung 3: Beschäftigtenentwicklung (Vollzeitäquivalente), 1985-2001

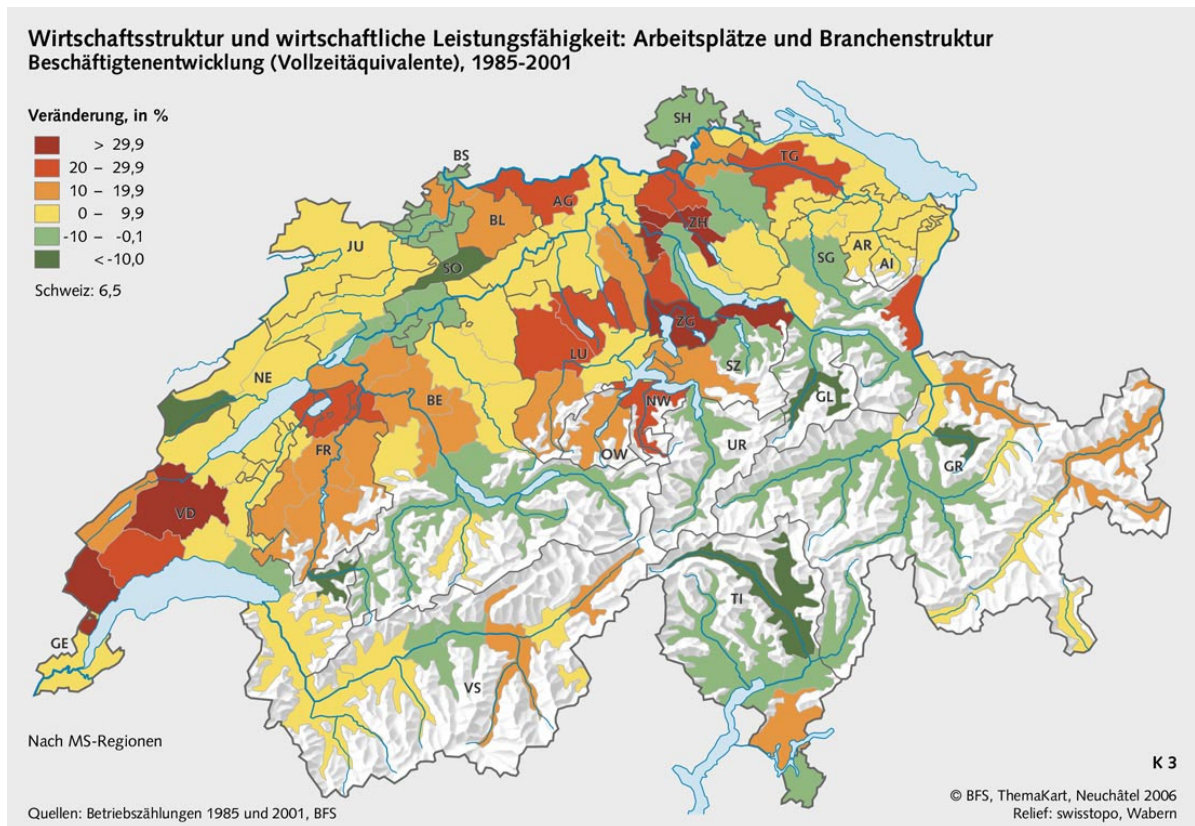


Abbildung 4: Beschäftigtenentwicklung (Vollzeitäquivalente), 1985-2001 nach Raumtypen

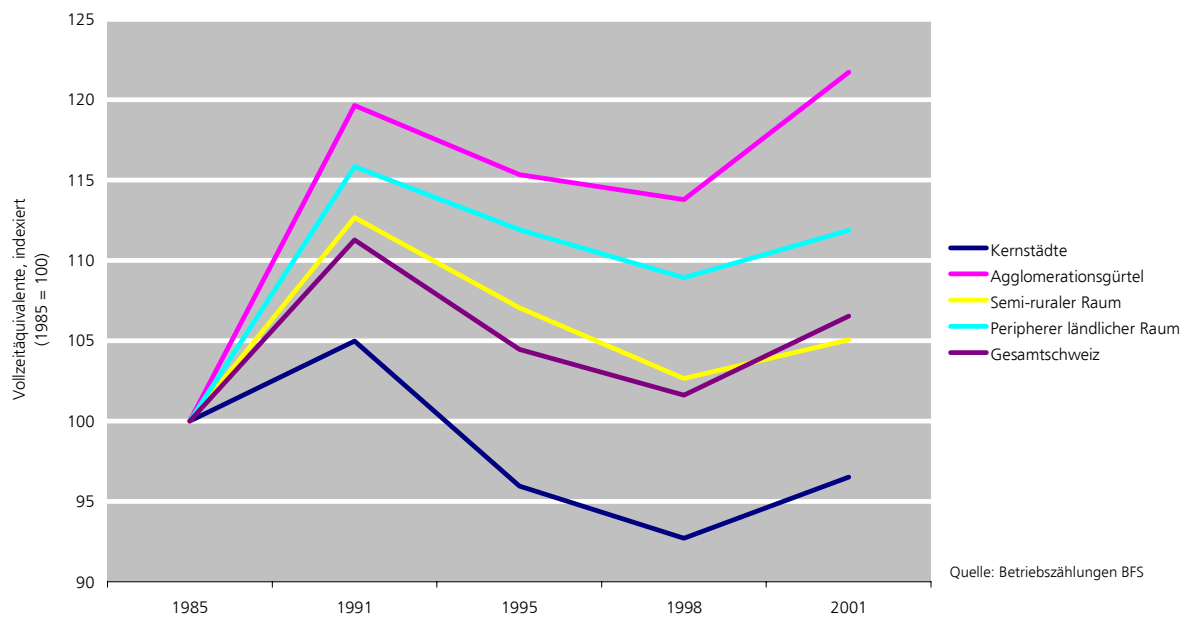


Abbildung 5: Beschäftigtenentwicklung (Vollzeitäquivalente), 1985-2001 nach Metropolitanräumen

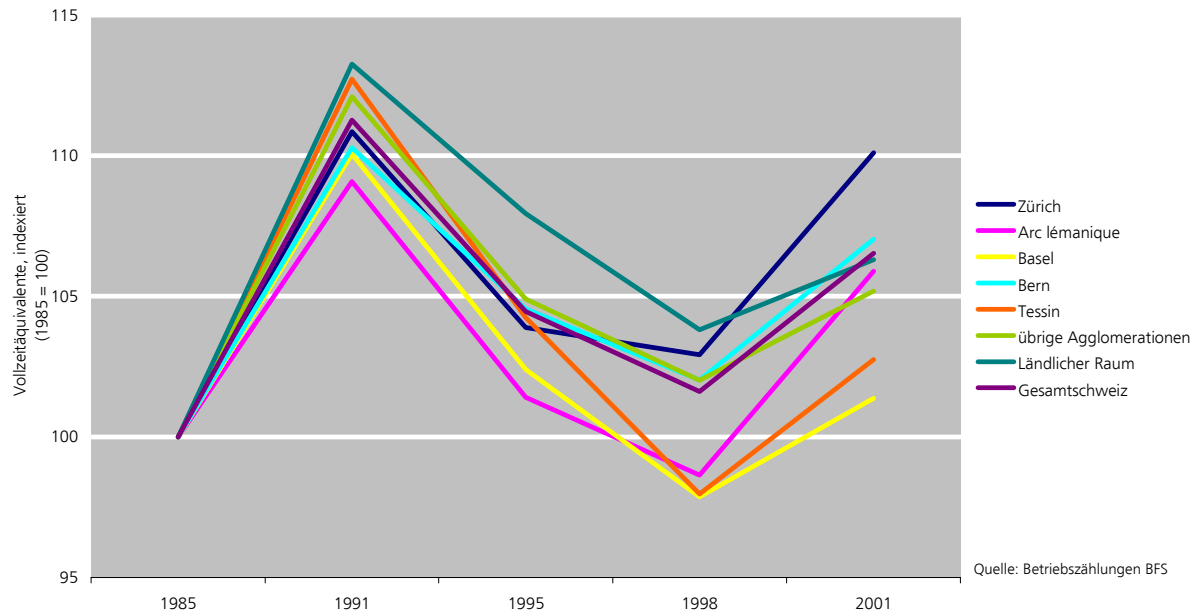


Abbildung 6: Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) und Standortquotient "High-Tech", 2001

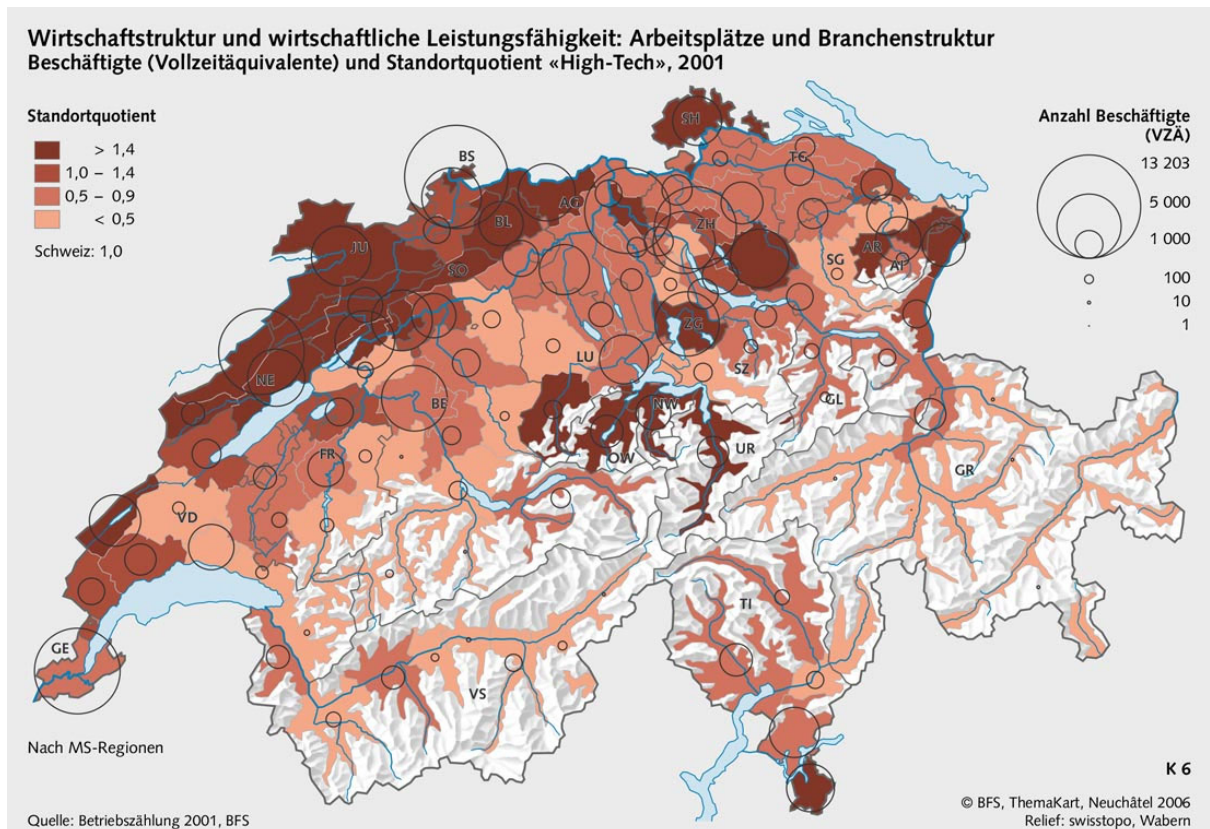
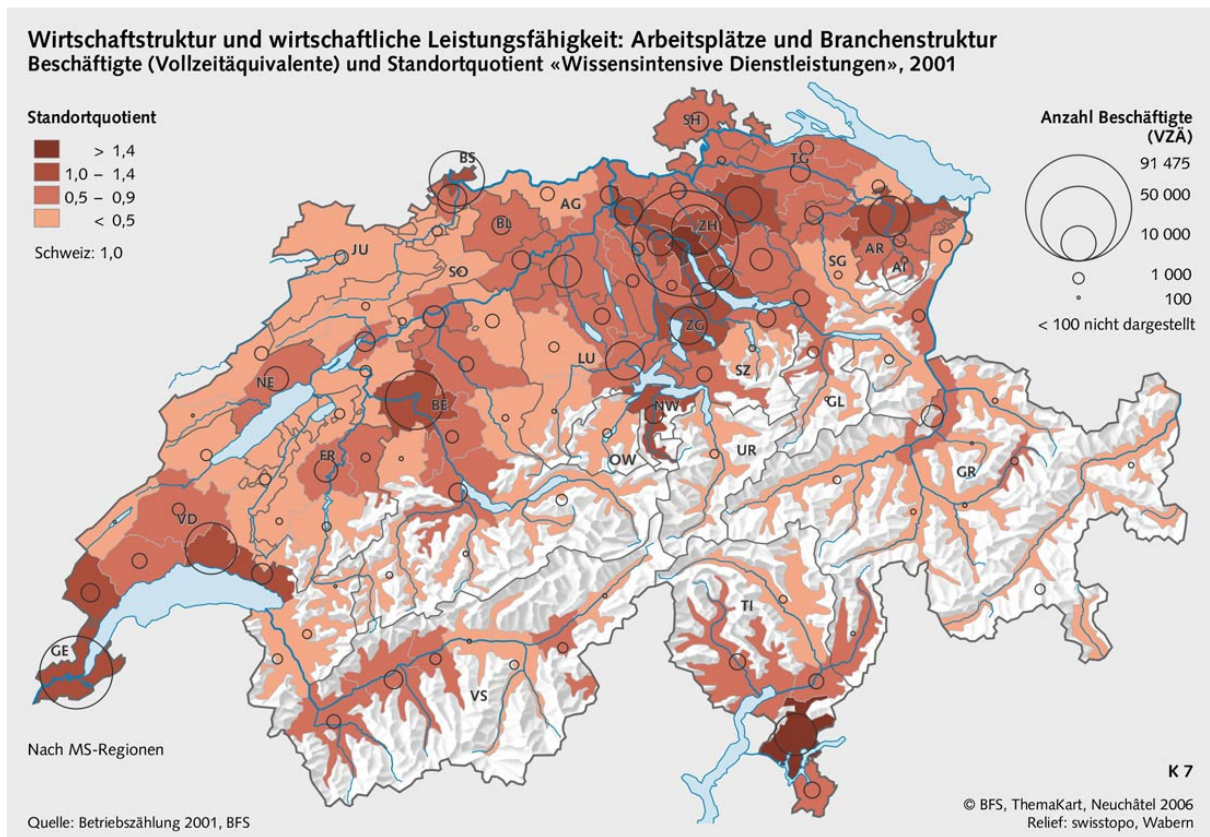


Abbildung 7: Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) und Standortquotient "Wissensintensive Dienstleistungen", 2001



- Konjunkturelle Entwicklung mit unterschiedlicher räumlicher Ausprägung:** Die Abbildungen 4 und 5 widerspiegeln die konjunkturelle Entwicklung seit 1985. Nach einer Boomphase Ende der 80er Jahre und einer wirtschaftlichen Stagnationsphase in den neunziger Jahren mit deutlichen Arbeitsplatzverlusten ist die Wirtschaft zwischen 1998 und 2001 mit einer Arbeitsplatzzunahme von 4.8 Prozent wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Abbildung 3 macht deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung regional sehr unterschiedlich verlaufen ist. Während die Region Glattal zwischen 1985 und 2001 ein Arbeitsplatzwachstum mit 44 Prozent das höchste Wachstum zu verzeichnen hatte, hat beispielsweise die Region Schanfigg in diesem Zeitraum rund ein Viertel ihrer Arbeitsplätze verloren. Neben den stärker industrialisierten Regionen am Jurasüdfuss sind vorwiegend periphere Regionen in den Alpenkantonen Wallis, Uri, Tessin, Glarus und Graubünden von Arbeitsplatzverlusten betroffen.
- Konzentration der wirtschaftlichen Dynamik in den Agglomerationen:** Die wirtschaftliche Dynamik hat sich seit Mitte der neunziger Jahre deutlich stärker in den Agglomerationen akzentuiert und den Trend zu einer räumlichen Konzentration der Arbeitsplätze verstärkt (Abbildung 3). Im Jahr 2001 haben 82 Prozent aller Beschäftigten ihren Arbeits-

platz innerhalb einer der 55 Agglomerationen und Einzelstädte der Schweiz. Innerhalb der Agglomerationen waren die grössten Zugewinne im Agglomerationsgürtel zu verzeichnen, während die Kernstädte Arbeitsplätze verloren haben. Die eigentlichen Zentren der wirtschaftlichen Dynamik finden sich in den Umlandgemeinden der Grossagglomerationen. Auffallend ist die hohe Arbeitsplatzzunahme angrenzend an die Kernstädte. Angrenzend an die Stadt Zürich sind dies das Glattal, welches von der Nähe zum Flughafen profitiert hat, und das Limmattal. In der Genferseeregion sind es die Regionen Nyon und Gros-de-Vaud. Im Kanton Zug sowie in der Region March, die unter anderem von ihrer steuerlichen Attraktivität profitieren, ist ebenfalls eine deutlich überdurchschnittliche Arbeitsplatzzunahme zu verzeichnen. Diese Entwicklungen führen zur Ausbildung von polyzentrischen Metropolregionen. Die Standorte innerhalb dieser Räume stehen in einer engen funktionalen Verflechtung zueinander und können jeweils komplementäre Funktionen wahrnehmen.

- **Metropolitanregionen Zürich und Arc Lémanique als Wachstumszentren:** Auch zwischen den Grossagglomerationen bestehen beträchtliche Unterschiede. Die beiden grössten Metropolitanräume Zürich und Genf-Lausanne sind seit 1998 auch diejenigen mit den höchsten absoluten und relativen Beschäftigtengewinnen und bilden die eigentlichen Wachstumszentren der Schweizer Volkswirtschaft. Das Wachstum wird dabei zu weiten Teilen von den eigentlichen Kernagglomerationen getragen, wobei sich der Grossraum Zürich im Gegensatz zum bipolaren Genferseebecken stärker polyzentrisch entwickelt.
- **Räumliche Konzentration wissensintensiver Branchen:** Die verschiedenen Wirtschaftszweige sind in der Schweiz regional unterschiedlich verteilt. Die Abbildungen 6 und 7 zeigen die regionale Konzentration der beiden Branchenaggregate "High-Tech" und "Wissensintensive Dienstleistungen" anhand von absoluten Beschäftigtenzahlen sowie der relativen Kennzahl des Standortquotienten. Der Standortquotient misst die regionale Bedeutung einer Branche anhand des schweizerischen Beschäftigungstotals dieser Branche, des regionalen Beschäftigungstotals aller Branchen der betrachteten Region sowie des gesamtschweizerischen Beschäftigungstotals aller Branchen. Je höher der Anteil einer Branche am Beschäftigungstotal einer Region ausfällt, desto grösser wird der Standortquotient. Weist der Standortquotient den Wert 1 auf, zeigt dies an, dass die Branche in der betrachteten Region dieselbe Vertretung besitzt wie in der Gesamtschweiz. Bei einem Standortquotienten kleiner 1 ist die Branche unter-, bei einem Wert grösser 1 übervertreten (Dümmler 2005:87). Die Abbildung 6 macht deutlich, dass mit Ausnahme von Basel der High-Tech Sektor in den MS-Regionen mit grösseren Städten im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich vertreten ist. Dümmler (2005) weist darauf hin, dass die Branchen, welche unter dem Begriff High-Tech zusammengefasst werden eher industriell geprägt sind und damit ebenfalls von der Deindustrialisierungstendenz der Städte betroffen sind. Die industriellen und platzintensiven Tätigkeiten werden durch wertschöpfungsintensive Dienstleistungen, höhere Bodenpreise und knappe Bodenmärkte aus den Kernstädten verdrängt. Ar-

beitsplätze im High-Tech Sektor werden deshalb überwiegend ausserhalb der grösseren Zentren in der Agglomeration geschaffen. Die wissensintensiven Dienstleistungen weisen eine sehr hohe räumliche Konzentration auf. Sie sind in besonderem Masse auf eine internationale Vernetzung und Anbindung sowie face-to-face Kontakte angewiesen. Die wissensintensiven Dienstleistungen sind dadurch vor allem in den grösseren und mittleren Zentren der Schweiz konzentriert. So etwa in Zürich mit seiner Konzentration an Arbeitsplätzen im Kredit- und Versicherungsgewerbe oder im Bankenplatz Genf. Auffallend ist auch die Arbeitsplatzkonzentration im Zürcher Glattal, welches von seiner Nähe zur Stadt Zürich und dem Flughafen Kloten profitiert.

Indikator 2: Neu entstandene Arbeitsplätze

Angesichts der Globalisierungsprozesse in der Weltwirtschaft und der damit verbundenen verstärkten Konkurrenz sehen sich die Unternehmen vor neuen Herausforderungen und sind in immer kürzeren Zeiträumen zu Struktur- und Produktionsanpassungen gezwungen. Ergänzend zur Betriebszählung kann die Statistik neu entstandener Unternehmen Aussagen zur aktuellen wirtschaftlichen Dynamik liefern. Im Folgenden werden die Arbeitsplätze in neu entstandenen Unternehmen ausgewiesen. Dabei werden wiederum die Vollzeitäquivalente verwendet. Die Daten zur Unternehmensdemographie des Bundesamtes für Statistik (UDEMO) entstammen der "Befragung neu entstandener Unternehmen" und werden jährlich erhoben. In der Statistik zur Unternehmensdemographie werden nur effektiv – "ex nihilo" – neu entstandene und wirtschaftlich aktive Unternehmen als Neugründungen erfasst. Aussagen zu Arbeitsplatzverlusten sind in dieser Betrachtung nicht möglich. Daten zu den neu gegründeten Unternehmen und Arbeitsplätzen können auf Gemeindeebene ausgewiesen werden. Die Vergleichsdaten der Beschäftigten für das Jahr 2001 (Vollzeitäquivalente) entstammen der Eidgenössischen Betriebszählung.

Abbildung 8: Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in neu gegründeten Unternehmen, 2000-2004

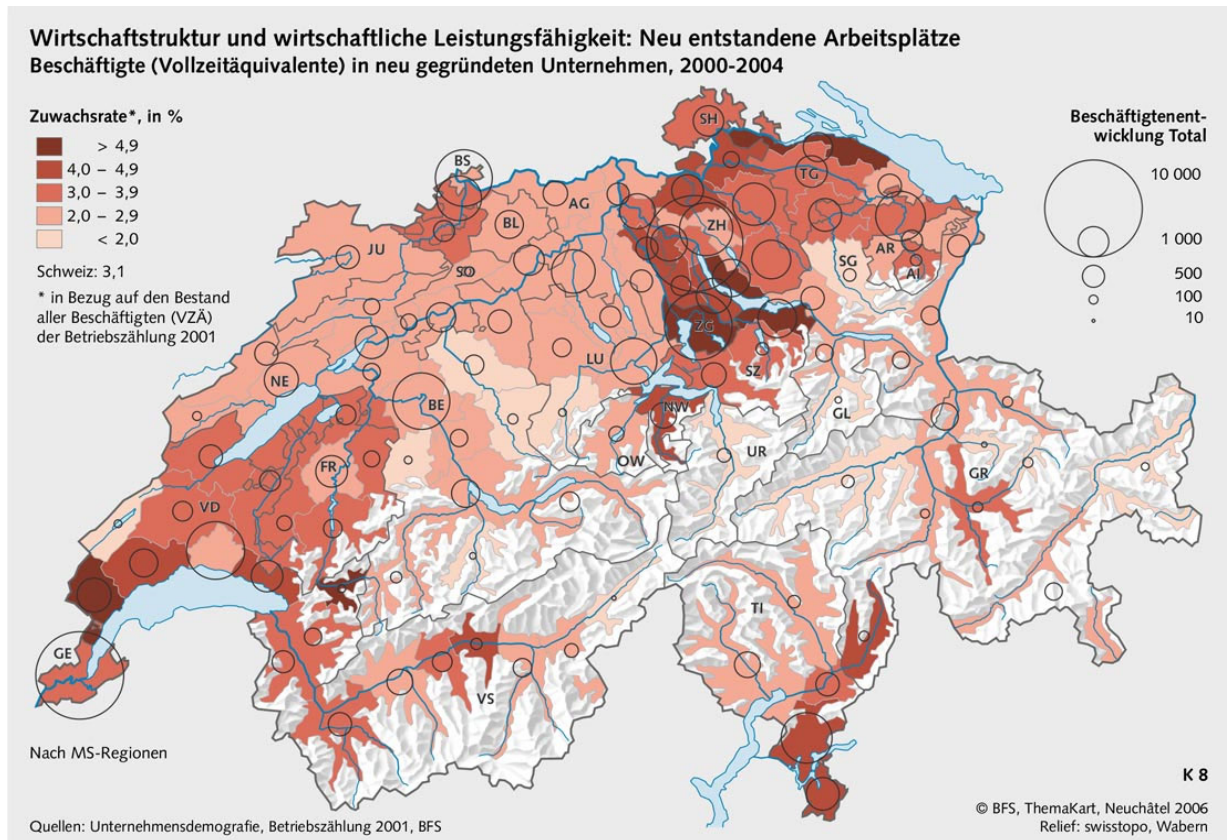


Abbildung 9: Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in neu gegründeten Unternehmen, 2000-2004 nach Raumtypen

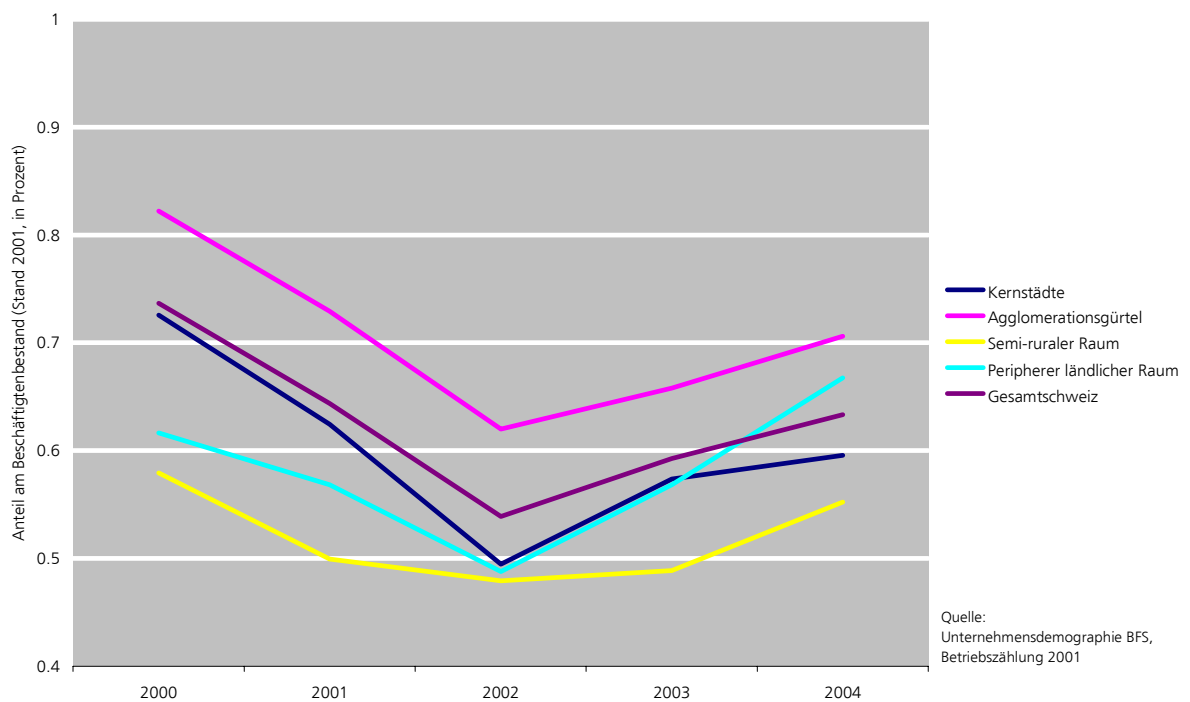
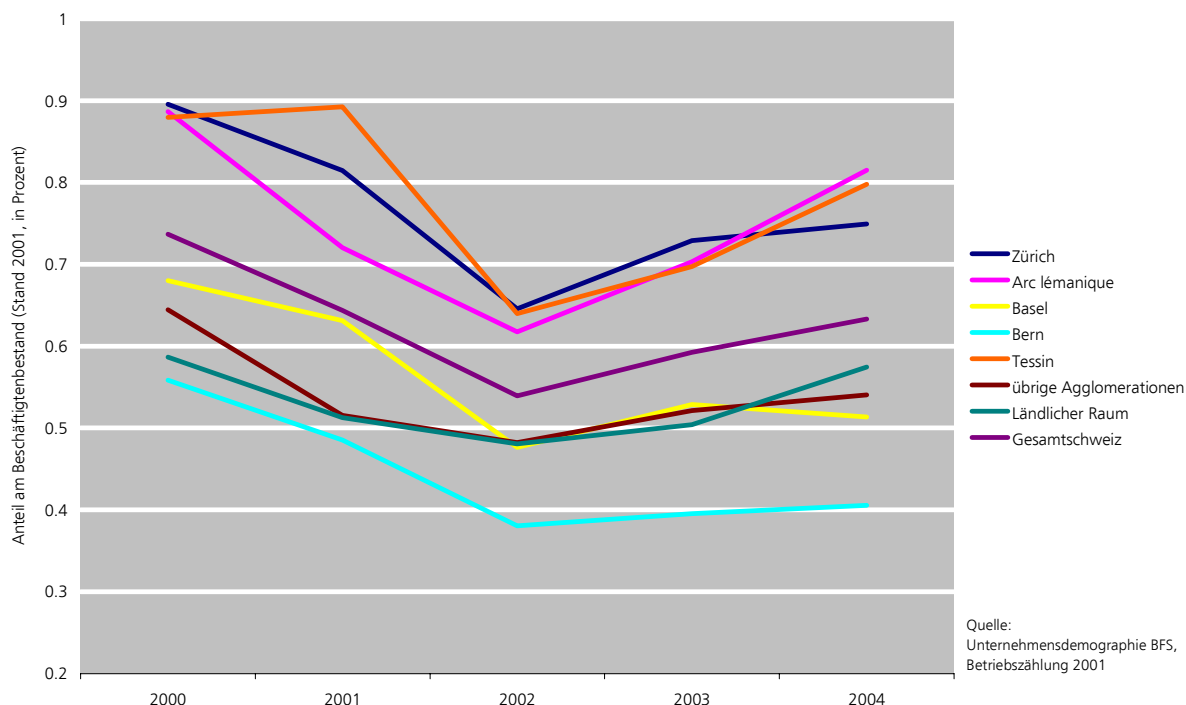


Abbildung 10: Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in neu gegründeten Unternehmen, 2000-2004 nach Metropolitanräumen



- Unternehmensgründungen überwiegend im Dienstleistungssektor:** 2004 wurden in der Schweiz 11'800 Unternehmen mit rund 20'000 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) neu gegründet. Die Anzahl neu gegründeter Unternehmen widerspiegelt die konjunkturelle Dynamik. Nach einer Abnahme der Anzahl Neugründungen zwischen 2000 und 2002 ist seitdem wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die neuen Unternehmen sind mehrheitlich klein, 95 Prozent der Unternehmen starteten 2004 mit weniger als 5 Vollzeitäquivalenten. Neue Arbeitsplätze werden im Zuge der Tertiarisierung überwiegend im Dienstleistungssektor geschaffen. 2004 waren 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze im tertiären Sektor angesiedelt. Die Unternehmensgründung ist in vielen Dienstleistungsbranchen mit vergleichsweise tiefen Startinvestitionen möglich. Wie der Anteil von weniger als einem Prozent am Bestand an Arbeitsplätzen zeigt, darf der Effekt durch Unternehmensgründungen in quantitativer Hinsicht nicht überbewertet werden. Die neuen Unternehmen tragen jedoch wesentlich zur wirtschaftlichen Dynamik und der Erneuerung und Anpassung der Wirtschaftsstruktur bei und bergen Potenziale für ein weiteres Beschäftigungswachstum.
- Gründungsdynamik in den Metropolitanregionen:** In Abbildung 8 bestätigt sich das Bild aus der Analyse der Arbeitsplatzentwicklung mit einer Akzentuierung der wirtschaftlichen Dynamik Ende der neunziger Jahre in den Agglomerationsräumen. Ersichtlich wird die Gründungsdynamik in den Metropolitanregionen. Dies betrifft zum einen den absoluten Zuwachs an Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2004 (Kreisdarstellung), zum anderen den

relativen Zuwachs in Bezug auf den Bestand aller Beschäftigten aus der Betriebszählung 2001 (Flächendarstellung). Besonders hervor stechen die Unternehmensgründungen in den Wirtschaftsräumen Zürich, Lausanne-Genf mit seiner wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft in der Romandie, sowie Tessin und Basel. Eine deutlich unterdurchschnittliche Gründungstätigkeit ist im Espace Mittelland zu verzeichnen. Neben den Kernstädten sind es insbesondere die oftmals steuergünstigen Regionen im Agglomerationsgürtel, die einen idealen Nährboden für Geschäftsgründungen bieten. Sie profitieren nicht nur von Unternehmensverlagerungen aus den Kernstädten heraus, sondern bieten auch ein attraktives Umfeld für Neugründungen.

- **Positiver Verstärkungseffekt in wirtschaftsstarken Regionen:** Eine Studie zu regionalen Unterschieden von Unternehmensgründungen führt verschiedene positive Einflussfaktoren für eine hohe regionale Gründungsquote an: Eine hohe Erwerbsquote, ein hoher durchschnittlicher Bildungsstand der Bevölkerung, eine hohe regionale Kaufkraft sowie eine überdurchschnittliche Selbständigenquote (Bergmann, Volery 2006). Wie die Autoren zeigen, entsteht dadurch ein positiver Verstärkungseffekt. Wirtschaftlich bereits erfolgreiche Regionen bringen mehr Gründungen hervor als weniger erfolgreiche Regionen.

4.2 Infrastruktur und Versorgung

Die Ausstattung einer Region mit öffentlichen und privaten Infrastrukturen und Dienstleistungen wie beispielsweise Strassen, Wasserversorgung, Postdiensten, Elektrizität, Telekommunikation, Kultureinrichtungen oder weiteren Dienstleistungen für Unternehmen und Bevölkerung ist ein massgeblicher Faktor der regionalen Wohn- und Wirtschaftsqualität. Die Infrastrukturausstattung ist dabei als Summe einzelner Standortfaktoren zu betrachten, welche erst im Zusammenspiel für Standortentscheide relevant sein können.

Die regionale Ausstattung an (Versorgungs-)Infrastruktur ist Teil der politischen Diskussion, insbesondere im Bereich des Angebotes von öffentlichen Dienstleistungen ("Service Public"). Mit der Grundversorgungspolitik will der Bund zum Ausgleich regionaler Disparitäten beitragen. Die Bedeutung der materiellen (Basis-)Infrastruktur für die regionale Entwicklung nimmt mit der weitgehend flächendeckenden Verbreitung generell ab.

Indikator 3: Dienstleistungen für die Bevölkerung

Die Versorgung mit Dienstleistungen trägt wesentlich zur Lebensqualität der Bevölkerung in einer Region bei. Mit der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung haben sich die Versorgungsstrukturen verändert. Der Begriff der "Dienstleistungen für die Bevölkerung" basiert auf einer erweiterten Definition des Service Public. Zu den Dienstleistungen für die Bevölkerung zählen die Geschäfte, die markt- und nichtmarktbestimmten, öffentlichen und privaten Dienstleistungen und die Infrastruktureinrichtungen, welche die Bevölkerung bei ihren alltäglichen oder gelegentlichen Aktivitäten in Anspruch nimmt.

Betrachtet werden zwei Aspekte der Versorgung mit Dienstleistungen für die Bevölkerung: Die räumliche Verteilung der Leistungserbringer und deren Erreichbarkeit für die Bevölkerung. Der Erreichbarkeitsindex errechnet sich aus der durchschnittlichen Distanz zum nächstgelegenen Angebot von 22 ausgewählten Dienstleistungen. Die Berechnung erfolgt auf der Basis eines digitalen Landschaftsmodells, welches kombiniert wird mit den geokodierten Daten der Eidgenössischen Betriebszählung 2001 und der Eidgenössischen Volkszählung 2000 entlang des Strassennetzes. Die räumliche Verteilung von Arbeitsstätten und Beschäftigten wird für den Detailhandel mit der Hauptrichtung Nahrungsmittel näher betrachtet. Im Gegensatz zu Dienstleistungen aus dem Bildungs-, Post- oder Gesundheitsbereich ist der Detailhandel ungleich stärker marktbestimmt. Die Geschäfte unterliegen in Bezug auf ihre Standortwahl keinen staatlichen (Regulierungs-) Eingriffen. Die Daten zu den Arbeitsstätten und Beschäftigten stammen aus der Eidgenössischen Betriebszählung.

Abbildung 11: Erreichbarkeitsindex, 2001

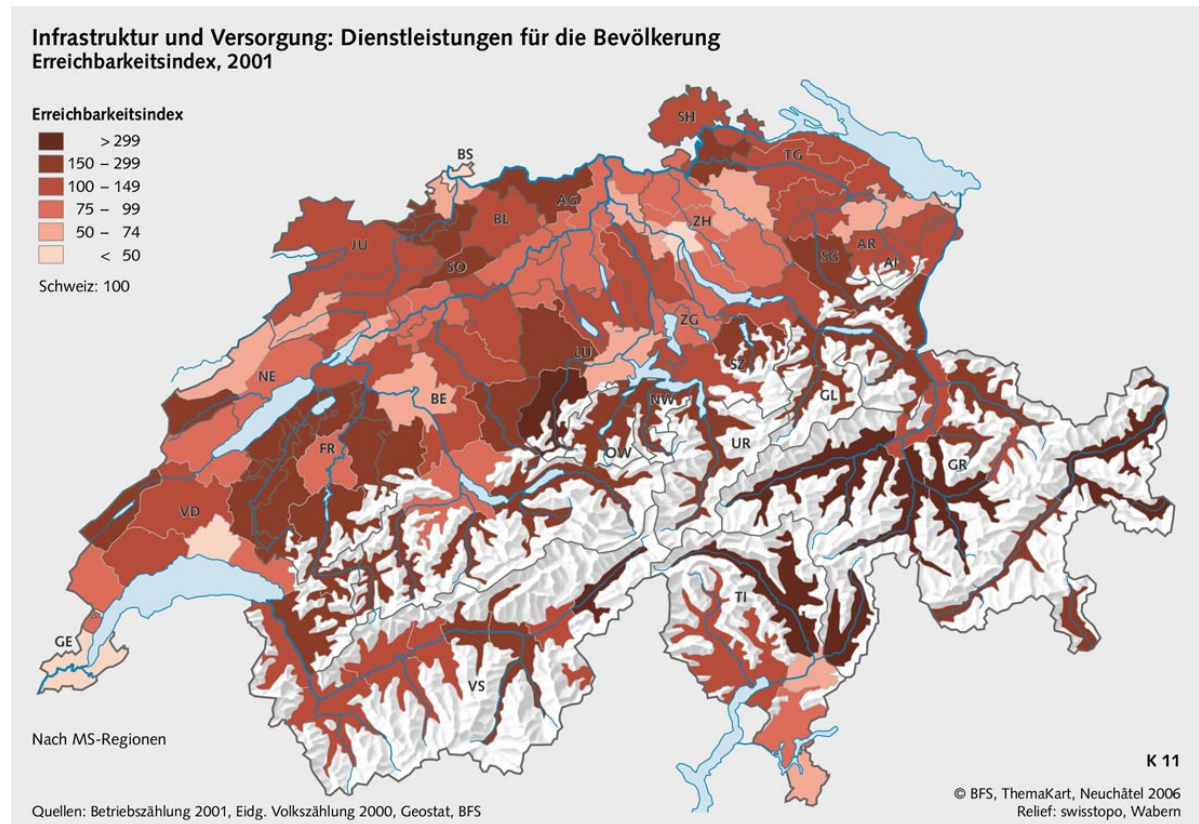


Abbildung 12: Allgemeine Lebensmittelgeschäfte, Arbeitsplatzdichte, 2001

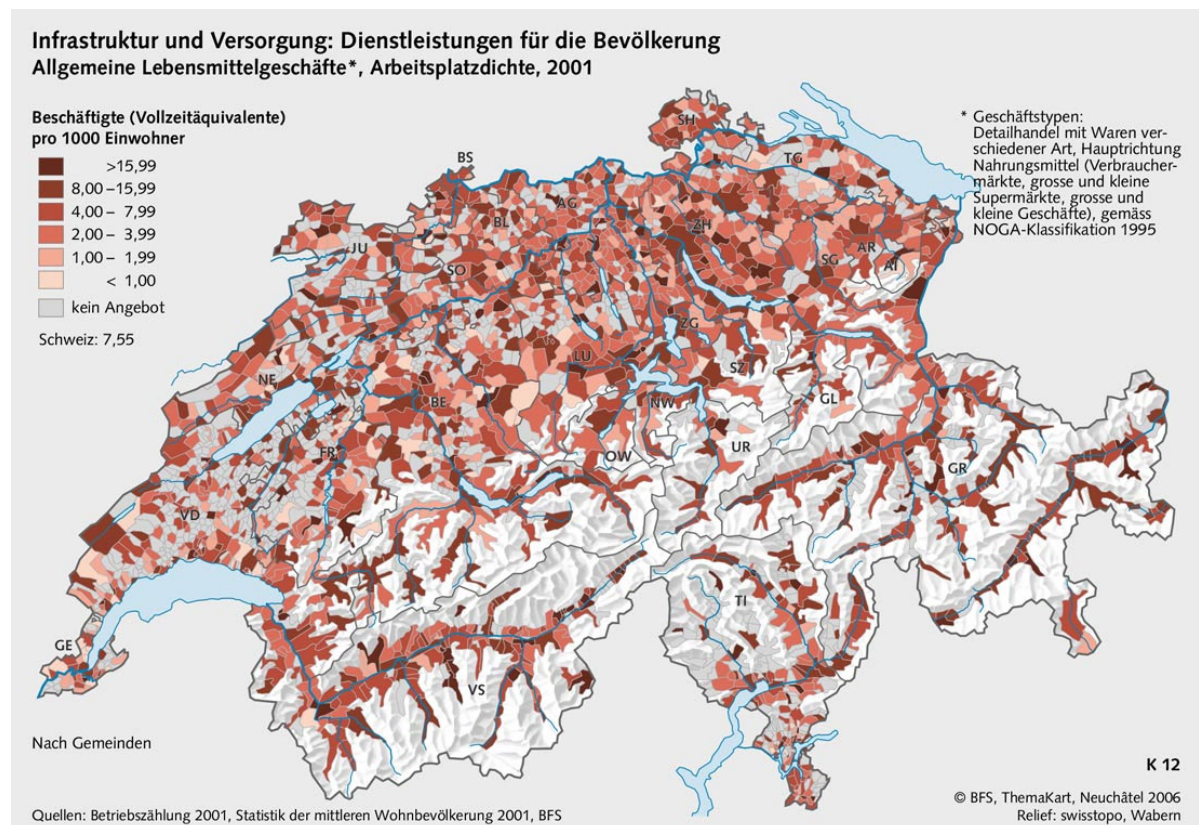


Abbildung 13: Allgemeine Lebensmittelgeschäfte, Beschäftigtenentwicklung
(Vollzeitäquivalente), 1995-2001

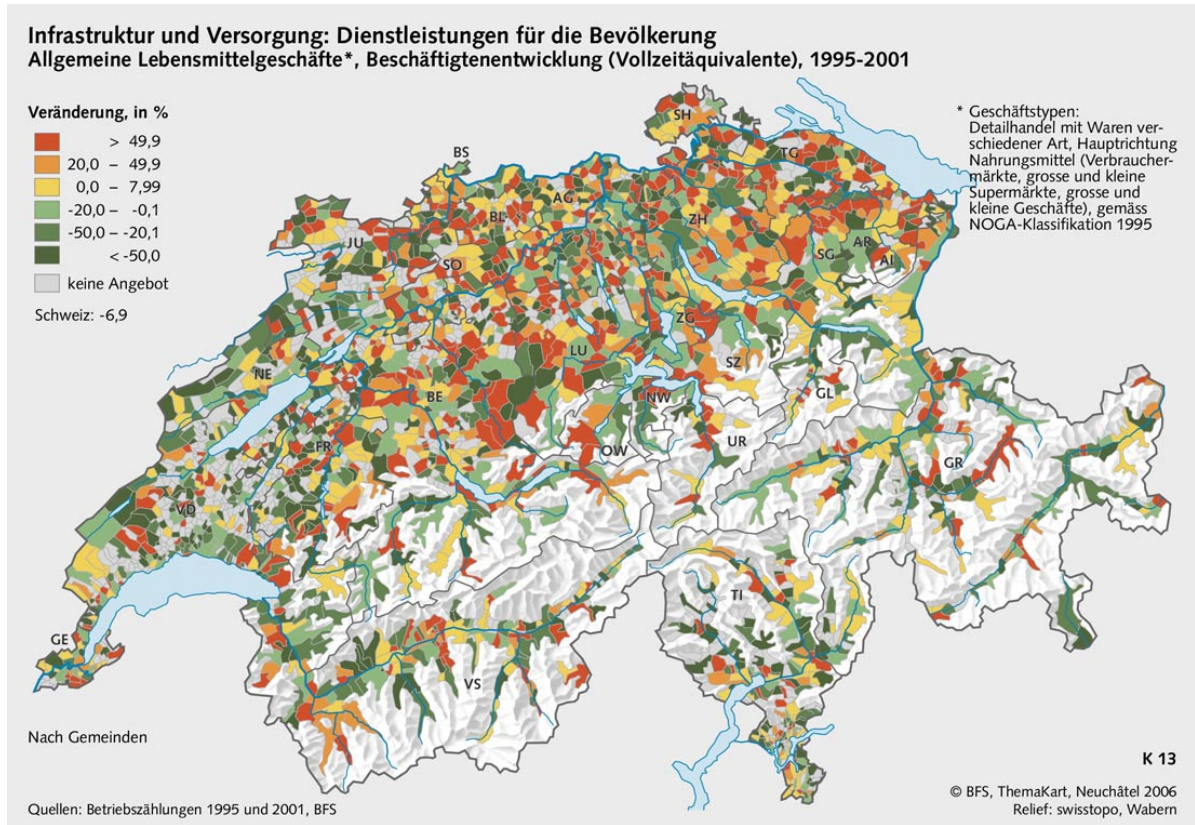
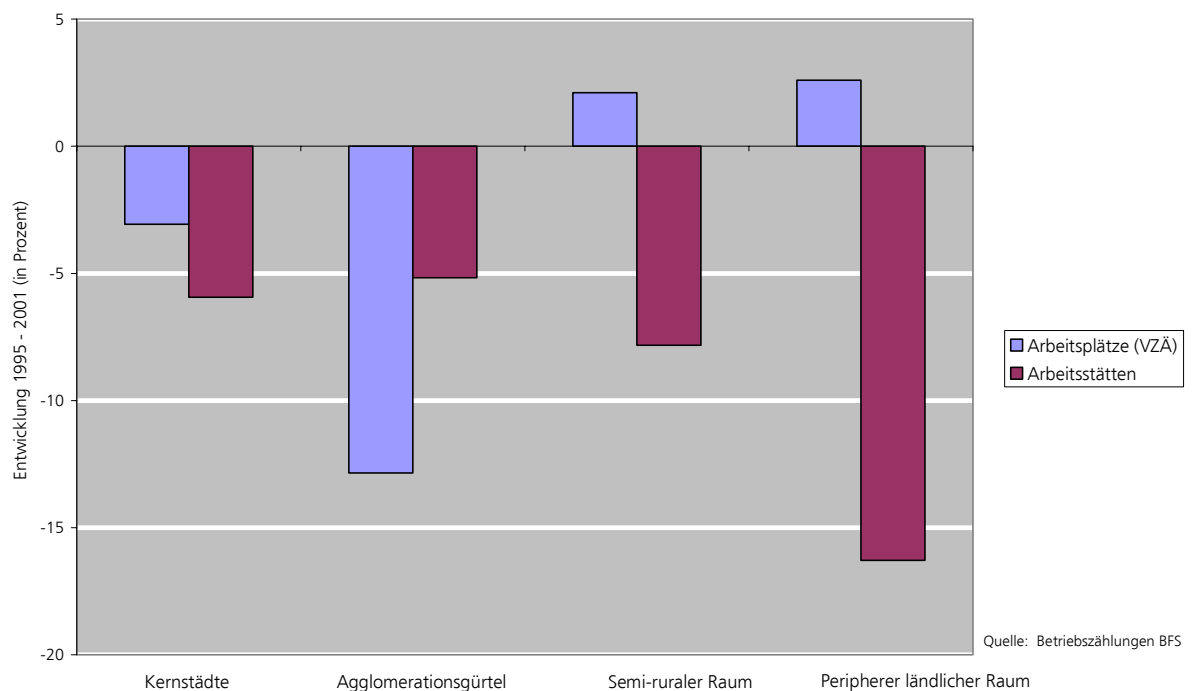


Abbildung 14: Allgemeine Lebensmittelgeschäfte, Beschäftigtenentwicklung
(Vollzeitäquivalente), 1995-2001 nach Raumtypen



- **Erreichbarkeitsindex als Zentralitätsmass:** Der Erreichbarkeitsindex fasst die durchschnittliche Distanz zu 22 verschiedenen Dienstleistungen zusammen. Zum einen sind dies Dienstleistungen mit einer weiten räumlichen Verbreitung, wie etwa die obligatorischen Schulen, welche in fast 90 Prozent aller Gemeinden vorhanden sind. Zum anderen aber auch Dienstleistungen wie Kinos oder Kinderkrippen, welche in verhältnismässig wenigen Gemeinden anzutreffen sind. Die räumliche Verteilung der einzelnen Dienstleistungen ist dabei von verschiedenen Einflussfaktoren abhängig: der Marktstruktur, der Bevölkerungs- bzw. Nachfragedichte oder politischen Einflüssen. Aufgrund der breiten Zusammensetzung mit Versorgungsleistungen wirkt der Erreichbarkeitsindex als Zentralitätsmass. Die tiefsten Indexwerte d.h. die deutlich geringsten räumlichen Distanzen weisen die Stadtregionen Zürich, Basel, Genf oder Lausanne mit hochrangigen Zentrumsfunktionen auf. Topographisch bedingt sind im Alpenraum in Regionen wie dem Unterengadin, dem Goms, der Surselva und dem Misox die höchsten Werte des Erreichbarkeitsindex vorzufinden.
- **Arbeitsplätze stärker konzentriert als Arbeitsstätten:** Die Versorgung mit Lebensmitteln als Güter des täglichen Bedarfs weist einen hohen Grad der Flächendeckung auf. 63 Prozent aller Schweizer Gemeinden verfügen über mindestens ein Lebensmittelgeschäft. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist sehr stark an die Verkaufsstellen selbst gebunden. Der virtuelle Lebensmittelhandel mit Bestellungen über das Internet konnte sich in der Schweiz aufgrund logistischer Schwierigkeiten noch kaum etablieren. In Abbildung 12 wird die Versorgungsdichte anhand der Arbeitsplätze (Beschäftigte in Vollzeitäquivalente) pro 1'000 Einwohnern dargestellt. Die Arbeitsplätze im Detailhandel sind räumlich stärker konzentriert als die Arbeitsstätten. Die Kernstädte erreichen dabei die höchste Versorgungsdichte der vier Raumtypen. Die höchsten Werte im Verhältnis zur Einwohnerzahl erreichen jedoch „Einkaufsgemeinden“ in den Agglomerationen wie Carouge, Ecublens, Marin, Dierikon oder Volketswil. Bei einer rein quantitativen Betrachtung der Versorgung über Arbeitsstätten und Beschäftigte bleiben jedoch wichtige qualitative Aspekte des Dienstleistungsangebotes wie die Servicequalität, die Öffnungszeiten oder die Sortimenttiefe unberücksichtigt.
- **Strukturwandel im Schweizer Lebensmittelhandel:** Die Zahl der Arbeitsstätten im Lebensmittelhandel hat zwischen 1995 und 2001 um 7.2 Prozent, diejenige der Beschäftigten um 6.9 Prozent abgenommen. In einem weitgehend gesättigten Markt besteht bei einem veränderten Kaufverhalten und einem steigenden Preisbewusstsein erhöhter Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck. Der Trend geht hin zu grossen Einkaufsflächen an zentral und verkehrsgünstig gelegenen Standorten. Davon negativ betroffen sind vielfach die selbständigen und kleinflächigen Verkaufsstellen, deren Zahl rückläufig ist. Wie eine detaillierte Auswertung des Bundesamtes für Statistik (2005b) darlegt, sind die kleinen Läden mit weniger als 100 m² Ladenfläche in den meisten Regionen zurückgegangen, während die Zahl der Läden mit mehr als 1'000 m² fast überall zugenommen hat.

- **Konzentration der Versorgungsstruktur im ländlichen Raum:** Anhand der Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten in Abbildung 13 sind unterschiedliche Entwicklungen in den jeweiligen Raumtypen erkennbar. In den Gemeinden des Agglomerationsgürtels geht die Zahl der Arbeitsplätze stärker zurück als diejenige der Arbeitsstätten. Mit Rationalisierungsmassnahmen wollen die Geschäfte dem erhöhten Preisdruck begegnen. Im ländlichen Raum ist hingegen ein höherer Arbeitsstättenrückgang zu verzeichnen, der vor allem im peripheren ländlichen Raum mit einem Rückgang von mehr als 16 Prozent markant ausfällt. Die geringfügige Zunahme der Arbeitsplätze deutet darauf hin, dass im ländlichen Raum eine Konzentration auf Standorte mit Zentrumsfunktion für ein weiteres Umland stattfindet. Das Phänomen des „Lädelisterbens“ umfasst verschiedene Aspekte. Mit einer erhöhten Mobilität in weiten Teilen der Bevölkerung hat die Bedeutung des Lebensmittelgeschäftes am Wohnort abgenommen. Benachteiligt sind jedoch immobileren Bevölkerungsgruppen wie ältere Personen. Zudem kommt dem Lebensmittelgeschäft in kleinen Gemeinden eine gewisse Symbolfunktion für eine funktionsfähige Dorfstruktur zu. Dies bestätigt die Resultate einer Studie zum Angebot öffentlicher Dienstleistungen („Service Public“) wie Telekommunikation oder öffentlichem Regionalverkehr. Sie konstatiert gerade für die peripheren ländlichen Räume eine Verschlechterung des Dienstleistungsangebotes im Zuge der Liberalisierung (Thierstein et al. 2005).

4.3 Steuern und öffentliche Haushalte

Die finanzielle Situation der Kantone und Gemeinden bestimmt deren Handlungsspielräume. Die Höhe der Steuern für natürliche und juristische Personen sowie die verfügbaren öffentlichen Leistungen haben erheblichen Einfluss auf räumliche Veränderungsprozesse. Die Bedeutung der Steuerbelastung für Standortentscheide von Bevölkerung und Unternehmen wird kontrovers eingeschätzt. Die Steuern und das Steuerniveau müssen dabei immer im Zusammenhang mit der Situation der öffentlichen Haushalte und der erbrachten öffentlichen Leistungen gesehen werden.

Indikator 4: Steuerbelastung

Im föderalistischen System der Schweiz ist die Kompetenz zur Erhebung von Steuern auf allen drei staatspolitischen Ebenen angesiedelt. Dadurch ergibt sich ein Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden. In der wissenschaftlichen, insbesondere aber in der politischen Diskussion werden die Vor- und Nachteile eines solchen Wettbewerbs heftig diskutiert. Dabei wird die Frage aufgeworfen, in welchem Ausmass ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften angestrebt werden soll, sei dies durch den nationalen oder kantonalen Finanzausgleich oder eine materielle Steuerharmonisierung.

Die Angaben zur Steuerbelastung werden von der Eidgenössischen Steuerverwaltung jährlich erhoben. Neben dem Totalindex der Steuerbelastung auf kantonaler Ebene wird die Belastung durch die Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer für die Kantonshauptorte sowie weitere 813 Gemeinden der Schweiz ausgewiesen. Um flächendeckende Aussagen zu ermöglichen, wird im Folgenden der Totalindex der Einkommens- und Vermögensbelastung natürlicher Personen abgebildet. Bei der Betrachtung gilt es zu beachten, dass für die Indexberechnung nicht nur die eigentliche Steuerbelastung, sondern auch das effektive Vorhandensein von Steuersubstrat einbezogen wird.

Abbildung 15: Totalindex der Einkommens- und Vermögensbelastung natürlicher Personen, 2005

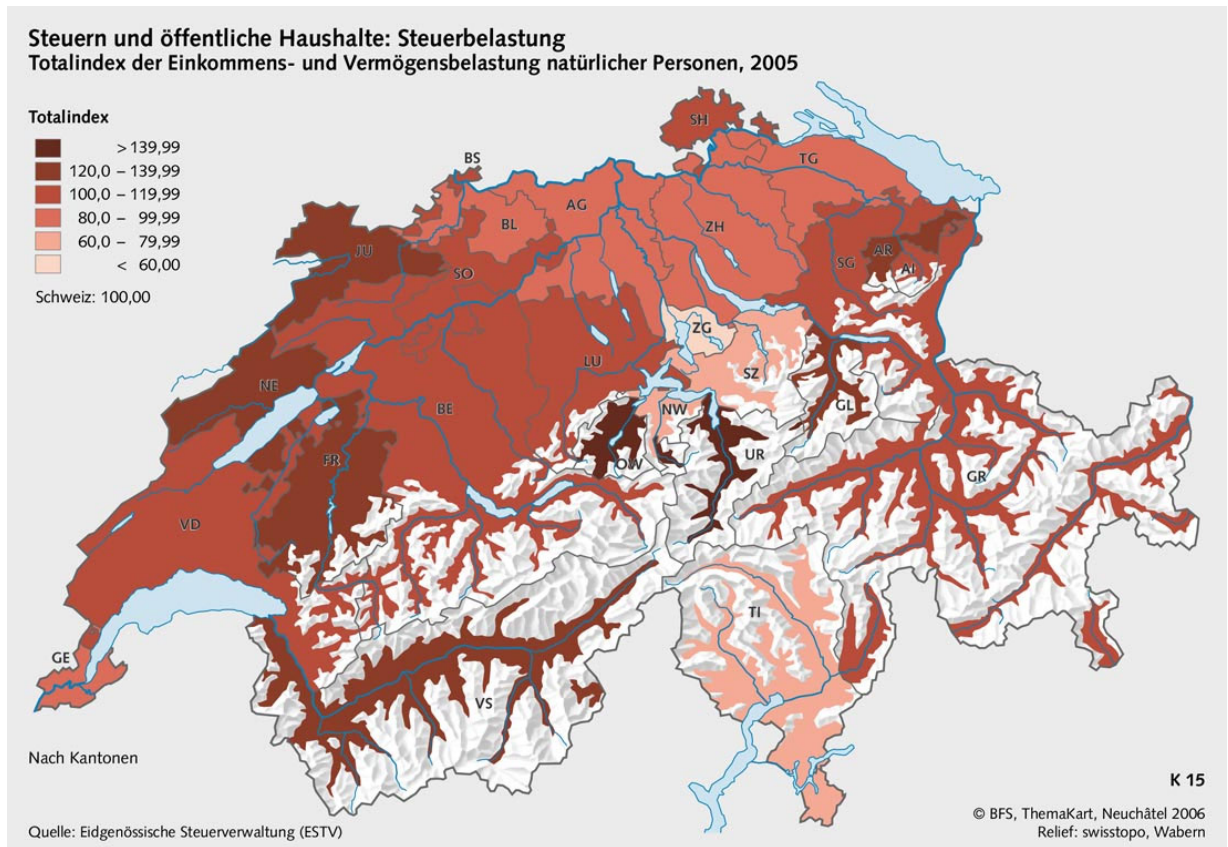


Abbildung 16: Totalindex der Einkommens- und Vermögensbelastung natürlicher Personen, 1983-2005

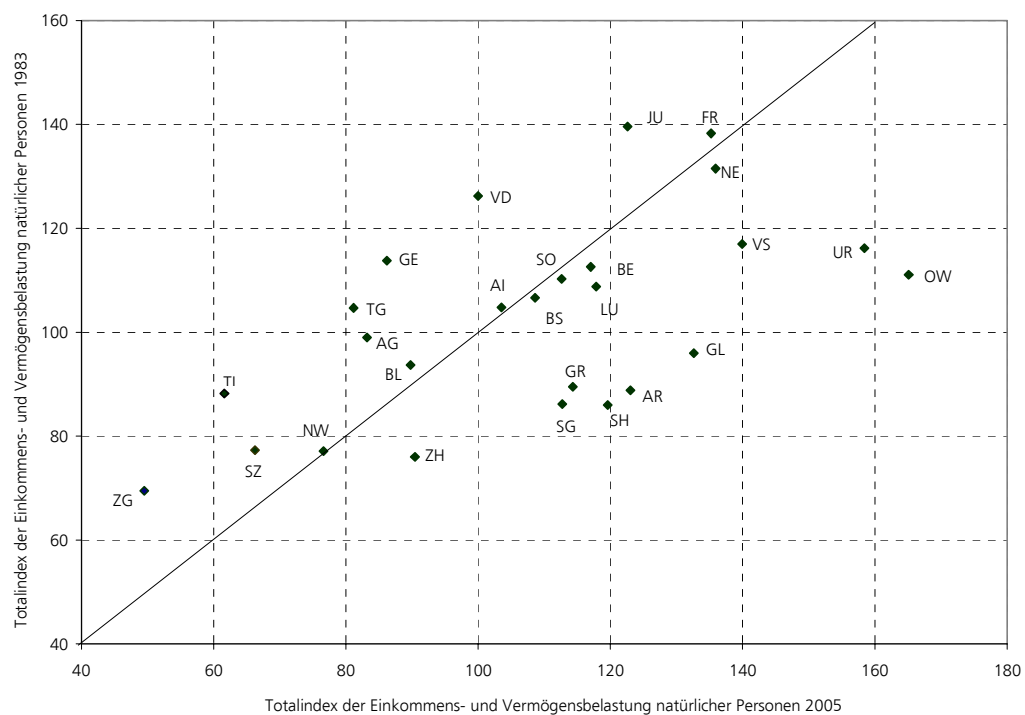


Abbildung 17: Steuerbelastung von Verheirateten mit zwei Kindern (Einkommen von 50'000 CHF) 2005

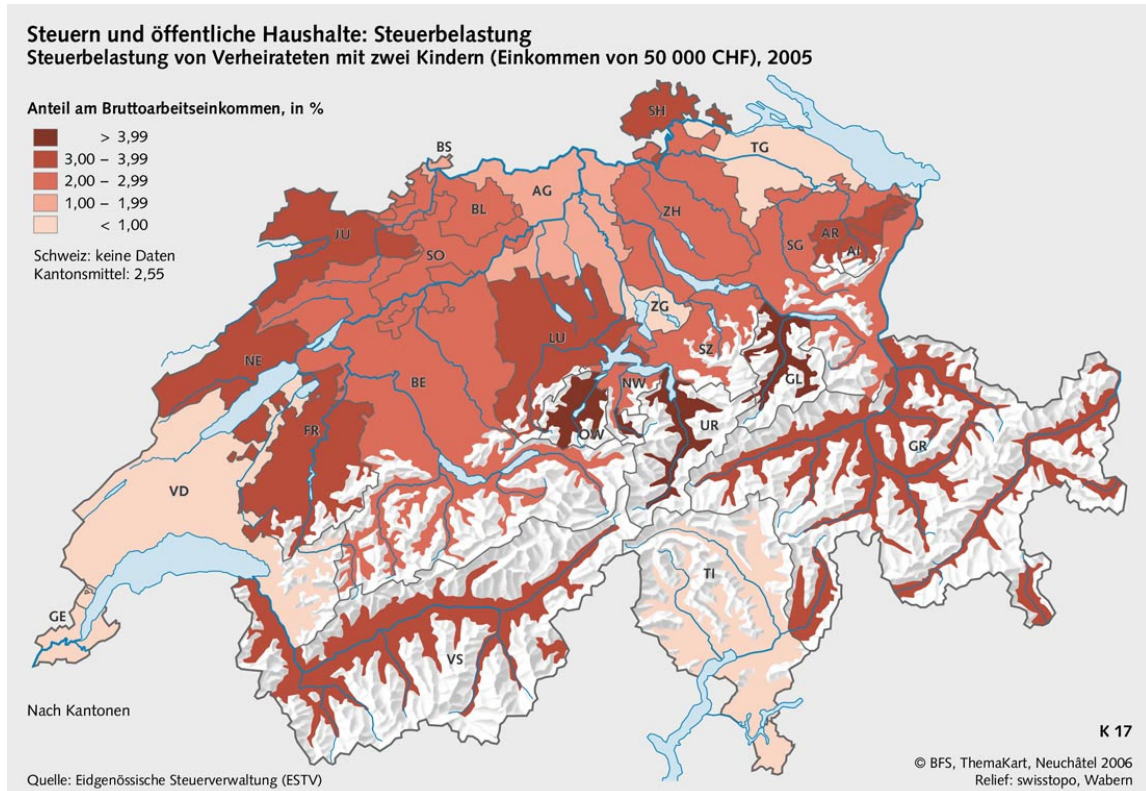
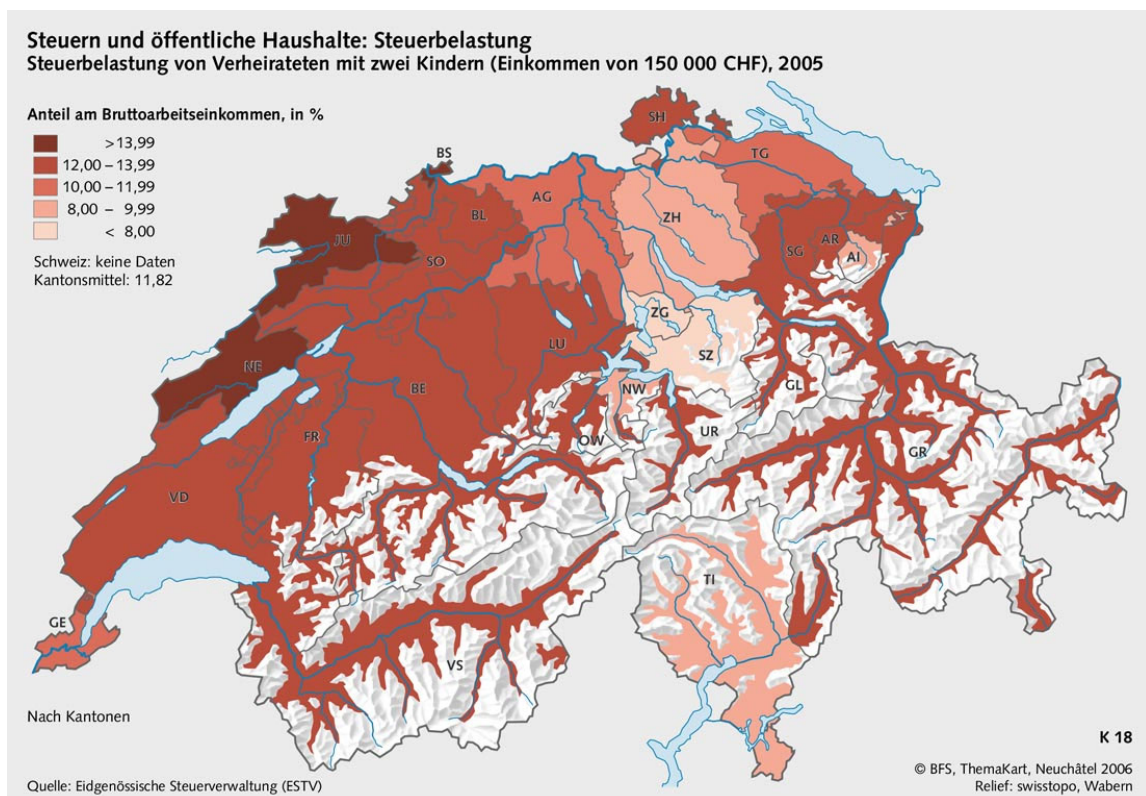


Abbildung 18: Steuerbelastung von Verheirateten mit zwei Kindern (Einkommen von 150'000 CHF) 2005



- **Grossräumiges Ost-West Gefälle der Steuerbelastung:** Das Steuersystem der Schweiz wird bestimmt durch die föderalistische Staatsstruktur und das Fehlen einer einheitlichen, für das ganze Staatsgebiet geltenden, gesetzlichen Regelung der direkten Steuern. Die im internationalen Vergleich sehr unterschiedlichen Steuerniveaus auf kleinstem Raum sind im direkten Sinne als Resultat dieser Kompetenzordnung zu verstehen. Bei der Steuerbelastung der natürlichen Personen in Abbildung 15 wird ein grossräumiges Ost-West-Gefälle ersichtlich. Tiefe Steuerbelastungen fallen in der Metropolregion Zürich mit den Kantonen Zürich, Zug, Schwyz, Thurgau und Aargau sowie dem Tessin an. Überdurchschnittliche Steuerbelastungen sind in Teilen der Westschweiz und den ländlichen Kantonen des Alpenraumes zu verzeichnen. Innerhalb dieser beiden Blöcke wirken Konkurrenzeffekte zwischen Nachbarkantonen.
- **Akzentuierung der kantonalen Steuerbelastungsunterschiede:** In der Veränderung der Indexwerte in Abbildung 16 zeigt sich eine Akzentuierung der kantonalen Steuerbelastungsunterschiede zwischen 1983 und 2005. Zug, Schwyz, Tessin und Nidwalden als Kantone mit bereits geringer Steuerbelastung konnten ihre Spitzenstellung weiter ausbauen, während Kantone wie Obwalden, Uri, Wallis oder Glarus deutlich an Terrain verloren haben. Die Entwicklung der Indexwerte zeigt jedoch keine absoluten Veränderungen der Steuerbelastung sondern nur relative Verschiebungen zwischen den Kantonen. Dieses Auseinanderdriften der Kantone wird durch eine Analyse der ROREP (2003) zur Entwicklung der Steuerbelastung nach Kantonshauptorten bestätigt, welche in den neunziger Jahren eine Verschärfung der Belastungsunterschiede zwischen dem Grossraum Zürich und der westlichen Landeshälfte ausmacht, insbesondere was die Belastung höherer Einkommensklassen betrifft.
- **Verschiedene Einflussfaktoren für Steuerbelastungsunterschiede:** Die Entwicklung von Steuerbelastungsunterschieden ist ein vielschichtiger Prozess, dessen einzelne Einflussfaktoren kaum eindeutig zu bestimmen sind. In einer empirischen Studie kommen Gaillard und Oesch (2001) zum Schluss, dass die steuerlichen Belastungsunterschiede in der Schweiz weitgehend auf eine unterschiedliche Ressourcenausstattung, d. h. dem zur Verfügung stehenden Steuersubstrat, und unterschiedliche strukturelle Bedingungen (topographische, sozio-demographische, zentralörtliche Sonderlasten) zurückgeführt werden können. Daneben sind die Steuerbelastungsunterschiede zumindest teilweise auch Ausdruck und Folge unterschiedlicher Prinzipien der Staatsorganisation und des Staatsverständnisses.
- **Kleinräumiger Steuerwettbewerb:** Durch die teilweise Kopplung an die unterschiedliche Ressourcenausstattung können Steuerbelastungsunterschiede eine selbstverstärkende Wirkung entfalten. Steuergünstige Gemeinden können weitere reiche Steuerzahler anziehen und ihr Steuerniveau dadurch weiter absenken. Dieser kleinräumige Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden, wie er oftmals in den Agglomerationen zwischen den Kernstädten und

den Umlandgemeinden zu beobachten ist, ist in den Abbildungen auf kantonaler Ebene nicht ersichtlich. Die Höhe der Steuern muss aber auch immer im Kontext der erbrachten öffentlichen Leistungen gesehen werden.

- **Unterschiedliche Steuerprogression in den Kantonen:** Die Steuerbelastung auf dem Bruttoarbeitseinkommen bzw. dem AHV- und Pensionseinkommen wird für vier unterschiedliche Haushaltstypen ausgewiesen: Ledige, Rentner, Verheiratete ohne Kinder und Verheiratete mit Kindern. Zur Illustration wird in den Abbildungen 17 und 18 das Beispiel einer verheirateten Familie mit zwei Kindern für zwei Einkommensstufen von 50'000 Franken bzw. 150'000 Franken gezeigt. Ein Vergleich der beiden Abbildungen verdeutlicht die unterschiedliche Steuerprogression in den einzelnen Kantonen. So weisen etwa die Kantone Genf, Waadt, Basel-Stadt, Thurgau oder Tessin eine vergleichsweise soziale Progressionsskala auf, mit geringen Belastungen für tiefe Einkommen. Demgegenüber sind die meisten Innerschweizer Kantone, Appenzell I.Rh., Zürich und das Tessin für hohe Einkommen sehr vorteilhaft. Der Steuersatz und die Steuerprogression werden verstärkt als politisches Instrument im Wettbewerb um "gute Steuerzahler" eingesetzt.

4.4 Bildung, Forschung und Innovation

Der Unternehmensstandort Schweiz ist auf den Rohstoff "Wissen" angewiesen. Wissen hat sich zu einem Kernfaktor für die regionale Wettbewerbsfähigkeit entwickelt und ist damit mitverantwortlich für die räumliche Dynamik. Bildung und Forschung bilden hierzu zentrale Grundlagen. Auf regionaler Ebene bilden Bildungs- und Forschungsaktivitäten die Basis für eine "lernende Region" und tragen zur Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit bei. Die regionale Nachfrage und das regionale Angebot an Bildung im Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich beeinflussen die regionale ökonomische Leistungserbringung.

Indikator 5: Qualifikationsniveau der Bevölkerung

Die wissensintensiven Branchen sind insbesondere auf diejenigen Standortfaktoren angewiesen, welche den Innovationsprozess begünstigen. Die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte ist dabei eines der wichtigsten Elemente. In der Analyse wird der Anteil der Personen mit einer tertiären Ausbildung (Fachhochschulen und Universitäten) am Total der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren ausgewiesen. Die Daten dazu stammen aus der Eidgenössischen Volkszählung, welche alle zehn Jahre durchgeführt wird und auf Gemeindebasis vorliegt.

Abbildung 19: Personen mit tertiärer Ausbildung, 2000

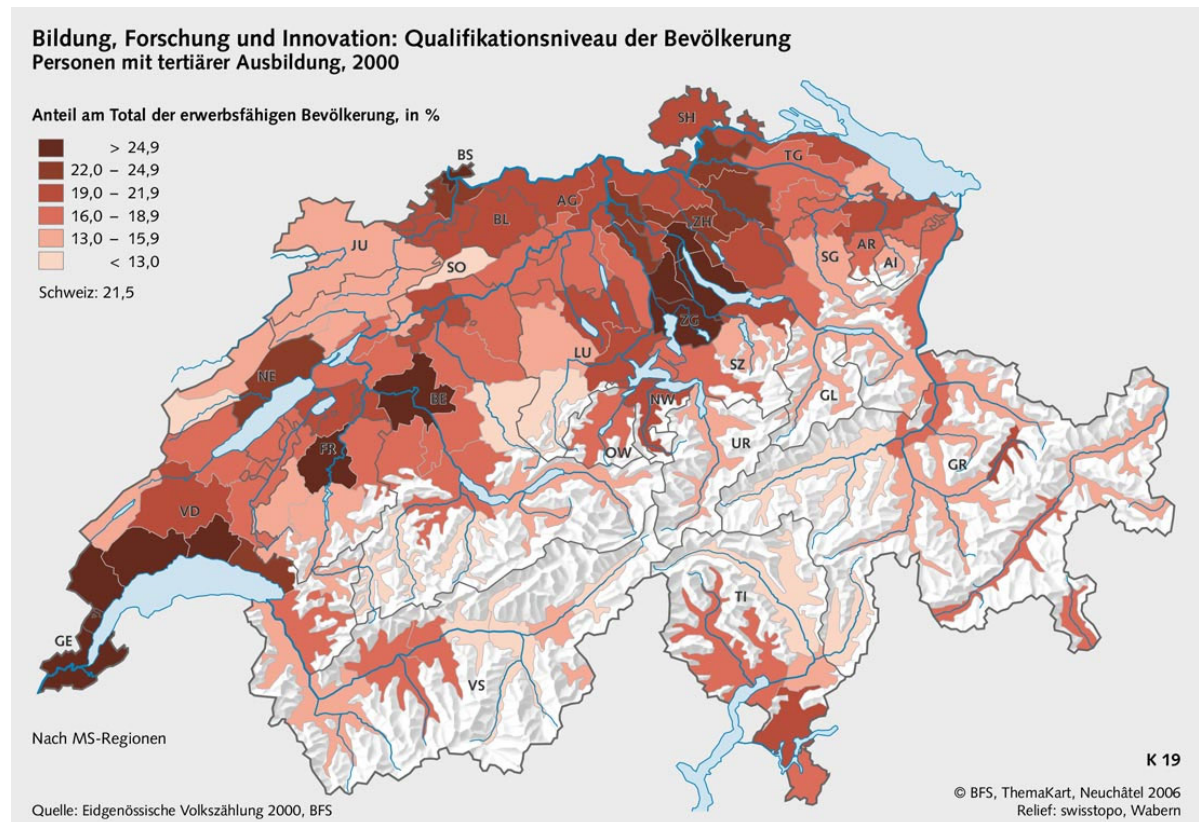


Abbildung 20: Entwicklung der Personen mit tertiärer Ausbildung, 1980-2000

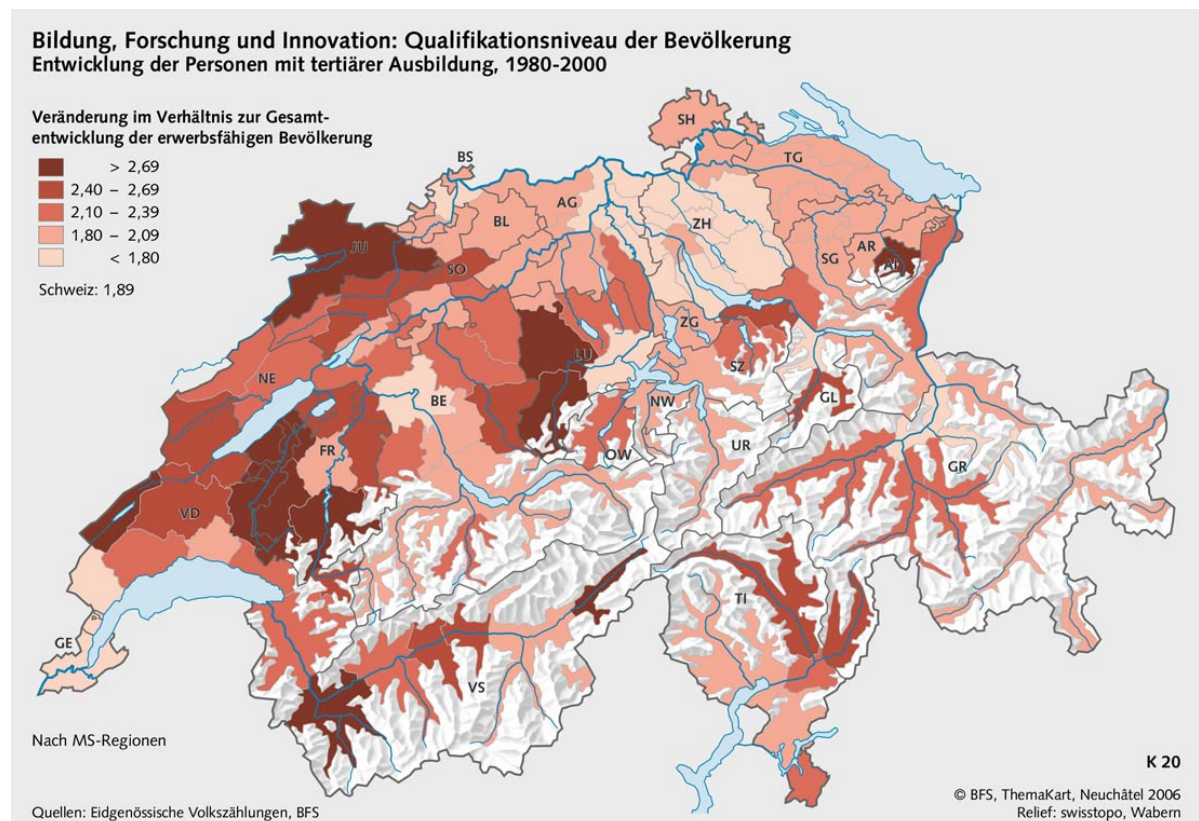


Abbildung 21: Personen mit tertiärer Ausbildung 1980-2000, Anteil am Total der erwerbsfähigen Bevölkerung, nach Raumtypen

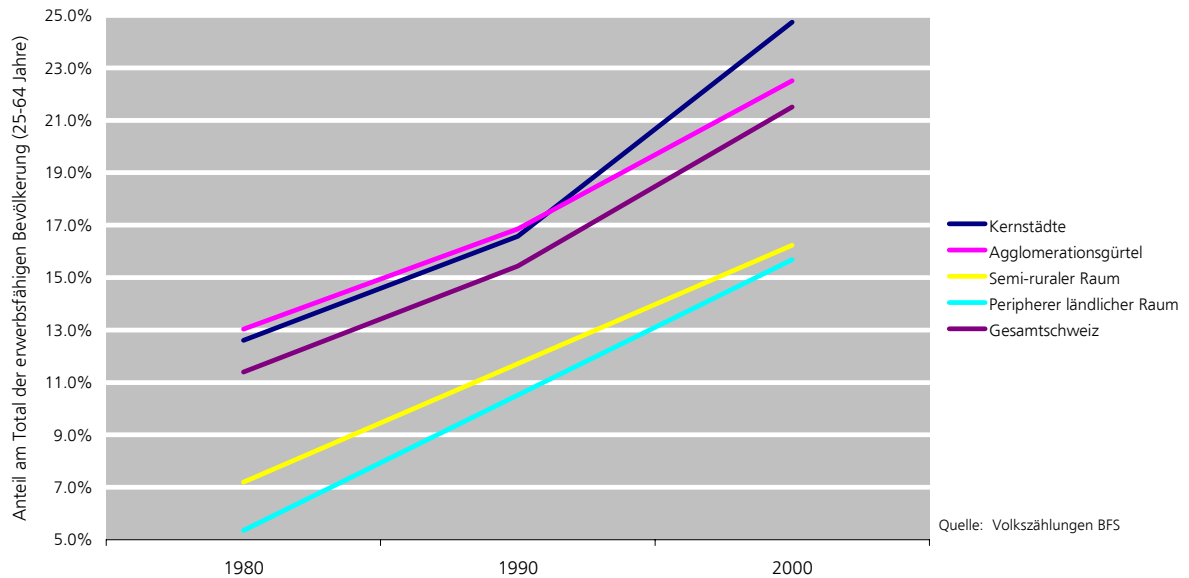
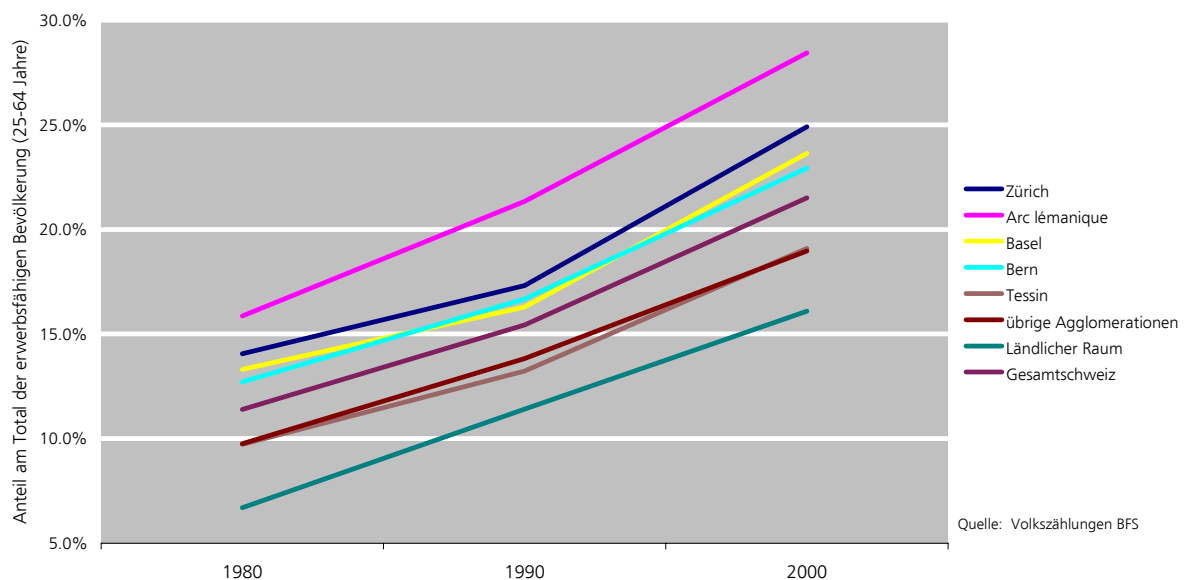


Abbildung 22: Personen mit tertiärer Ausbildung 1980-2000, Anteil am Total der erwerbsfähigen Bevölkerung, nach Metropolitanräumen



- Höheres Qualifikationsniveau in den Metropolitanregionen:** Die Abbildung 19 zeigt deutlich, dass sich Hochqualifizierte in den Metropolitanregionen Zürich, Basel, Arc lémanique und Bern konzentrieren. In den Agglomerationsgemeinden und Kernstädten leben gegenüber den semi-ruralen und peripheren ländlichen Gemeinden deutlich mehr Personen mit einem Hochschulabschluss. Aber auch zwischen den Metropolitanräumen unterscheiden sich die Anteile Hochqualifizierter deutlich voneinander. Der Metropolitanraum Arc lémanique hat den deutlich höchsten Anteil, während sich Bern, Zürich und Basel im Mittel-

feld bewegen und das Tessin deutlich abfällt. Die Steigerung der Anteile in den einzelnen Metropolitanregionen verläuft indessen weitgehend im Gleichschritt. Innerhalb der Agglomerationen ist zwischen 1990 und 2000 ein deutlicher Aufwärtstrend der Kernstädte gegenüber dem Agglomerationsgürtel zu verzeichnen. Mit der Aufwertung urbaner Wohn- und Lebensformen ist die Attraktivität der Kernstädte als Wohnstandorte für besser qualifizierte und oftmals auch besserverdienende Bevölkerungsschichten gestiegen.

- **Steigendes Qualifikationsniveau in allen Regionen:** Im Zuge der allgemeinen Steigerung des Qualifikationsniveaus hat der Anteil der Personen mit tertiärer Ausbildung in allen Regionen gegenüber dem Total der erwerbsfähigen Bevölkerung überproportional zugenommen. Bezüglich der Anteile der Hochqualifizierten lässt sich eine gewisse Sättigung in den Agglomerationsräumen auf hohem Niveau verzeichnen. Die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten in zahlreichen ländlichen Regionen, ausgehend von einem tiefen Ausgangsniveau, zeigen in der Tendenz eine Angleichung der Qualifikationsniveaus. Neben diesen Niveaueffekten dürfte in einzelnen Regionen wie Ausserschwyz oder Appenzell-Innerrhoden auch die Wohnattraktivität und die geringe steuerliche Belastung für hohe Einkommen eine Rolle spielen.
- **Einflussfaktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite:** Die Interpretation der räumlichen Muster von Hochqualifizierten ist komplex, verschiedene Einflussfaktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite überlagern sich. Zum einen sind es auf der Angebotsseite die Orte der "Bildungsproduktion". Die Universitätskantone weisen generell höhere Anteile auf. Auch ein vorübergehendes Verbleiben der Studienabgänger bewirkt in der Zustandsanalyse einen grösseren Anteil, weil die Anteile Hochqualifizierter über die Zeit bedeutend gestiegen sind. Auffallend ist, dass der Effekt im Umfeld der verhältnismässig kleinen Universität St. Gallen (HSG) nicht zu beobachten ist. Mit der Neugliederung des Fachhochschulbereichs Ende der neunziger Jahre haben sich neue dezentralere Standorte tertiärer Bildungsinstitutionen etabliert. Auf der Nachfrageseite spielt die Attraktivität der Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten einer Region eine entscheidende Rolle. In den Metropolitanregionen findet sich ein breiter und vielseitiger Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Bei der Mikrostandortwahl dürfte auch die (steuerliche) Attraktivität einzelner Gemeinden einen Einfluss ausüben.

Indikator 6: Bildungsabschlüsse

Bildungsabschlüsse sind unter den Vorzeichen der Wissensgesellschaft auf dem Arbeitsmarkt von wachsender Bedeutung. Als Outputgrösse geben die Bildungsabschlüsse Aufschluss über die Personen, welche in die Studiengänge auf der Tertiärstufe beziehungsweise in die Arbeitswelt eintreten. Die Maturitäts-, Hochschul- und Fachhochschulquoten zeigen die in einem bestimmten Jahr erteilten Abschlüsse in Prozent der theoretisch gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung. Für die Zuordnung zu einem bestimmten Kanton ist der gesetzliche Wohnsitz zum Zeitpunkt des Erwerbs des Abschlusses massgebend. Die Daten zu den Schulabschlussquoten werden jährlich durch das Bundesamt für Statistik im Rahmen der Bildungsstatistik ausgewiesen. Sie liegen auf der Ebene der Kantone vor.

Abbildung 23: Gymnasiale Maturitätsquote, 2004

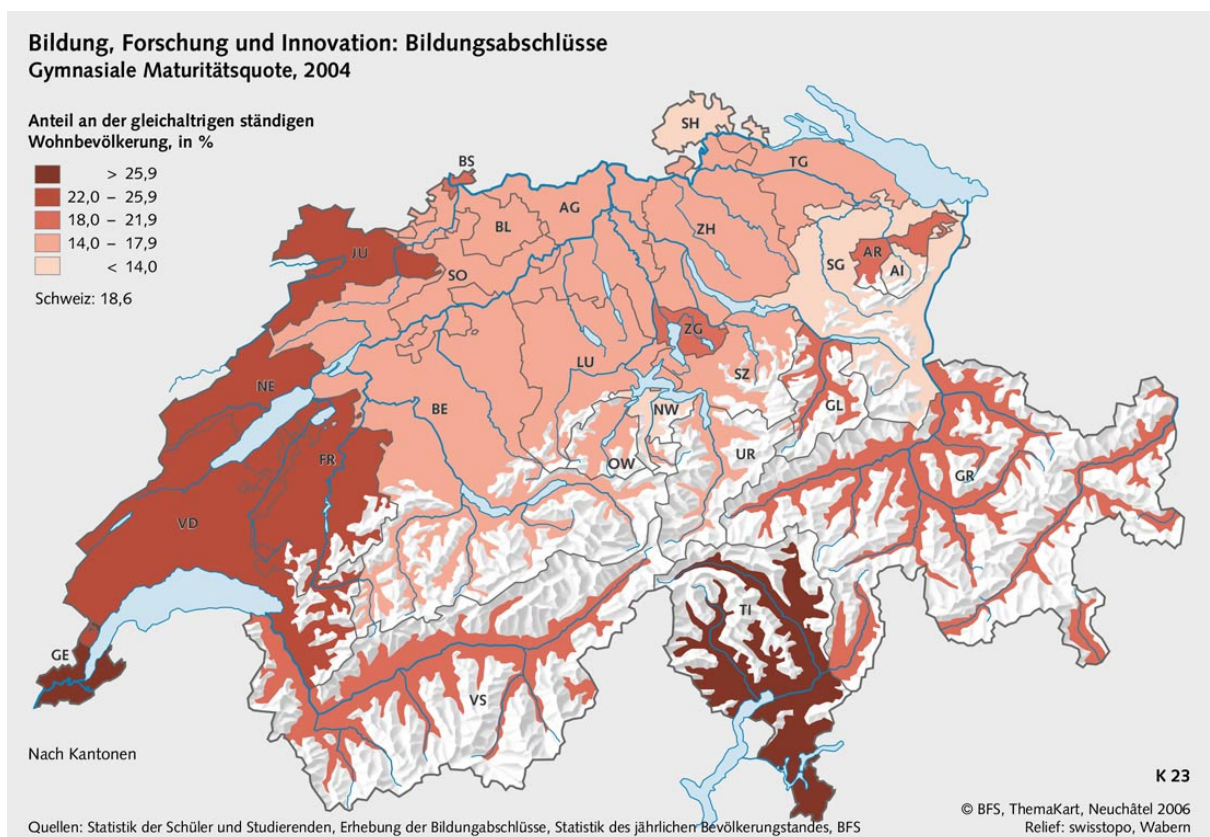


Abbildung 24: Universitätsquote, 2004

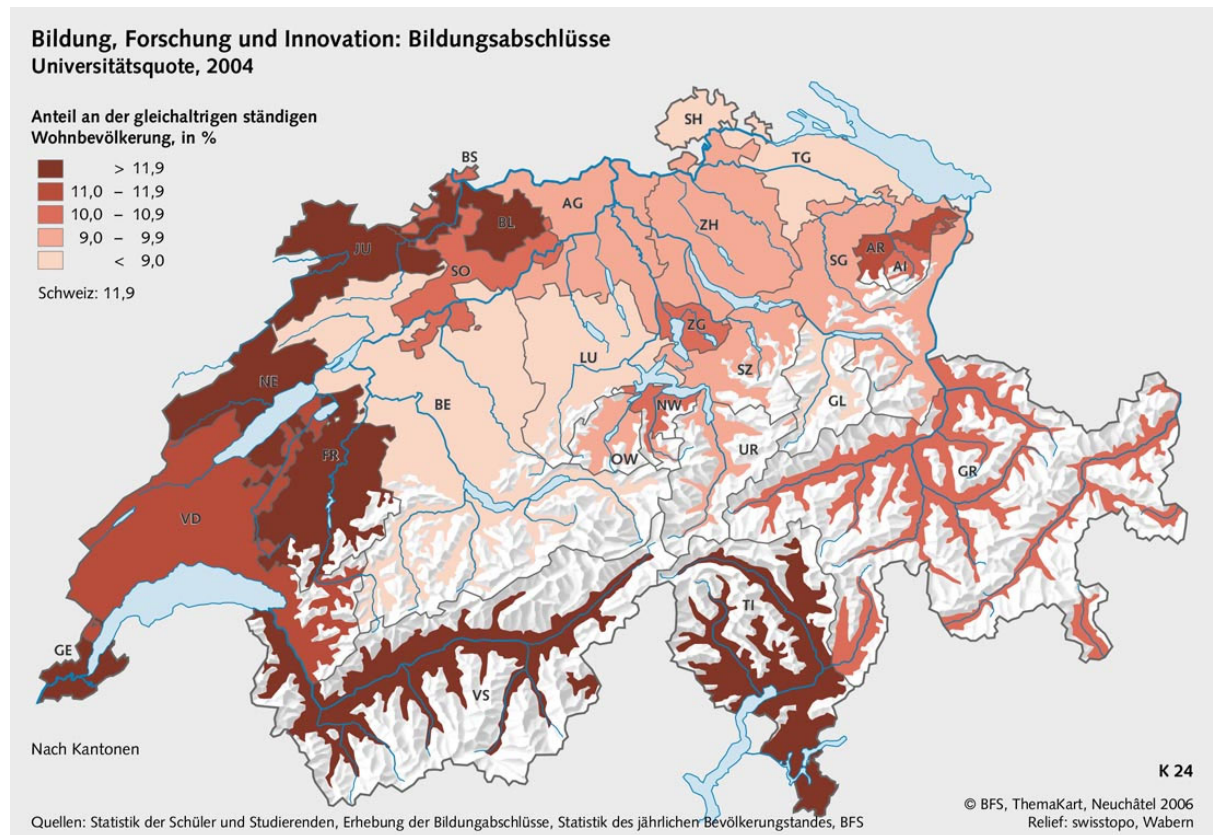


Abbildung 25: Fachhochschulquote, 2004

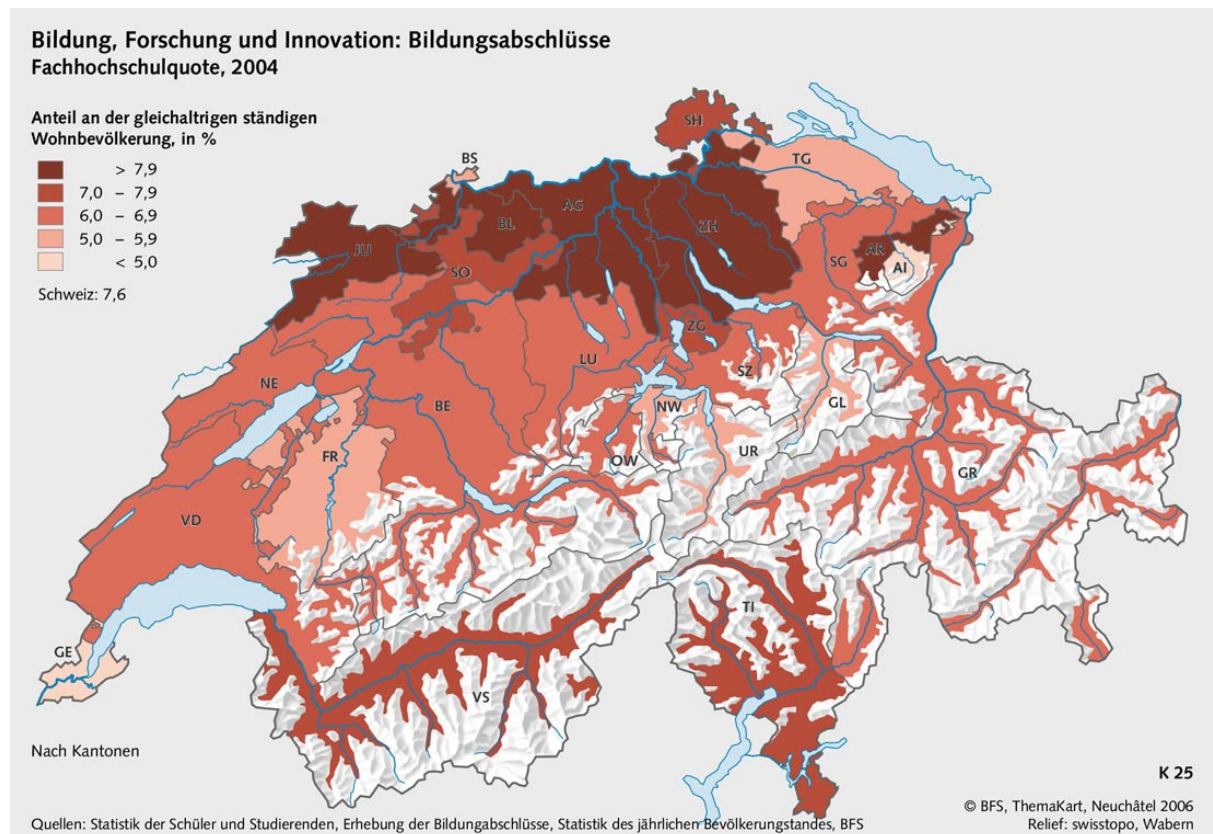
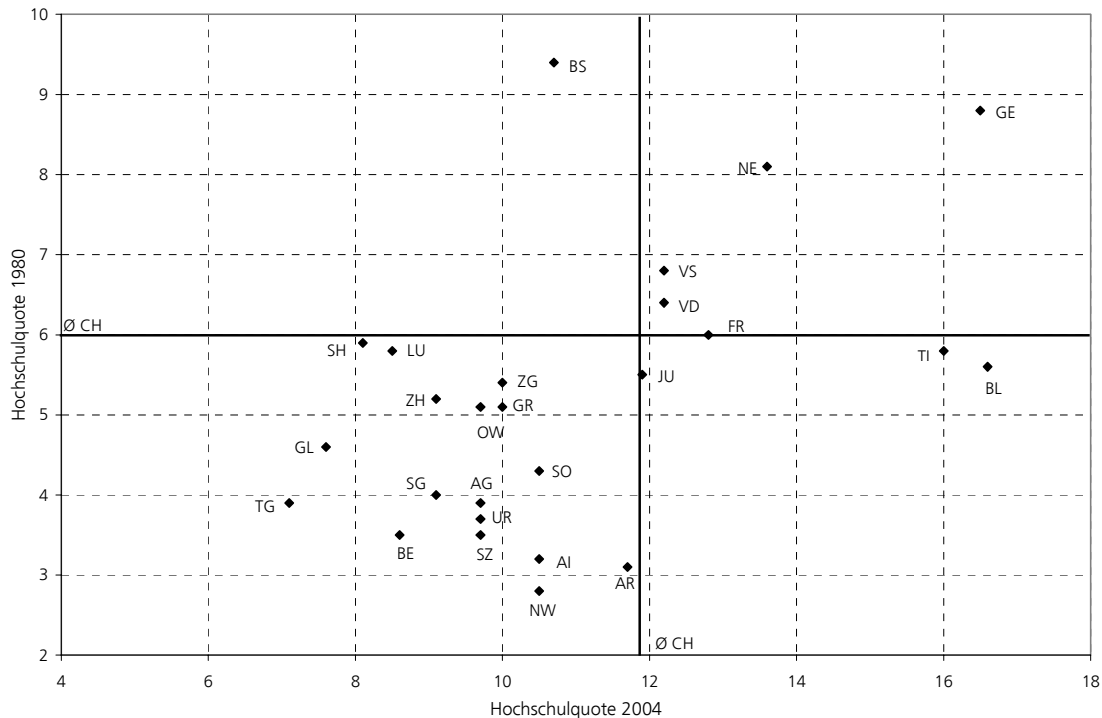


Abbildung 26: Hochschulquote 1980 / 2004



- Steigende Qualifikationsanforderungen:** Im Arbeitsmarkt werden ständig höhere Anforderungen an das Qualifikations- und Bildungsniveau gestellt. In der Folge sind die Bildungsquoten auf allen Ausbildungsstufen gestiegen. Auch in fast allen Kantonen ist die Hochschulquote zwischen 1980 und 2004 deutlich angestiegen. Die Anzahl der Abschlüsse lässt jedoch keine Aussagen zu deren Qualität zu. In den Abbildungen 23 und 24 sind in der lateinischen Schweiz generell höhere Abschlussquoten auf der Gymnasial- und Universitätsstufe zu erkennen. In der lateinischen Schweiz wird ein höheres Gewicht auf allgemeinbildende Ausbildungen an Gymnasien und Hochschulen gelegt als in der Deutschschweiz.
- Brain-Drain aus den Randregionen:** Universitäten haben überkantonale Einzugsgebiete. Gleichzeitig haben viele UniversitätsabgängerInnen ihren festen Wohnsitz in ihrer Heimatregion, sodass sie in ihrem Heimatkanton aufgeführt werden, obwohl sie eventuell als Wochenaufenthalter in der Region wohnen, in welcher sie den Universitätsabschluss erworben haben. Einzelne periphere Räume wie beispielsweise der Kanton Wallis haben sehr hohe Abschlussquoten auf Gymnasial- und Universitätsstufe. Wie der geringe Anteil an Hochqualifizierten an der Bevölkerung zeigt (Abbildung 19), kehren diese jedoch oftmals nicht in den Heimatkanton zurück. Zurückzuführen ist dies auf eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte, einen insgesamt sehr engen Arbeitsmarkt, fehlende berufliche Aufstiegsmöglichkeiten oder die Distanz zu den schweizerischen Zentren mit urbaneren Lebensformen sowie grosszügigen Kultur- und Freizeitangeboten. Diese Analyse illustriert die

Problematik der Abwanderung Hochqualifizierter, wie sie in vielen Berg- und Randregionen beobachtet werden kann ("Brain-Drain").

- **Neues Angebot der Fachhochschulen:** Mit dem Fachhochschulgesetz von 1995 wurde eine neue Bildungsstufe geschaffen und das Angebot an tertiärer Hochschulbildung verbreitert. Bestehende Institutionen wurden reorganisiert und deren Status und Auftrag neu definiert. Die höheren Ausbildungen in den Bereichen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, der Gesundheitsberufe, des Sozialwesens, der Kunst und der Musik wurden vollständig „tertiarisiert“. Das räumliche Muster der FH-Abschlussquote ist gekoppelt an die räumliche Verteilung der Fachhochschul-Standorte. Das Einzugsgebiet von Fachhochschulen ist bedeutend kleinräumiger als das der Universitäten. Dem entsprechend haben die FachhochschülerInnen ihren festen Wohnsitz zu einem grösseren Anteil in der Standortregion der FH im Vergleich zu UniversitätsstudentInnen.

4.5 Erwerbsleben und Arbeitslosigkeit

Die Erwerbstätigkeit steht in engem Zusammenhang zur Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Integrationspolitik. Die regionale Arbeitslosigkeit widerspiegelt das Fehlen von bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten für Teile der arbeitsfähigen und Arbeit suchenden Bevölkerung. Die Erwerbstätigenquote ist eine wichtige Voraussetzung für ein sicheres Auskommen für die ansässige Bevölkerung.

Indikator 7: Arbeitslosenquote

Arbeitslosigkeit war in der Schweiz unter den Vorzeichen der Hochkonjunktur während langer Jahre kein Thema. Erst mit der wirtschaftlichen Rezession zu Beginn der neunziger Jahre rückte die Problematik in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Ein stetiger Anstieg in den letzten Jahren hat im Speziellen die Jugendarbeitslosigkeit ins öffentliche Blickfeld gerückt.

Die Arbeitslosigkeit kann auf unterschiedliche Arten erfasst werden. In den folgenden Abbildungen wird die mittlere jährliche Zahl der bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum gemeldeten Arbeitslosen auf das Total aller Erwerbspersonen gemäss der Volkszählung 2000 bezogen. Die Jugendarbeitslosigkeit nennt den prozentualen Anteil der jugendlichen Arbeitslosen (15-24 Jahre) bezogen auf alle Erwerbspersonen dieser Altersgruppe. Die Langzeitarbeitslosigkeit zeigt den prozentualen Anteil der Personen, welche 12 Monate oder länger arbeitslos gemeldet sind am Total aller Arbeitslosen. Die Daten zur Arbeitslosigkeit werden jährlich vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) auf Gemeindeebene gesammelt.

Abbildung 27: Arbeitslosigkeit, 2004

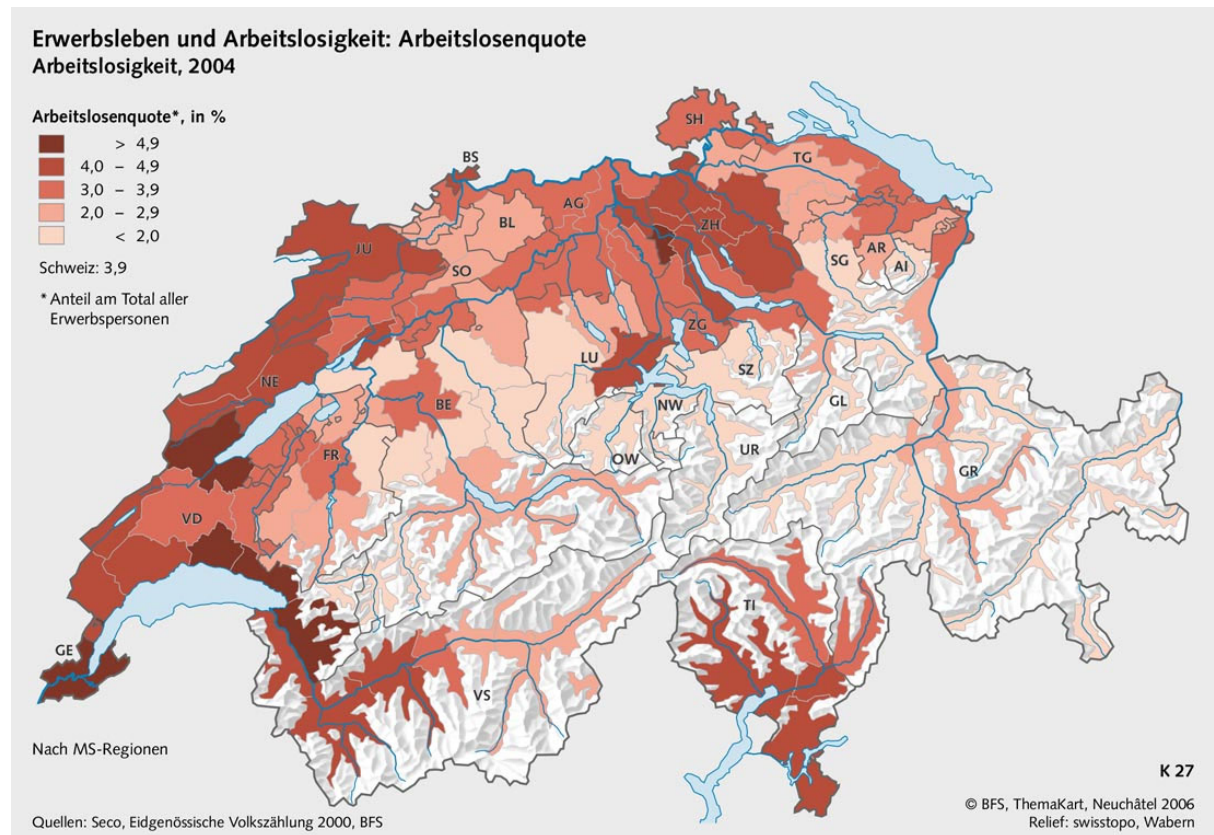


Abbildung 28: Jugendarbeitslosigkeit, 2004

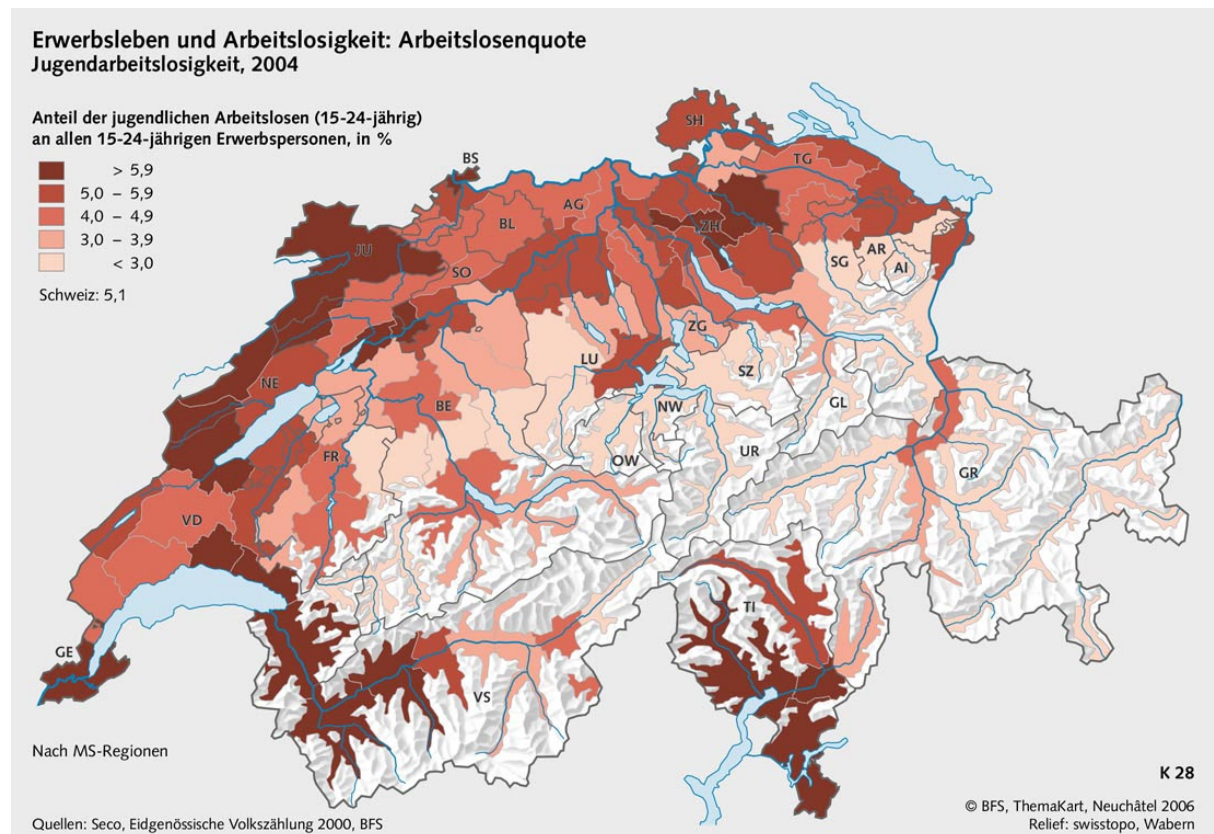


Abbildung 29: Langzeitarbeitslosigkeit, 2004

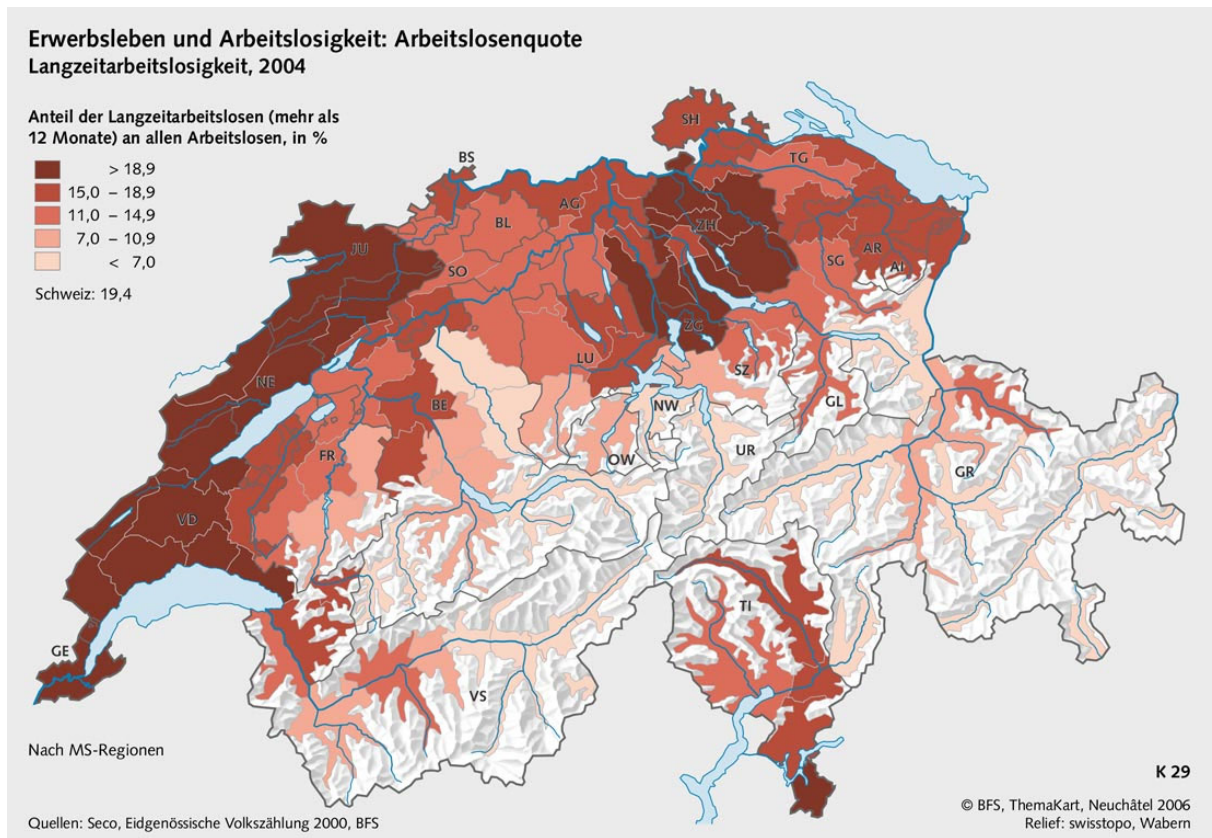


Abbildung 30: Arbeitslosigkeit 1998-2004, nach Raumtypen

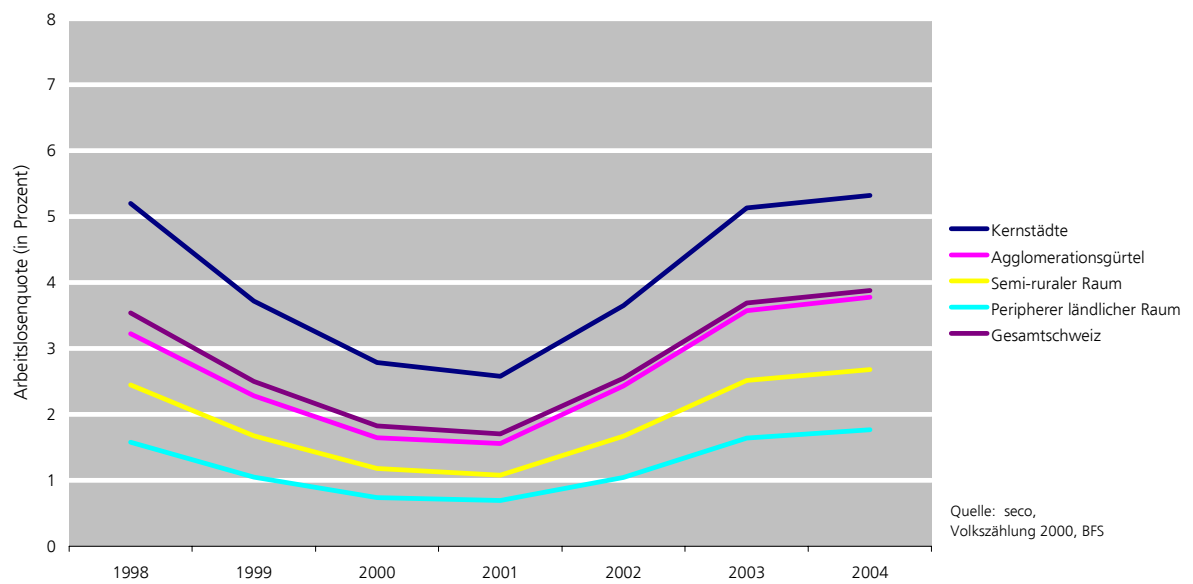
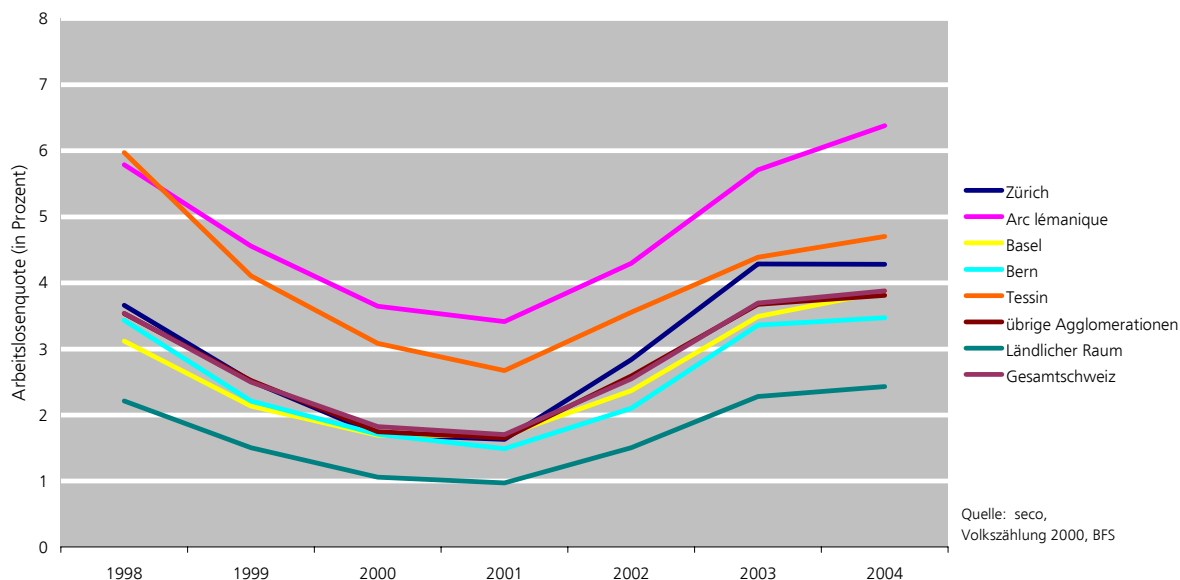


Abbildung 31: Arbeitslosigkeit 1998-2004, nach Metropolitanregionen



- Höhere Arbeitslosenquoten in der lateinischen Schweiz:** Die Arbeitslosenquote folgt mit einem Absinken in der wirtschaftlichen Wachstumsphase Ende der neunziger Jahre und einem Anstieg seit 2001 mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung dem Konjunkturverlauf. Im internationalen Vergleich verfügt die Schweiz aber nach wie vor über eine tiefe Arbeitslosigkeit. In Abbildung 27 sind die generell höheren Arbeitslosenquoten in der lateinischen Schweiz erkennbar. Dementsprechend gestalten sich auch die Unterschiede zwischen den Metropolitanregionen mit hohen Werten für den Arc Lémanique und das Tessin. Die Entwicklungslinien der Arbeitslosenquote zeigen, auf unterschiedlichem Niveau, in allen Raumtypen denselben Verlauf.
- Einflussfaktoren der Arbeitslosigkeit:** Die Interpretation der unterschiedlichen Höhe der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Sprachregionen wird üblicherweise mit einer Kombination unterschiedlicher Faktoren erklärt. Zum einen bedingt durch die Wirtschaftsstruktur, Konjunktur und Wachstumsdynamik der zugeordneten Grenzräume bzw. Nachbarländer (z.B. Norditalien im Falle des Tessins), zum anderen durch den Anteil von Erwerbstätigen-gruppen, die besonders konjunkturellen Schwankungen unterliegen (z.B. AusländerInnen), welche im Tessin und der Westschweiz höhere Anteile aufweisen. Zudem wird darauf verwiesen, dass die Westschweiz und das Tessin kleinere Arbeitsmärkte bilden und dadurch eine geringere Flexibilität aufweisen. Neben den sprachregionalen Disparitäten zeigen sich in Abbildung 30 auch strukturelle Unterschiede zwischen den Agglomerationen und dem ländlichen Raum. Die Arbeitslosenquoten sind insbesondere in den Kernstädten, aber auch im Agglomerationsgürtel deutlich höher als im ländlichen Raum.

- **Höhere Jugendarbeitslosigkeit in der lateinischen Schweiz:** Der Lehrstellenmangel und die Schwierigkeiten beim Übertritt in die Arbeitswelt haben die Jugendarbeitslosenquote in den letzten Jahren beständig ansteigen lassen. Das räumliche Muster der Jugendarbeitslosigkeit in Abbildung 28 weist starke Übereinstimmung mit der Gesamtarbeitslosenquote auf. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit weist die lateinische Schweiz deutlich höhere Werte auf. Die Jugendarbeitslosigkeit reagiert stärker auf konjunkturelle Entwicklungen und unterliegt stärkeren Schwankungen und grösseren räumlichen Disparitäten als die Gesamtquote der Arbeitslosen. Betroffen von Jugendarbeitslosigkeit sind in erster Linie Jugendliche mit geringer Bildung. Zudem liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei Ausländern, die in der Westschweiz und im Tessin stärker vertreten sind, deutlich über dem Durchschnitt. Als weiterer möglicher Erklärungsfaktor für die sprachregionalen Unterschiede kann der höhere Anteil an Jugendlichen in allgemeinbildenden Ausbildungsgängen in der lateinischen Schweiz angeführt werden.
- **Strukturell bedingte Langzeitarbeitslosigkeit:** Die Langzeitarbeitslosigkeit liegt in der lateinischen Schweiz und in der Agglomeration Zürich deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. So liegt beispielsweise in Genf der prozentuale Anteil der Personen, welche 12 Monate oder länger arbeitslos gemeldet sind am Total aller Arbeitslosen bei über 30 Prozent. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird als besonders problematisch eingeschätzt, da von einem engen Zusammenhang zwischen der Langzeitarbeitslosigkeit und der "Sockelarbeitslosigkeit" auszugehen ist, welche sich auch bei guter Konjunkturentwicklung nur mehr geringfügig zurückbildet. Eine wissenschaftliche Studie sieht grundsätzlich vier Einflussfaktoren bei der Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit: Die generelle Beschäftigungslage, die Arbeitslosigkeit selbst mit einem Verlust beruflicher Qualifikationen, persönliche Merkmale der Arbeitslosen sowie institutionelle Gegebenheiten, etwa im Bereich der Arbeitslosenversicherung (Sheldon 1999).

4.6 Demographie

Die Bewältigung der demographischen Herausforderungen gehört zu den zentralen Zielen der Legislaturplanung 2003 – 2007 des Bundesrates. Sozio-demographische Trends sind relevant für verschiedenste Politikbereiche, etwa zur Sicherung der Sozialwerke, der Sozial-, Gesundheits- oder Integrationspolitik. Regionale demographische Besonderheiten in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung oder -struktur sind oft Ausdruck von wirtschaftlichen Gegebenheiten in den betreffenden Regionen.

Indikator 8: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo

Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus den beiden Elementen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und den Wanderungsbewegungen zusammen. Im Folgenden wird der Wanderungssaldo näher beleuchtet. Er bezeichnet die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung und kann Hinweise geben zu positiven oder negativen Veränderungen der Standortqualität einer Region. Mit einem Rückgang der natürlichen Bevölkerungszunahme wird die Wanderung zu einem immer bedeutsameren Faktor des Bevölkerungswachstums.

Die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) zeigt auf Gemeindeebene den Stand und die Struktur der ständigen Wohnbevölkerung. Als Synthesestatistik basiert sie auf den Ergebnissen der Eidgenössischen Volkszählung, der Statistik der ausländischen Wohnbevölkerung, der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik der Schweizer Bürgerinnen und Bürger.

Abbildung 32: Bevölkerungsentwicklung, 1981-2004

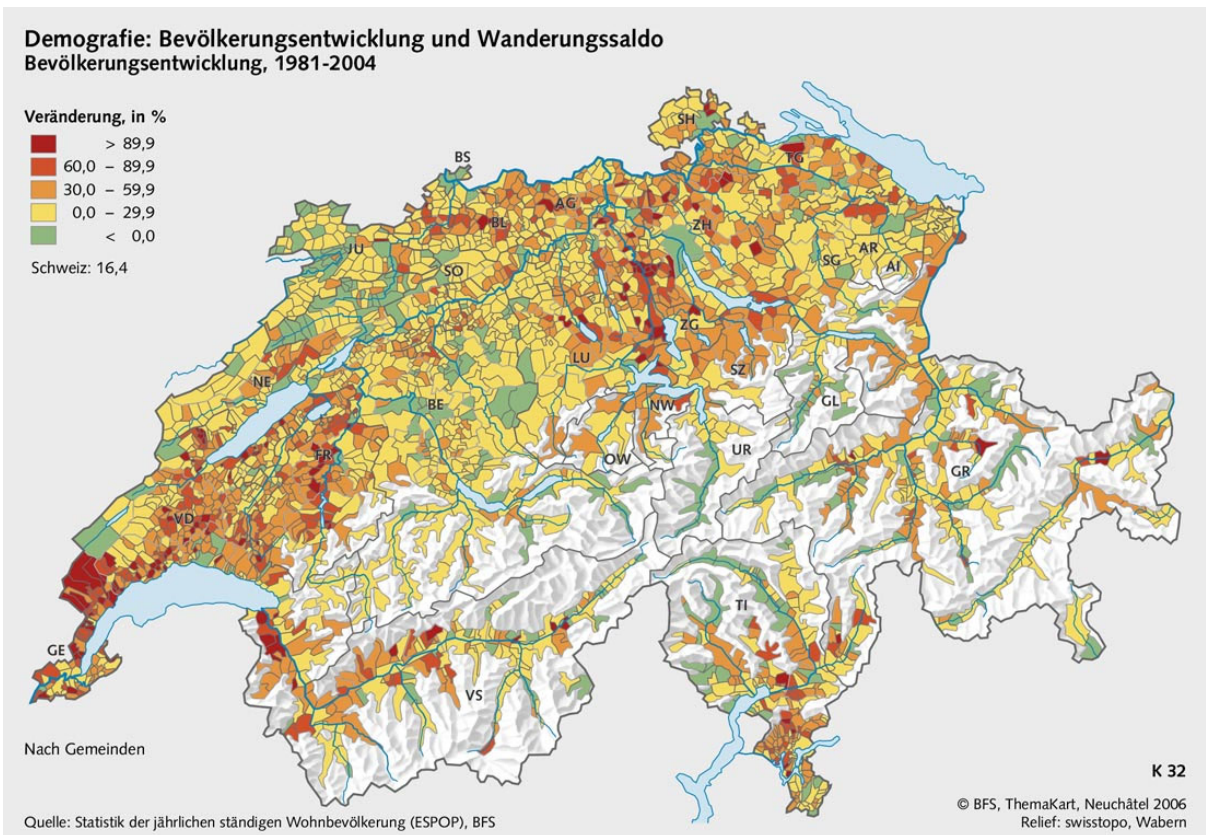


Abbildung 33: Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo, 1981-2004

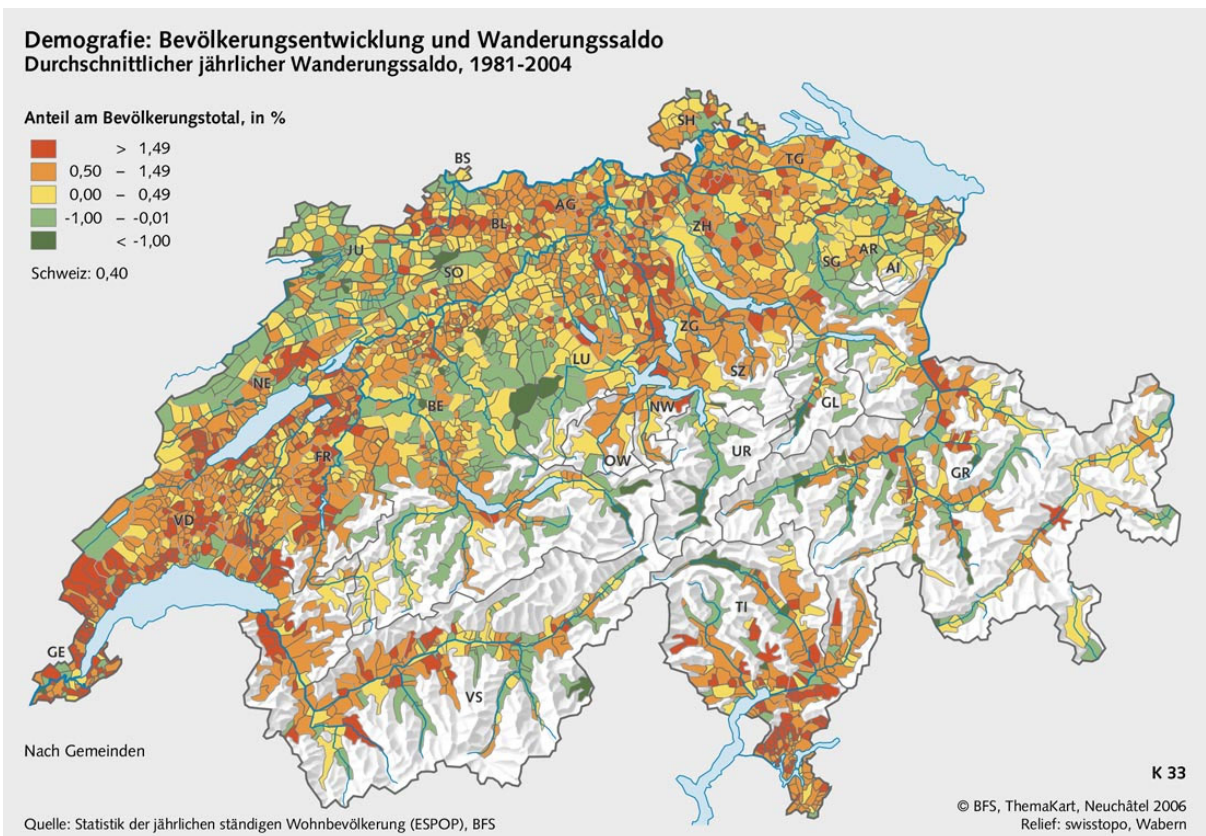
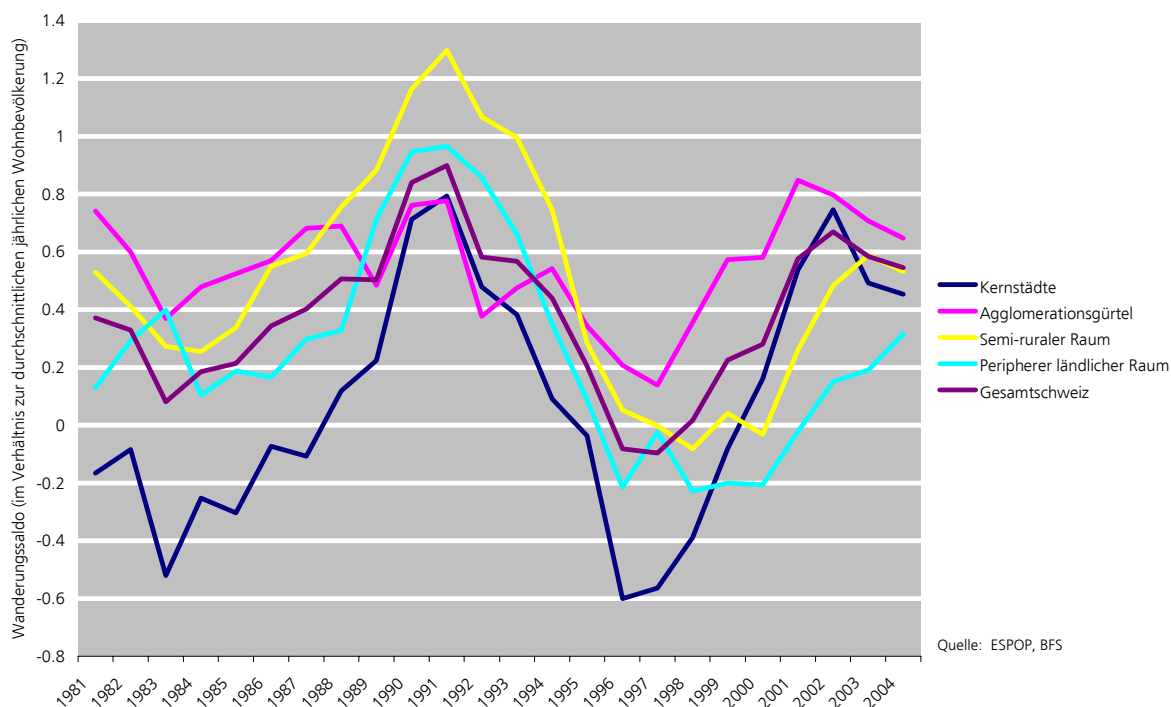


Abbildung 34: Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo, 1981-2004 nach Raumtypen



- Bevölkerungswachstum im Agglomerationsgürtel:** In Abbildung 32 lassen sich die bevölkerungsmässigen Wachstums- und Schrumpfungsregionen erkennen. Die eigentlichen Wachstumszentren liegen im Agglomerationsgürtel der Metropolitanräume. Neben Basel und Lugano sind dies insbesondere die beiden grössten Metropolitanregionen Zürich und Arc Lémanique. Die Wachstumsgebiete im Raum Zürich umfassen neben dem Kanton Zürich die Kantone Zug und Schwyz, insbesondere das steuerlich attraktive Ausserschwyz, Teile des Kantons Aargau und reichen bis in die Kantone Thurgau und St. Gallen. In der Romandie haben neben dem Genferseebecken auch der Kanton Freiburg und das Unterwallis überdurchschnittliche Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen.
- Weiteres Ausgreifen der Agglomerationen:** Die dynamischste Bevölkerungsentwicklung war in den weniger dicht besiedelten Gemeinden im äusseren Agglomerationsring zu beobachten. Diese Entwicklungen führen insgesamt zu einer verstärkten Konzentration der Bevölkerung in den Agglomerationen, einem weiteren Ausgreifen der Agglomerationen in den ländlichen Raum und einer zunehmenden Zersiedlung des Mittellandes. Eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung ist in zwei Räumen zu erkennen. Zum einen sind dies die Kernstädte, welche gegenüber den Agglomerationsgemeinden an Einwohnerinnen und Einwohnern verloren haben. Seit einigen Jahren zeichnet sich indessen ein Trend zur Reurbanisierung ab. Mit der Umnutzung von Industriearealen werden attraktive Wohnangebote für besser verdienende Bevölkerungsgruppen geschaffen. Zum zweiten sind

absolute Bevölkerungsverluste insbesondere in Gemeinden im zentralen Alpenraum, im Jura und in Teilen der Voralpen zu beobachten.

- **Demographische Trendumkehr zu Gunsten des urbanen Raumes:** Die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im gesamten Zeitraum von 1981 bis 2004 überdeckt die unterschiedliche Entwicklung in einzelnen Zeiträumen. Während sich bis Mitte der neunziger Jahre der ländliche Raum stärker entwickelt hat, bleibt er seit 1998 hinter dem urbanen Raum zurück. Innerhalb des urbanen Raumes findet zudem seit 1998 ein stärkeres Bevölkerungswachstum in den Grossagglomerationen statt. Schuler, Perlik, Pasche (2004) sprechen dabei von einer demographischen Trendumkehr auf allen territorialen Hierarchiestufen.
- **Wanderungssaldo als Spiegel der Konjunktur:** Die Wanderungssaldi nach Raumtypen in Abbildung 34 widerspiegeln den Verlauf der konjunkturellen Entwicklung. Sie sind stark beeinflusst vom internationalen Wanderungssaldo, d.h. dem Zu- und Wegzug über die Landesgrenzen der Schweiz. Die Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den achtziger Jahren und Ende der neunziger Jahre mit ihrem Bedarf an Arbeitskräften sind charakterisiert durch eine Zunahme der Immigration. Der wirtschaftliche Abschwung Mitte der neunziger Jahre bringt einen Rückgang der Zuwanderung bzw. in einigen Teilräumen gar ein negatives Wanderungssaldo mit dem Ausland. Die Abbildung verdeutlicht auch nochmals die dynamische Entwicklung der Agglomerationen (Kernstädte und Agglomerationsgürtel) Ende der neunziger Jahre gegenüber dem ländlichen Raum.
- **Wanderungsgewinne in den Agglomerationsgemeinden:** Das Wanderungssaldo auf Gemeindeebene bestätigt mit hohen Wanderungsgewinnen in den Agglomerationsgemeinden der grossen Zentren und einem negativen durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo in vielen Kernstädten und weiten Teilen des zentralen Alpenraumes und des Juras im Grundsatz das Bild aus der Analyse der Bevölkerungsentwicklung. Wie eine Studie zur internen Migration in der Schweiz zeigt, beeinflussen sowohl die Merkmale der einzelnen Individuen wie das Ausbildungsniveau oder das Alter, als auch Faktoren der Standortqualität das Migrationsverhalten bzw. Ausmass und Richtung der Wanderungsströme. Eine stärkere Ausweitung des Wohnungsangebotes, ein Preisvorteil beim Wohneigentum sowie eine mildere Steuerbelastung in der Zielregion bzw. -gemeinde verglichen mit dem früheren Wohnort haben einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Migration (Carnazzi Weber, Golay 2005).

Indikator 9: Jugend- und Altersquotient

Die Veränderung der Alterspyramide in der Schweiz mit einem Rückgang der Geburtenrate, einer steigenden Lebenserwartung und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft stellt die Sozialpolitik vor grosse Herausforderungen. In seinen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz geht das Bundesamt für Statistik auch in den kommenden drei Jahrzehnten von einem leichten Wachstum der Bevölkerung sowie von einer beschleunigten demografischen Alterung aus (BFS 2004).

Die Jugend- und Altersquotienten geben an, wie hoch die "Belastung" der Bevölkerung im produktiven bzw. erwerbsfähigen Alter durch Kinder und Jugendliche bzw. älterer Personen ist. Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Altersgruppen ist eine Voraussetzung für die künftige Entwicklung eines Teilraumes. Die tatsächlichen Erwerbsverhältnisse bleiben indes unberücksichtigt. Der Jugendquotient bezeichnet das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 19 Jahren zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre). Der Altersquotient zeigt das Verhältnis der Bevölkerung über 64 Jahren zur erwerbsfähigen Bevölkerung. Die Daten zur Altersstruktur der Bevölkerung auf Gemeindeebene stammen aus der Eidgenössischen Volkszählung. Auf Stufe der Kantone sind die entsprechenden Daten aus der ESPOP jährlich verfügbar.

Abbildung 35: Altersquotient, 2000

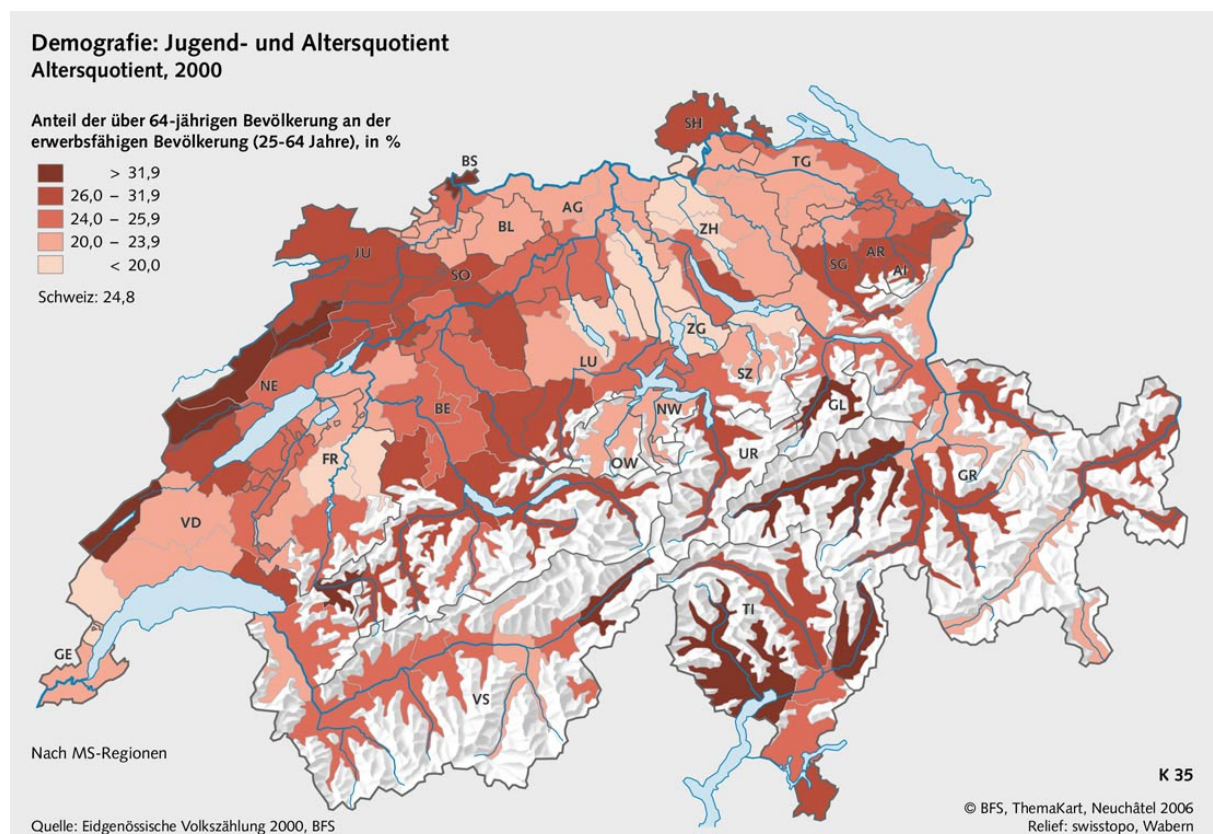
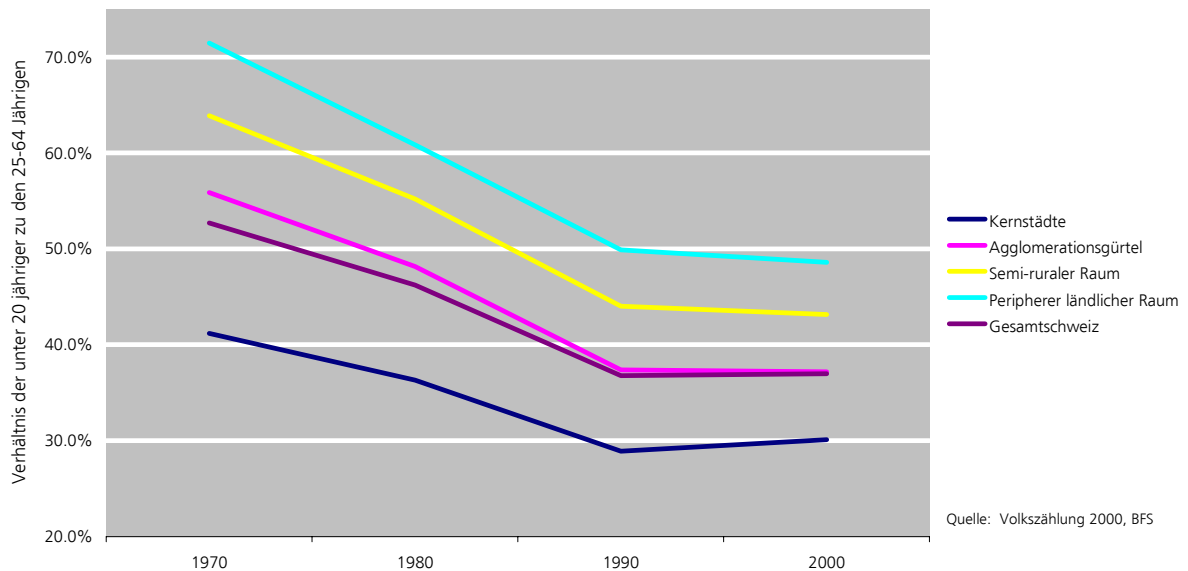




Abbildung 38: Entwicklung des Jugendquotienten 1970- 2000, nach Raumtypen



- Stetiger Anstieg des Altersquotienten:** Wie Abbildung 37 verdeutlicht, ist der Altersquotient, bedingt durch rückläufige Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung seit 1970 stetig gestiegen. Ein besonders markanter Anstieg ist in der Periode zwischen 1970 und 1980 zu erkennen. Alle Raumtypen verzeichnen aufgrund der gesamthaften Alterung der Gesellschaft eine Zunahme des Altersquotienten. Die Analyse macht deutlich, dass sich die Problematik der sich rasant entwickelnden Überalterung der Kernstädte in den 70er und 80er Jahren, vielfach bedingt durch den Wegzug von Familien in die Agglomerationsgemeinden, etwas verlangsamt hat. Demgegenüber hat sich die Altersstruktur der Agglomerationsräume ausgehend von einem tieferen Anteil älterer Menschen den anderen Raumtypen tendenziell angeglichen. Für das Jahr 2000 ergibt sich daraus eine räumlich ausgeglichene Altersstruktur. Nach wie vor sind in Abbildung 35 jedoch deutliche regionale Disparitäten erkennbar. Unterdurchschnittliche Altersquotienten sind etwa in den Agglomerationsräumen Zürichs oder des Genferseebeckens zu verzeichnen. Die höchsten Quotienten sind in Teilen des Alpenraumes und des Jurabogens auszumachen. In diesen ländlichen Räumen ist der erhöhte Altersquotient zumindest teilweise auf die Abwanderung der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückzuführen.
- Jugendquotient mit Stadt-Land-Gefälle:** Während der Altersquotient konstant zugenommen hat, hat der Jugendquotient mit dem Rückgang der Geburten im gleichen Zeitraum deutlich abgenommen. Lag der prozentuale Anteil der Kinder und Jugendlichen an der erwerbsfähigen Bevölkerung 1970 noch bei 53 Prozent, sank er bis ins Jahr 2000 auf 37 Prozent. Der Jugendquotient folgt einem Zentren-Peripherie-Muster. Die tiefsten Jugendquotienten sind in den Kernstädten mit einem geringen Anteil an Familien anzutreffen. Die höchsten Anteile an Kindern und Jugendlichen weisen periphere ländliche Regio-

nen auf. Das Absinken des Jugendquotienten hat zu einer Angleichung zwischen den Raumtypen geführt. Obwohl abgeschwächt, bleibt das Stadt-Land-Gefälle mit hohen Jugendquotienten in ländlichen Regionen der Ostschweiz, der Zentralschweiz und in Teilen der Romandie in Abbildung 36 auch im Jahr 2000 erkennbar. Dies erklärt sich zum einen aus der nach wie vor höheren Attraktivität der ländlichen Gebiete für Familien mit Kindern. Zum anderen wird der Jugendquotient durch den Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren hoch gehalten.

- **Weiterer Anstieg des Altersquotienten erwartet:** Nach den aktuellen Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik wird sich der demografische Alterungsprozess der Schweizer Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten beschleunigen (BFS 2004). Eine besonders rasche Zunahme ist bis etwa 2035 zu erwarten. In einem Szenario mit der Fortschreibung des aktuellen Trends werden bis dann rund 44 Personen über 64 Jahre auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter entfallen. Für die einzelnen Kantone werden sehr unterschiedliche Entwicklungen erwartet. Wird für Kantone wie Zürich und Genf eine ausgewogene Entwicklung der Altersstruktur prognostiziert, ist in Kantonen wie Uri oder Nidwalden mit einer ausgeprägten Bevölkerungsalterung zu rechnen.

4.7 Mobilität und Erreichbarkeit

Die Erreichbarkeit von Standorten und die Mobilität der regionalen Bevölkerung sind zentrale Wettbewerbsfaktoren. Unternehmen und Individuen sind auf gute Voraussetzungen in der Erreichbarkeit angewiesen. Die zunehmende Mobilität der Arbeitskräfte ist ein wesentlicher Faktor für das regionale Wirtschaftswachstum. Disparitäten in Mobilität und Erreichbarkeit können andere Disparitäten verstärken. Die Zunahme der Mobilität geht aber auch einher mit wachsenden Belastungen der Umwelt- und Wohnqualität.

Indikator 10: Pendlersaldo

Der Pendlersaldo gibt Hinweise auf die Wirtschafts- und Arbeitsplatzstruktur und auf funktionalen Verflechtungen zwischen Gebietskörperschaften. Die Pendlerverhältnisse dienen zudem als zentrales Kriterium für die Bestimmung und Abgrenzung von Agglomerationen. Der Pendlersaldo bezeichnet die Differenz zwischen Ein- und Auspendlern, in Beziehung gesetzt zum Total der wohnhaften Erwerbstätigen. Die Angaben zu Wohn- und Arbeitsplatz bzw. den Pendlerverhältnissen stammen aus der Eidgenössischen Volkszählung. Im Folgenden werden nur die Erwerbstätigen berücksichtigt. Das Pendeln von Schülern und Studierenden wird nicht einbezogen.

Abbildung 39: Pendlersaldo (Erwerbstätige), 1990

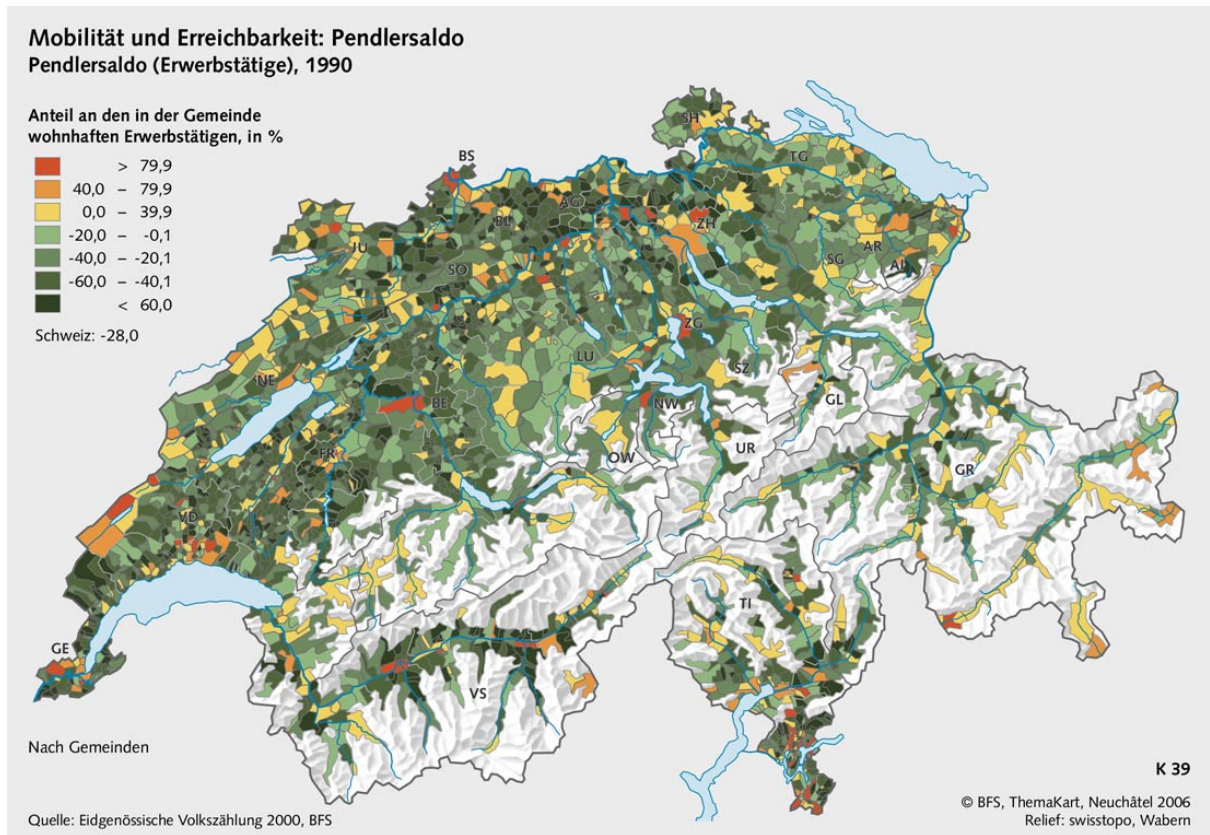


Abbildung 40: Pendlersaldo (Erwerbstätige), 2000

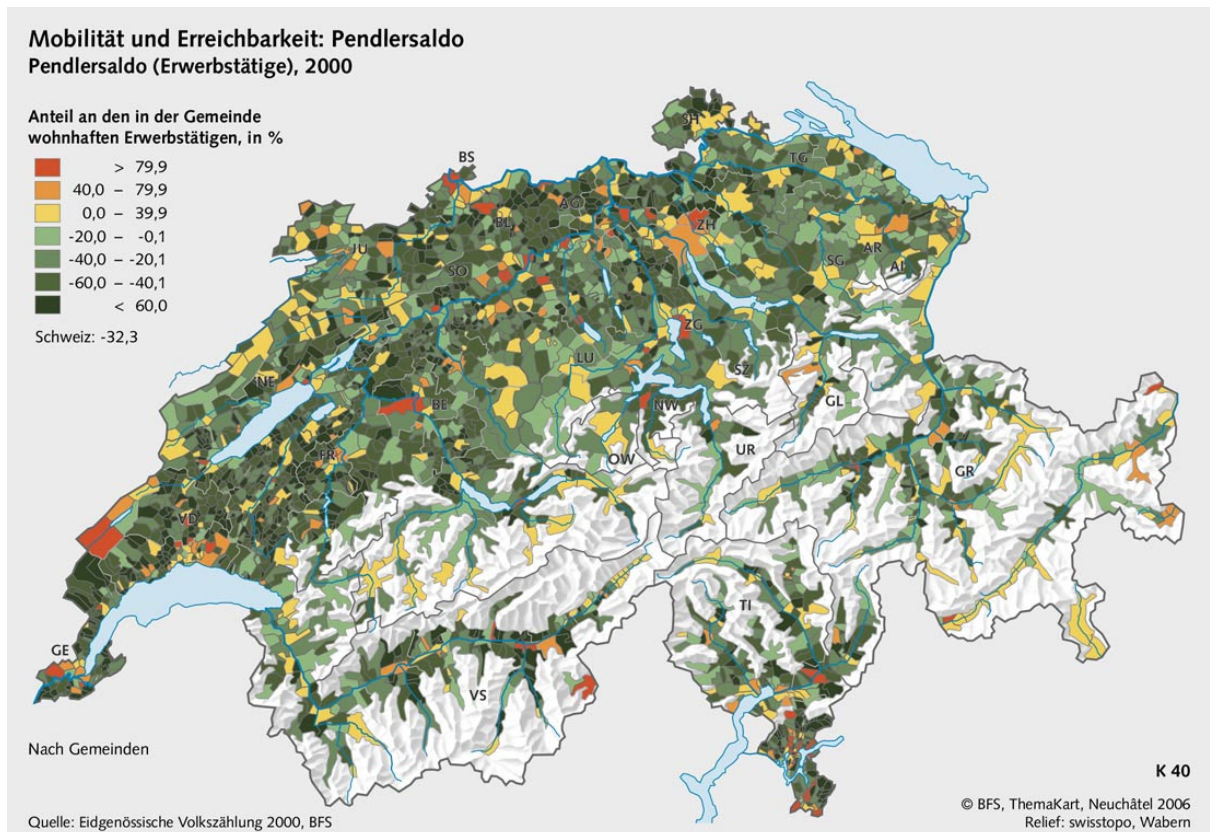
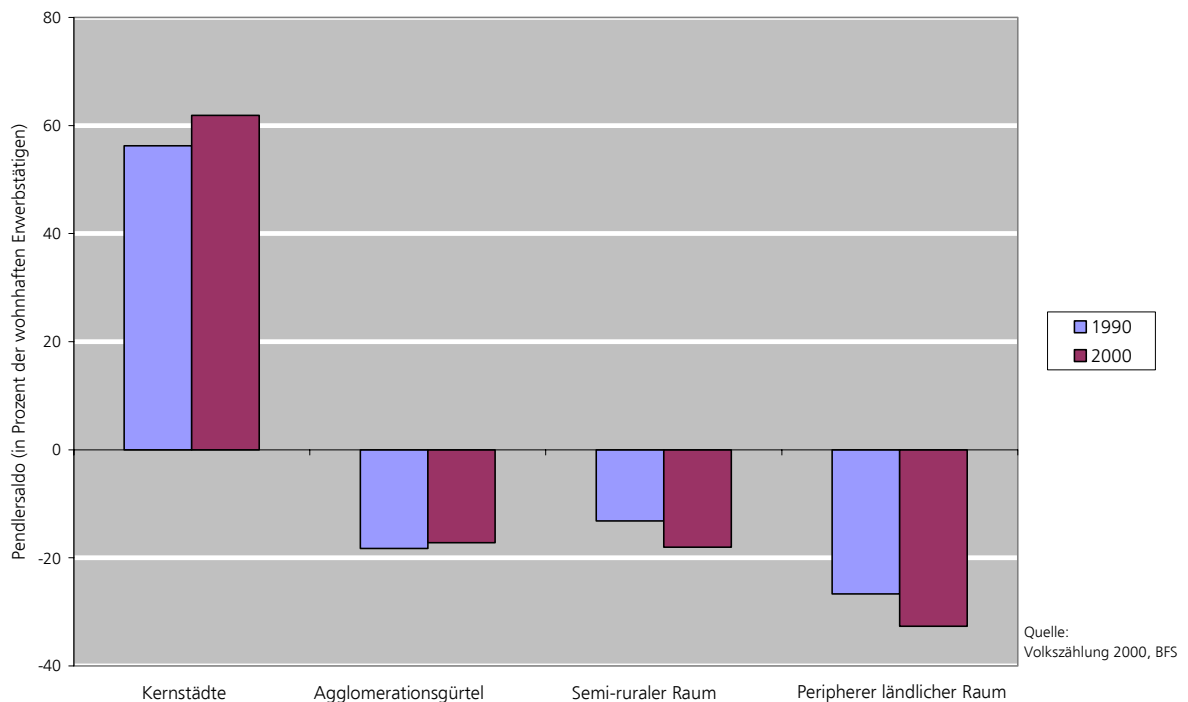


Abbildung 41: Pendlersaldo 1990 und 2000, nach Raumtypen



- Immer grössere Pendlerdistanzen:** Ein Vergleich der Abbildungen 36 und 37 lässt eine Zunahme der Pendlerbewegungen zwischen 1990 und 2000 erkennen. Mit den immer grösseren Distanzen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz hat sich die Mobilität der erwerbstätigen Bevölkerung weiter erhöht. Der Anteil der Bevölkerung, die ausserhalb ihres Wohnortes einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist zwischen 1970 und 2000 von 31 Prozent auf 58 Prozent gestiegen. Die Pendlerinnen und Pendler legen dabei auf ihrem Arbeitsweg immer grössere Distanzen zurück, wobei der durchschnittliche Zeitbedarf durch die verbesserten Verkehrsinfrastrukturen jedoch weitgehend konstant bleibt. Als weitere Ursache für die zunehmende Pendlermobilität werden neue Ansprüche an das Wohnumfeld angeführt. Die Wahl eines Wohnortes erfolgt innerhalb einer bestimmten Arbeitsmarktreion zunehmend unabhängig vom Arbeitsort. Eine entsprechende Verlängerung des Arbeitsweges wird in Kauf genommen (Thierstein et al. 2006).
- Verstärkte Polarisierung zwischen Arbeitsplatz- und Wohngemeinden:** Das Grundmuster des Pendlersaldos bleibt unverändert. Die Kernstädte inklusive einzelner Gemeinden in der Agglomeration – wie beispielsweise das Glattal bei Zürich – weisen aufgrund des vorhandenen Arbeitsplatzangebots in der Regel einen sehr positiven und Wohngemeinden in den Agglomerationen sowie ländliche Gemeinden einen negativen Pendlersaldo auf. Die Polarisierung zwischen "Arbeitsplatzgemeinden" und "Wohngemeinden" hat sich zwischen 1990 und 2000 verstärkt. Die meisten städtischen Räume konnten ihren positiven Pendlersaldo erhöhen. Insbesondere die Kernstädte konnten ihren Status als Arbeitsplatz-

zentren weiter ausbauen. Die negativen Pendlersaldi in den ländlichen Räumen sind weiter gesunken. Die Einzugsgebiete der Grossagglomerationen Zürich, Basel, Bern und Genf-Lausanne dehnen sich durch weiteres Wachstum an den Agglomerationsrändern immer stärker aus.

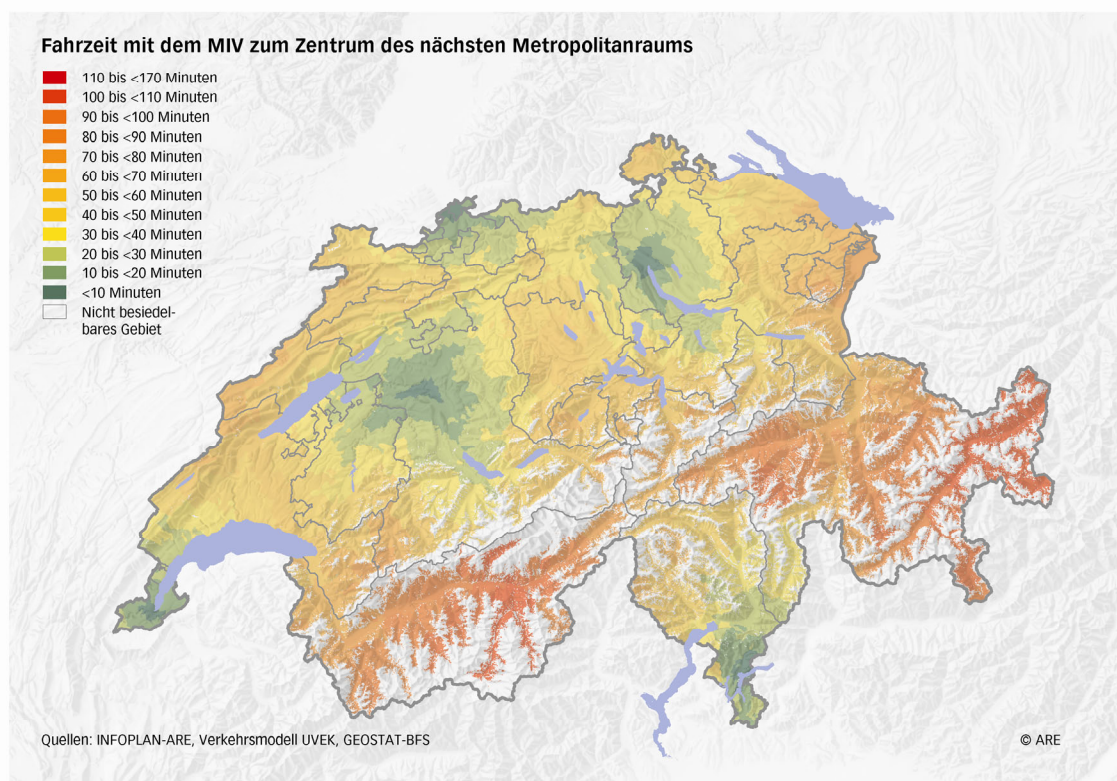
- **Zunahme tangentialer Pendlerströme:** Detaillierte Analysen der Volkszählungsdaten liefern weitere Erkenntnisse zu den Pendlerbewegungen (Frick et al. 2005). Innerhalb der Agglomerationsräume bilden sich durch neue Arbeitsplatzschwerpunkte im Agglomerationsgürtel vermehrt Pendlerströme aus den Zentren in die Umlandgemeinden sowie zwischen den Agglomerationsgemeinden (tangentiale Pendlerbewegungen). Diese polyzentrische Entwicklung in grösseren Metropolitanregionen ist insbesondere in Zürich und im Arc Lémanique zu beobachten.

Indikator 11: Erreichbarkeit von Zentren

Die Erreichbarkeit einer Region ist ein wichtiges Element des Standortwettbewerbs. Dabei stehen Verkehrs-, Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis.

Das Bundesamt für Raumentwicklung hat im Raumentwicklungsbericht für das Jahr 2005 für jede Gemeinde der Schweiz die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Metropole mit dem motorisierten Individualverkehr bzw. dem öffentlichen Verkehr dargestellt (ARE 2005).

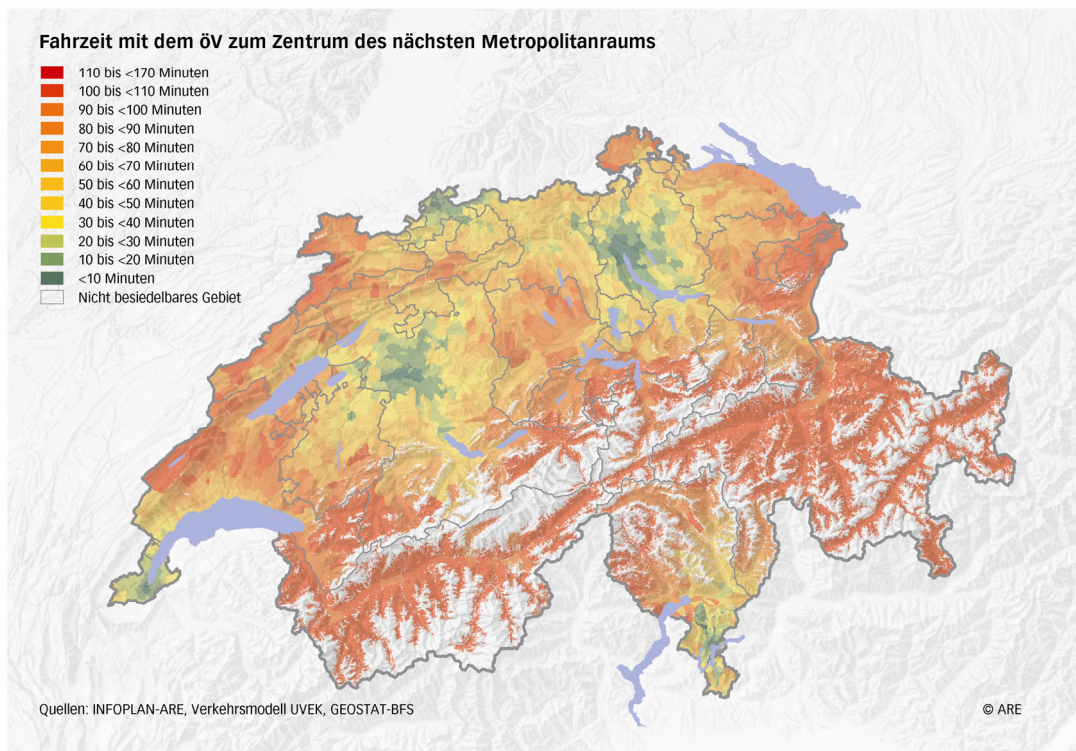
Abbildung 42: Erreichbarkeit von Zentren mit dem Individualverkehr, 2005



Ein Vergleich der Abbildungen 42 und 43 zeigt, dass die Fahrten bis zum nächstgelegenen Metropolitanraum mit dem motorisierten Individualverkehr weniger lang dauern als mit dem öffentlichen Verkehr. Das Erreichbarkeitsmuster bleibt indessen dasselbe. Die topographische Situation in den Tälern der Alpen und des Jurabogens und die geringere Siedlungsdichte schlagen sich in verlängerten Fahrzeiten bzw. einem weniger dichten Fahrplanangebot nieder. Innerhalb der Metropolitanräume sind die Erreichbarkeitsverbesserungen durch den Ausbau der S-Bahn-Netze gut ersichtlich.

Aufgrund der hohen Infrastrukturinvestitionen in Strassen- und Schienennetz in den letzten Jahrzehnten hat sich die Erreichbarkeit generell stark verbessert. Die einzelnen Regionen sind näher zusammengerückt. Dies unter anderem dank einer föderalistisch geprägten Verkehrspolitik, welche flächendeckend auch in peripheren Regionen für eine gute Erschliessung gesorgt hat.

Abbildung 43: Erreichbarkeit von Zentren mit dem öffentlichen Verkehr, 2005



4.8 Einkommen, Verteilung und soziale Sicherheit

Das regionale Haushaltseinkommen ist das Resultat der Beteiligung der Regionsbewohner am Arbeitsprozess. Die soziale Sicherheit und die Einkommensverteilung im regionalen Kontext sind wichtige Gradmesser für gesellschaftliches Wohlbefinden und Gleichheit. Einkommensunterschiede können unter Einbezug der Lebenserhaltungskosten als Treiber von räumlichen Verlagerungen von arbeitstätigen Bevölkerungsteilen wirken. Einkommen kann als relevante Grösse angesehen werden für politisch motivierte soziale oder territoriale Umverteilungen.

Indikator 12: Steuererträge natürlicher Personen

Neben den kantonalen und kommunalen Einkommens- und Vermögenssteuern wird auf die Einkommen natürlicher Personen auf Bundesebene zusätzlich die direkte Bundessteuer erhoben. Die beiden Tarife für Alleinstehende und verheiratete Steuerpflichtige sind progressiv ausgestaltet. Die Steuerdaten werden jährlich von der Eidgenössischen Steuerverwaltung erhoben. Für die Jahre 2001 und 2002 sind für die Kantone Tessin, Waadt und Wallis keine vergleichbaren Daten verfügbar. Die Daten ab 2003 werden wiederum für alle Kantone zur Verfügung stehen.

Abbildung 44: Erträge aus der direkten Bundessteuer natürlicher Personen, Steuerperiode 1999/2000

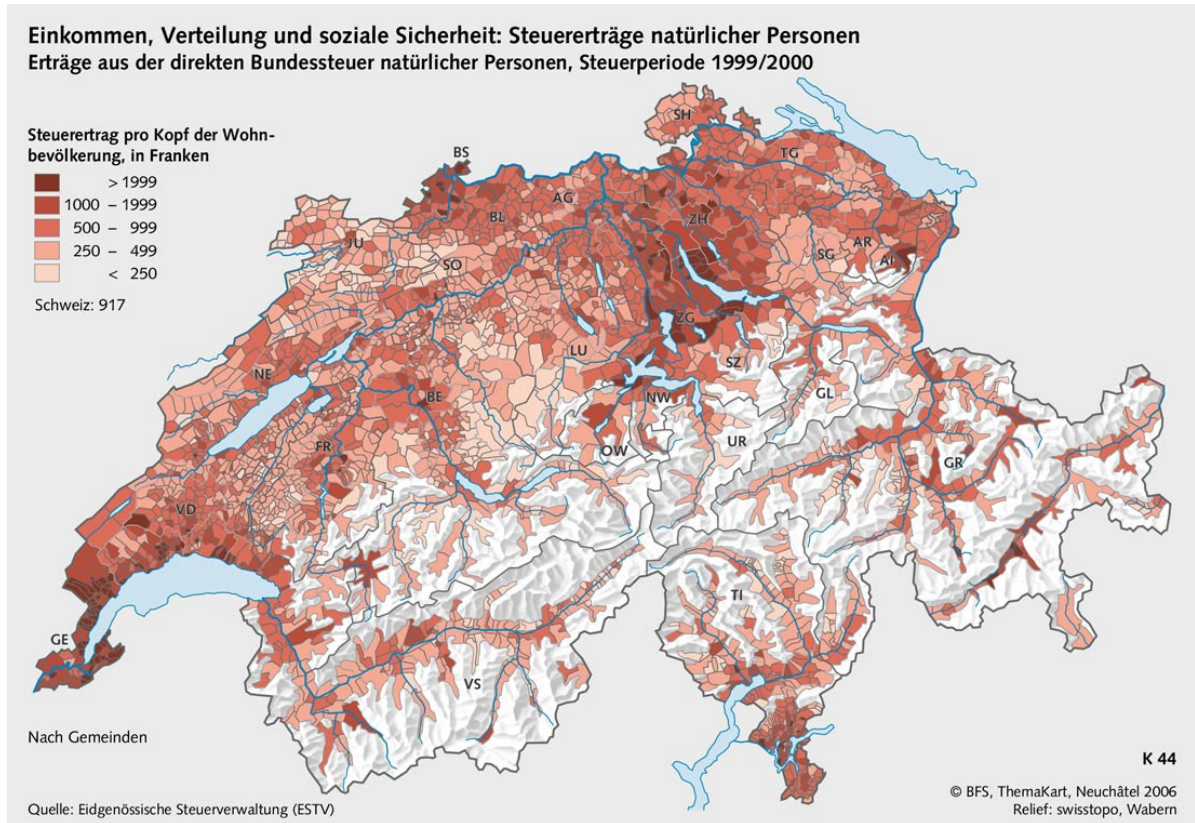


Abbildung 45: Erträge aus der direkten Bundessteuer, Steuerperiode 1999/2000, nach Raumtypen und Metropolitanregionen

Raumtypen	Kopfquote (in CHF)	Metropolitanregionen	Kopfquote (in CHF)
Kernstädte	896.4	Zürich	1379.3
Agglomerationsgürtel	1162.9	Arc lémanique	1261.5
Semi-ruraler Raum	559.8	Basel	1114.5
Peripherer ländlicher Raum	458.8	Bern	681.0
		Tessin	894.8
		übrige Agglomerationen	721.5
Gesamtschweiz	917.3	Ländlicher Raum	532.7

- Unterschiedliche Einkommen und Lebenshaltungskosten:** Die Erträge der direkten Bundessteuer natürlicher Personen pro Kopf liefern Informationen zu den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen der Bevölkerung und geben dadurch Hinweise auf den Reichtum einer Gemeinde. Gerade in kleineren Gemeinden kann der durchschnittliche Ertrag der direkten Bundessteuer natürlicher Personen durch einzelne Personen mit sehr hohen Einkommen jedoch stark beeinflusst werden. Zudem erlauben die Einkommensverhältnisse nur eingeschränkt Aussagen zu den effektiv verfügbaren Einkommen. Die Haushalte

sind je nach Wohngemeinde mit unterschiedlichen Transfereinnahmen, Abgaben und Lebenshaltungskosten konfrontiert, welche das verfügbare Einkommen wesentlich verändern können. Wie eine Studie der Credit Suisse (2006) zeigt, weisen die Grosszentren Zürich, Bern, Basel, Lausanne und Genf aufgrund hoher Kosten bei den Immobilienpreisen, den Krankenkassenprämien und der Steuerbelastung klar unterdurchschnittliche Werte des für den Konsum frei verfügbaren Einkommens aus. Bei dieser Betrachtung werden neben den gesetzlichen Zwangsabgaben auch die Wohn- und Wohnnebenkosten vom Bruttoeinkommen subtrahiert.

- **Besserverdienende Bevölkerungsgruppen in den Umlandgemeinden:** Bei den Metropolitanregionen heben sich Zürich, der Arc Lémanique und Basel in den Erträgen der direkten Bundessteuer pro Kopf deutlich von den übrigen Agglomerationsräumen ab (Abbildung 45). Als breit abgestützte Arbeitsmärkte mit hohem Lohnniveau sind sie gerade für hochqualifizierte und oftmals besserverdienende Arbeitskräfte sehr attraktiv. Innerhalb der Agglomerationen weisen die Umlandgemeinden gegenüber den Kernstädten höhere Kopfquoten auf. Mit ihren steuerlichen Vorteilen und der Stärkung attraktiver Wohnlagen ziehen sie insbesondere besserverdienende Einkommensschichten an. Im ländlichen Raum sind generell deutlich tiefere Erträge pro Kopf zu verzeichnen. Verschiedene Regionen wie der Kanton Nidwalden, das Appenzell oder das Oberengadin konnten jedoch dank ihrer hohen Wohnqualität und geringen Steuerbelastungen auf kantonaler und kommunaler Stufe steuerkräftige Bewohner anziehen. Dabei werden Attraktivitätssteigerungen für höhere Einkommen gezielt als Mittel des Standortwettbewerbs eingesetzt.

Indikator 13: Kantonaes Volkseinkommen

Das kantonale Volkseinkommen dient als Orientierungsgrösse für den materiellen Wohlstand eines Kantons. Die kantonalen Volkseinkommen werden durch eine Regionalisierung des Volkseinkommens der Schweiz ermittelt. Es setzt sich zusammen aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte, dem Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften (Nettobetriebsüberschuss und Vermögenseinkommen) sowie dem Saldo der Primäreinkommen des Staates. Die Einkommen der Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) werden gemäss Inländerkonzept dem Wohnsitzkanton ihres Eigentümers oder demjenigen Kanton zugeteilt, in welchem sich der Hauptsitz des betreffenden Unternehmens befindet. Aufgrund konzeptioneller und methodischer Änderungen sind die Zeitreihen ab 1998 vergleichbar. Im Folgenden sind die kantonalen Netto-Volkseinkommen zu Faktorkosten in Franken pro Einwohner dargestellt. Das Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik jährlich ausgewiesen.

Abbildung 46: Kantonales Volkseinkommen pro Kopf, 2003

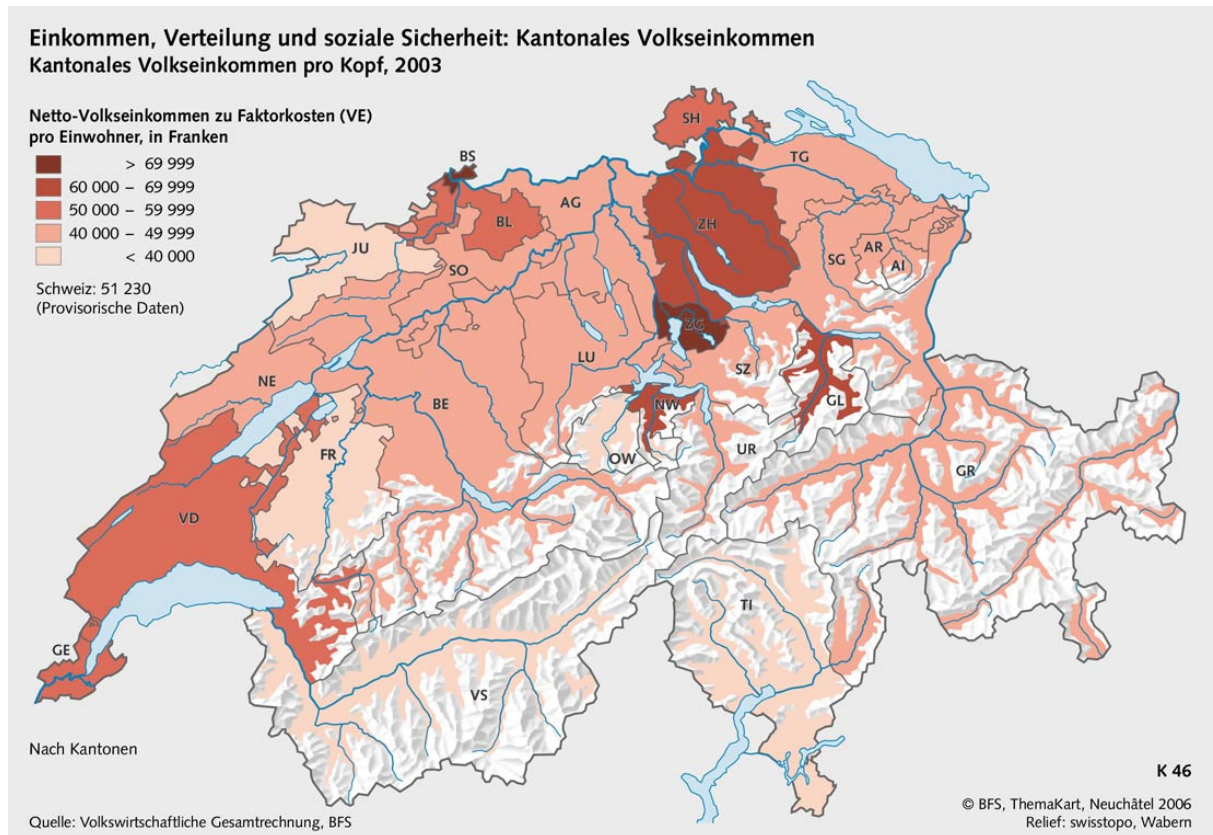
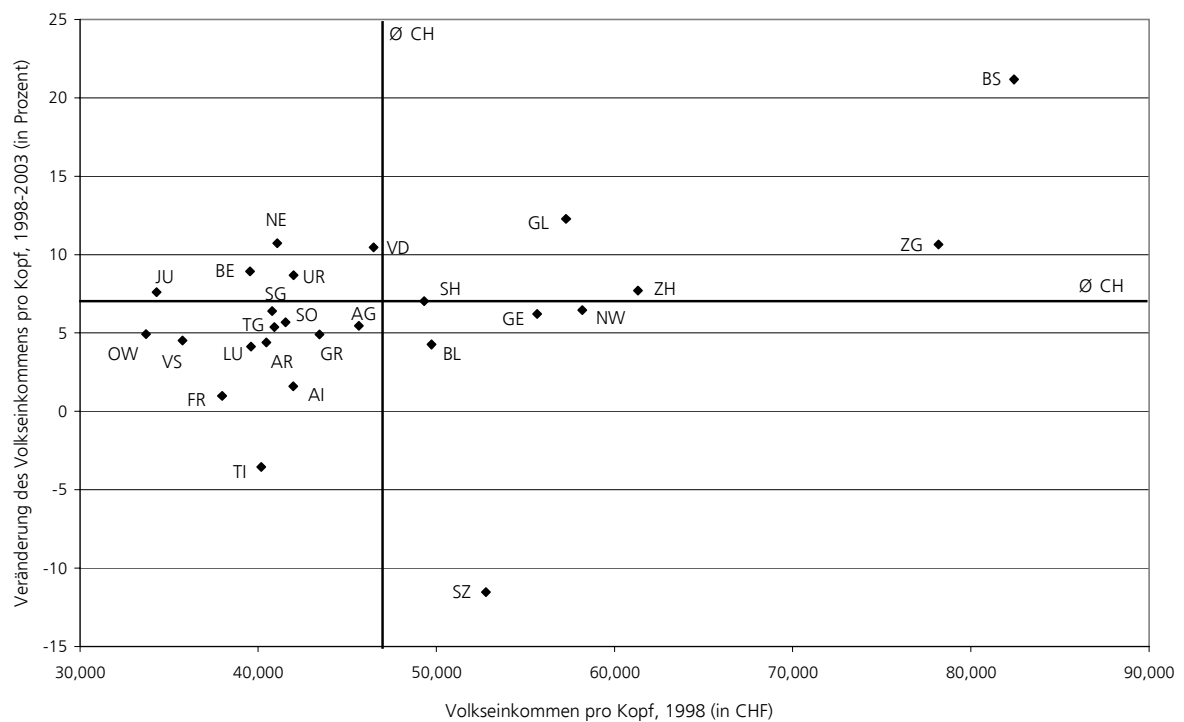


Abbildung 47: Stand und Dynamik des kantonalen Volkseinkommens, 1998-2003



- **Grosse Disparitäten bei den kantonalen Volkseinkommen:** Das Volkseinkommen der Kantone weist eine grosse regionale Spannbreite auf. Die Werte reichen für das Jahr 2003 von 99'000 Franken für den Kanton Basel-Stadt bis zu 35'000 Franken für den Kanton Obwalden. Dies bei einem gesamtschweizerischen Durchschnittswert von 51'000 Franken. Erkennbar ist in Abbildung 46 ein Grundmuster mit Unterschieden zwischen den städtisch geprägten Zentrumsantonen und den ländlichen Kantonen. Das Volkseinkommen wird durch einige Elemente aufgrund der konzeptionellen Grundlagen beeinflusst. Durch die Berechnung der kantonalen Volkseinkommen gemäss dem Inländerprinzip gilt es zu berücksichtigen, dass die Pendlerströme die Höhe des Volkseinkommens beeinflussen. Die Einkommen interkantonaler Pendler werden dem Wohnkanton zugerechnet, was gerade bei kleinen Kantonen mit hoher Wegpendlerquote einen wesentlichen Einfluss ausüben kann. Zudem kann sich wie beispielsweise im Kanton Glarus ein hoher Anteil an Kapitalgesellschaften positiv auswirken.
- **Stabile Rangfolge der Kantone:** Im Vergleich zwischen 1998 und 2003 konnten die bereits einkommensstarken Kantone Basel-Stadt, Zug, Glarus und Zürich durch überdurchschnittliche Wachstumsraten ihre Spitzenstellung weiter ausbauen. Die Kantone Nidwalden, Genf und insbesondere Schwyz mit einem Rückgang des Volkseinkommens um 11.5 Prozent verzeichneten eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Bei den Kantonen, welche 1998 über ein unterdurchschnittliches Volkseinkommen verfügten, konnten die Kantone Waadt, Neuenburg, Bern, Jura und Uri überdurchschnittliche Wachstumsraten erreichen. Die Rangfolge der Kantone ist jedoch in weiten Teilen konstant geblieben.
- **Unterschiedliche Zusammensetzung der kantonalen Volkseinkommen:** Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die unterschiedliche Entwicklung liegt in den Strukturen des Volkseinkommens der verschiedenen Kantone. Die Anteile der Primäreinkommen von Kapitalgesellschaften am Volkseinkommen fallen je nach Kanton sehr unterschiedlich aus. Während diese in einigen Kantonen wie Basel-Stadt, Zug, Glarus oder Genf einen Anteil von 20 bis 30 Prozent des Volkseinkommens einnehmen, sind die Anteile in Kantonen wie Appenzell A. Rh., Luzern oder Solothurn mit rund zwei Prozent nur von sehr geringer Bedeutung. Die Einkommen der Kapitalgesellschaften unterliegen viel stärker als die privaten Haushaltseinkommen kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen. Die privaten Haushaltseinkommen sind langfristig stärker an die Bevölkerungs- als an die Konjunkturentwicklung gekoppelt (Credit Suisse 2001).

4.9 Bauen, Wohnen und Bodennutzung

Die Bodennutzung ist Ausdruck der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten und beschreibt die Beanspruchung des nicht vermehrbaren Gutes Boden. Regionale Disparitäten in vielen Bereichen manifestieren sich in der Bodennutzung. Der haushälterische Umgang mit der Ressource Boden ist eine der Kernaufgaben der Raumplanung.

Der Schweizer Immobilienmarkt ist in Bewegung. Verschiedene Bautypologien und Wohnformen reflektieren unterschiedliche Ansprüche der Regionsbewohner an ihren Wohnort. Die Herausbildung von so genannten „sozialen Milieus“ im Bereich der Wohnungsnachfrage nimmt Einfluss auf den Immobilienmarkt und lässt Rückschlüsse auf Disparitäten bezüglich der Lebensstile zu.

Indikator 14: Siedlungsfläche pro Einwohner

Die Entwicklungen in den Grunddaseinsfunktionen Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Erholung widerspiegeln sich im Raum anhand der Veränderungen der Siedlungsflächen. Die Siedlungsflächen umfassen Gebäudeareale, Industrieareale, Erholungs- und Grünanlagen, Verkehrsflächen sowie besondere Siedlungsflächen. Die Angaben zur Bodennutzung stammen aus der Arealstatistik des Bundesamtes für Statistik. Diese wurde 1979/85 und 1992/97 in einer jeweils sechsjährigen Periode auf der Basis von Flugbildern erhoben und sind hektargenau verfügbar. Als Bezugsgrösse für die Einwohnerzahl wird die Summe der mittleren jährlichen Wohnbevölkerung der Kantone zum Zeitpunkt der Luftaufnahmen verwendet.

Abbildung 48: Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche einer Gemeinde, 1992/97

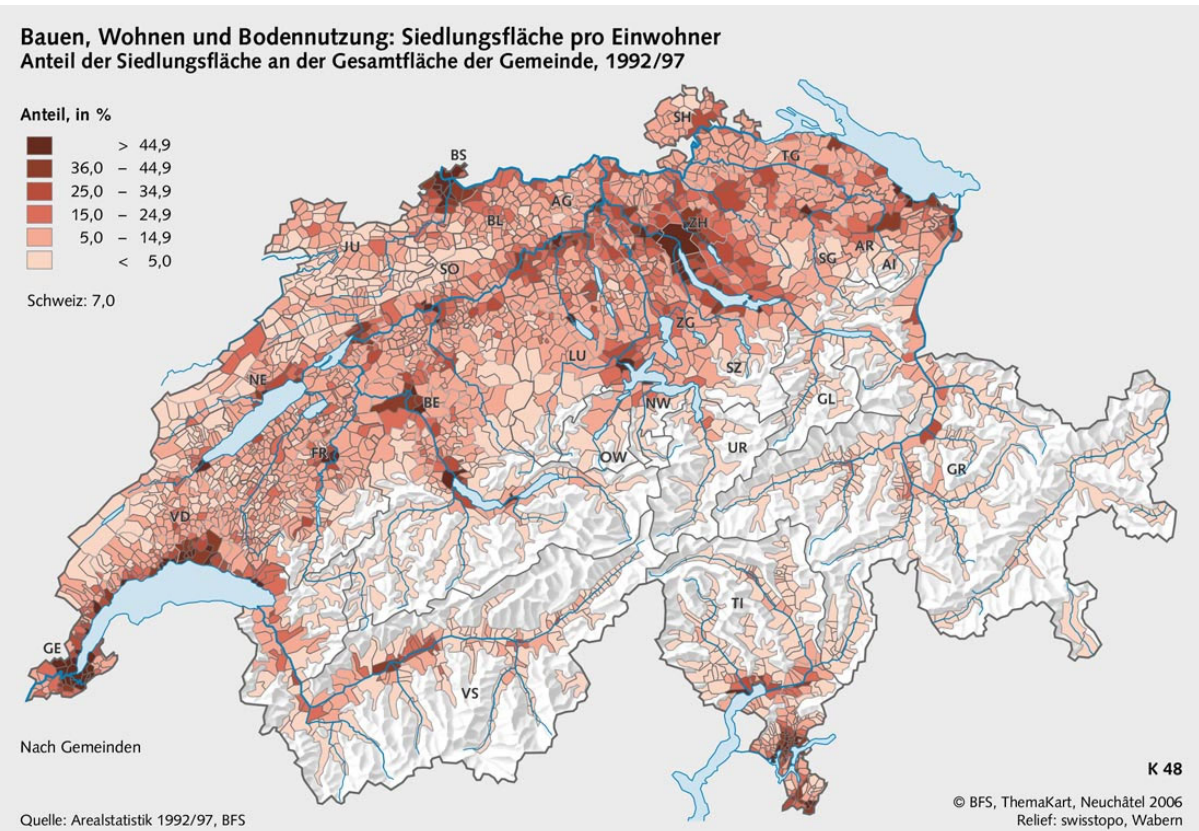


Abbildung 49: Siedlungsfläche pro Einwohner, 1992/97

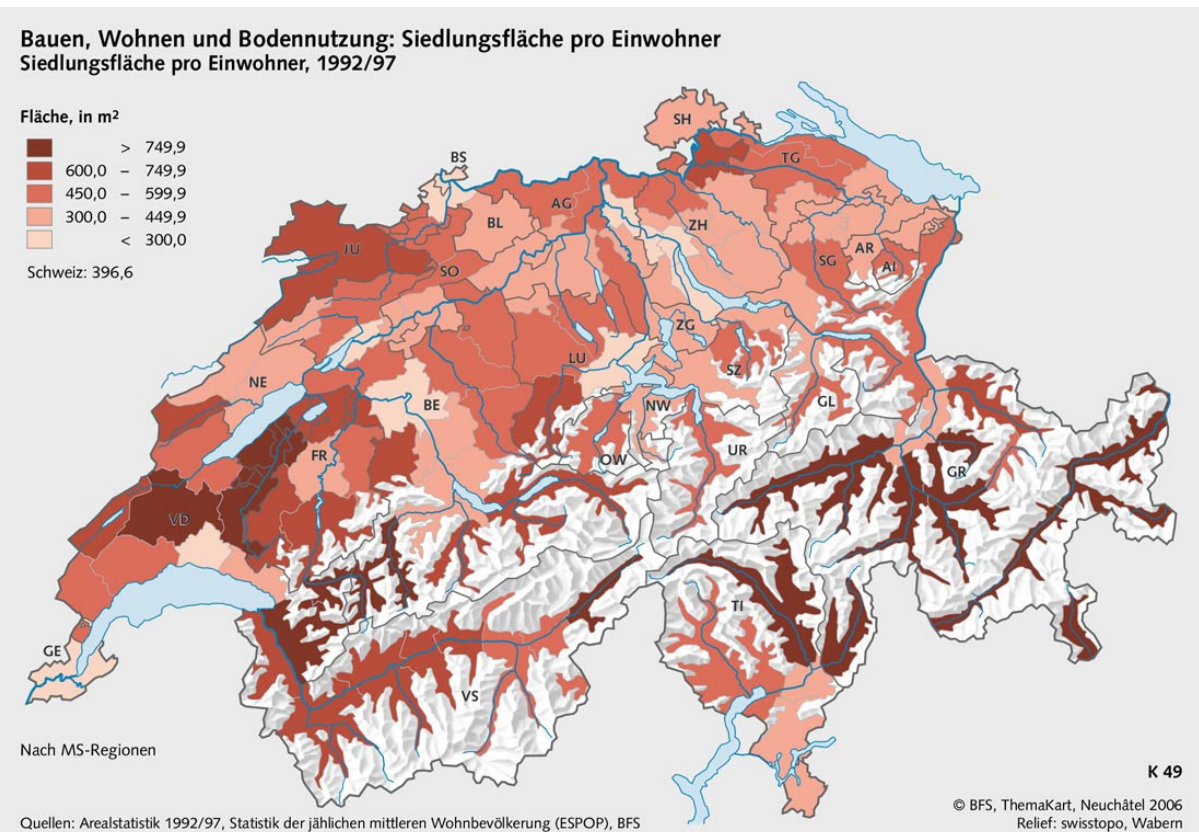


Abbildung 50: Entwicklung der Siedlungsfläche pro Einwohner, 1979/85 - 1992/97

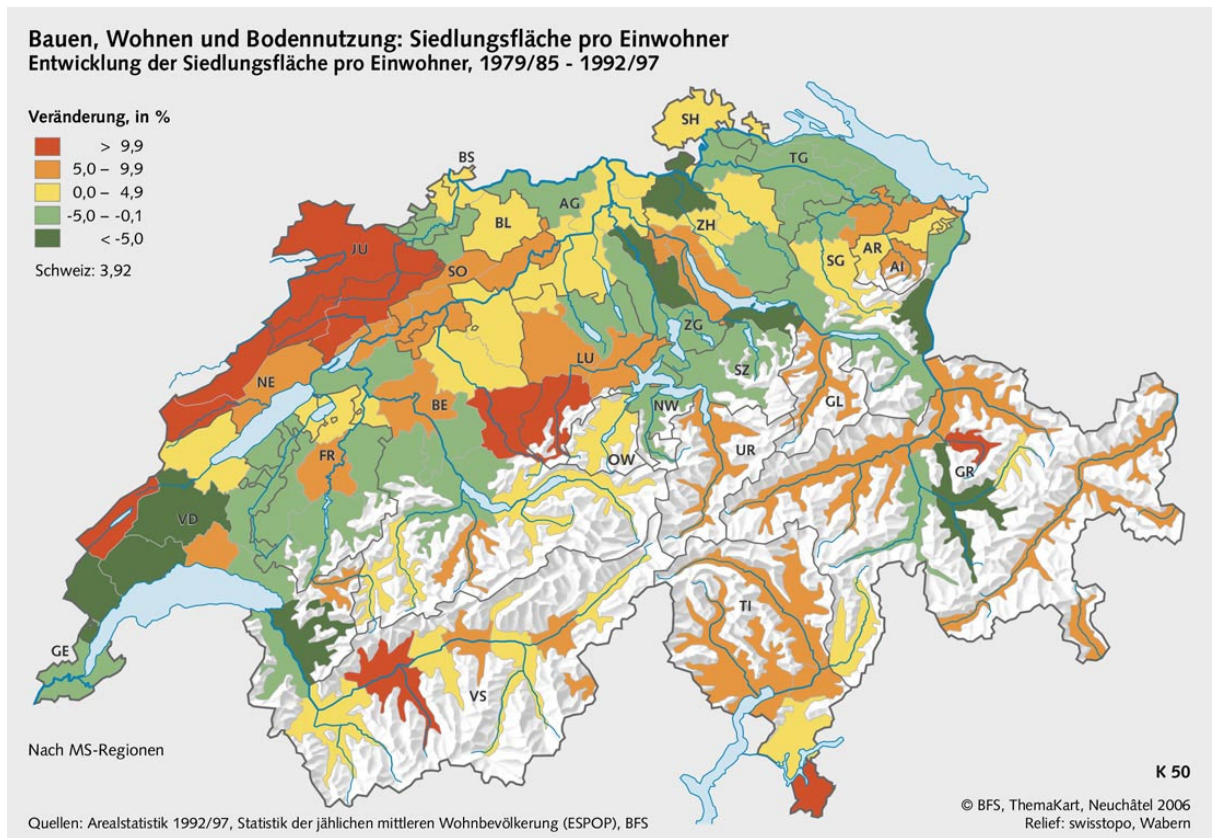
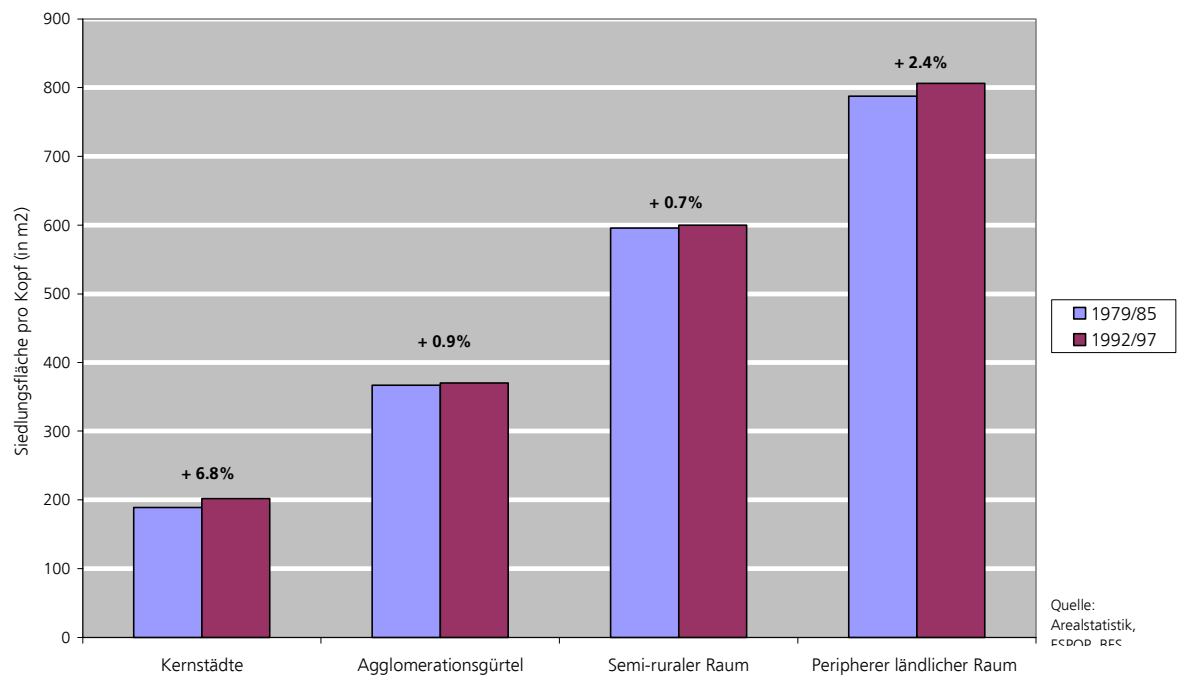


Abbildung 51: Entwicklung der Siedlungsfläche pro Einwohner, 1979/85 - 1992/97, nach Raumtypen



- **Anhaltendes Siedlungsflächenwachstum:** Die Siedlungsfläche nimmt einen Anteil von rund sieben Prozent an der Gesamtfläche der Schweiz ein. Der prozentuale Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche einer Gemeinde bietet einen Anhaltspunkt für den Besiedlungsgrad. Entsprechend widerspiegeln sich in Abbildung 48 die schweizerischen Agglomerationsstrukturen mit hohen Werten in den intensiv genutzten Zentren und deutlich tieferen Werten in den ländlichen Räumen. Die Siedlungsfläche pro Einwohner ist ein zentraler Indikator zur Beurteilung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Zwischen den Erhebungsperioden 1979/85 und 1992/97 erfolgte jedoch eine Ausdehnung der Siedlungsflächen um 32'700 Hektare. Zur Veranschaulichung der Landschaftsersiedelung wird oftmals der Wert von knapp einem Quadratmeter Bodenverbrauch pro Sekunde angeführt. Zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten der Arealstatistik nahm die durchschnittliche Siedlungsfläche pro Einwohner um 3.9 Prozent zu und lag 1992/97 bei 397 Quadratmetern. Mit seinen Massnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von 2002 möchte der Bundesrat den Pro-Kopf-Flächenverbrauch bei 400 Quadratmetern stabilisieren.
- **Zentren-Peripherie Muster der Siedlungsfläche pro Kopf:** In Abbildung 49 sind grosse regionale Unterschiede in der durchschnittlichen Siedlungsfläche pro Einwohner zu erkennen. Die Spannweite reicht von 130 Quadratmetern für Basel-Stadt bis zu 1'180 Quadratmetern für die Region Goms. Anhand der Abbildung 51 lässt sich ein klares Zentren-Peripherie-Muster erkennen. Die Siedlungsfläche pro Kopf nimmt mit zunehmendem Abstand von den Zentren zu.
- **Steigender Wohnflächenbedarf pro Kopf:** Die Entwicklung der Siedlungsflächen pro Einwohner zwischen 1979/85 und 1992/97 offenbart bei einem schweizerischen Durchschnittswert von 3.9 Prozent grosse Unterschiede zwischen den Regionen. Während die Siedlungsfläche pro Kopf in den Agglomerationen vielerorts nur leicht zugenommen, beziehungsweise gar abgenommen hat, ist in vielen ländlichen Regionen des Juras und des Alpenraumes ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen. Eine Zunahme der durchschnittlichen Siedlungsfläche kann auf einen überproportionalen Zuwachs der Siedlungsfläche oder auf eine Abnahme der Bevölkerung zurückgeführt werden. Ein Werkstattbericht des Bundesamtes für Raumentwicklung (Schultz et al. 2003) zeigt, dass auf fast 60% der Siedlungsfläche die Bevölkerungsdichte zwischen 1979/85 und 1992/97 abgenommen hat und führt dies zu einem grösseren Teil darauf zurück, dass die Siedlungsfläche schneller gewachsen ist als die Bevölkerung. In einigen peripheren Räumen ist die Zunahme der Siedlungsfläche pro Kopf jedoch massgeblich auf eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Wichtige Einflussfaktoren für den zunehmenden Flächenverbrauch liegen demnach – bedingt durch veränderte Bevölkerungsstrukturen und gestiegene Wohnansprüche – in der wachsenden Anzahl von Haushalten und im steigenden Wohnflächenbedarf pro Person.

Indikator 15: Wohnungsbestand

Wirtschaftliche und demographische Entwicklung finden letztlich in baulichen Veränderungen ihren Niederschlag im Raum. Auf dem Wohnungsmarkt widerspiegeln sich die Präferenzen der Bevölkerung in Bezug auf ihre persönliche Standortwahl. Im Folgenden wird die Entwicklung des Gesamtwohnungsbestandes als Bilanz zwischen neu erstellten und abgerissenen Wohnungen dargestellt. Die Bau- und Wohnbaustatistik des Bundesamtes für Statistik wird jährlich aktualisiert. Die Angaben zu den neu erstellten Wohnungen und dem Wohnungsbestand werden auf Gemeindeebene erhoben.

Abbildung 52: Entwicklung des Wohnungsbestandes, 1984-2004

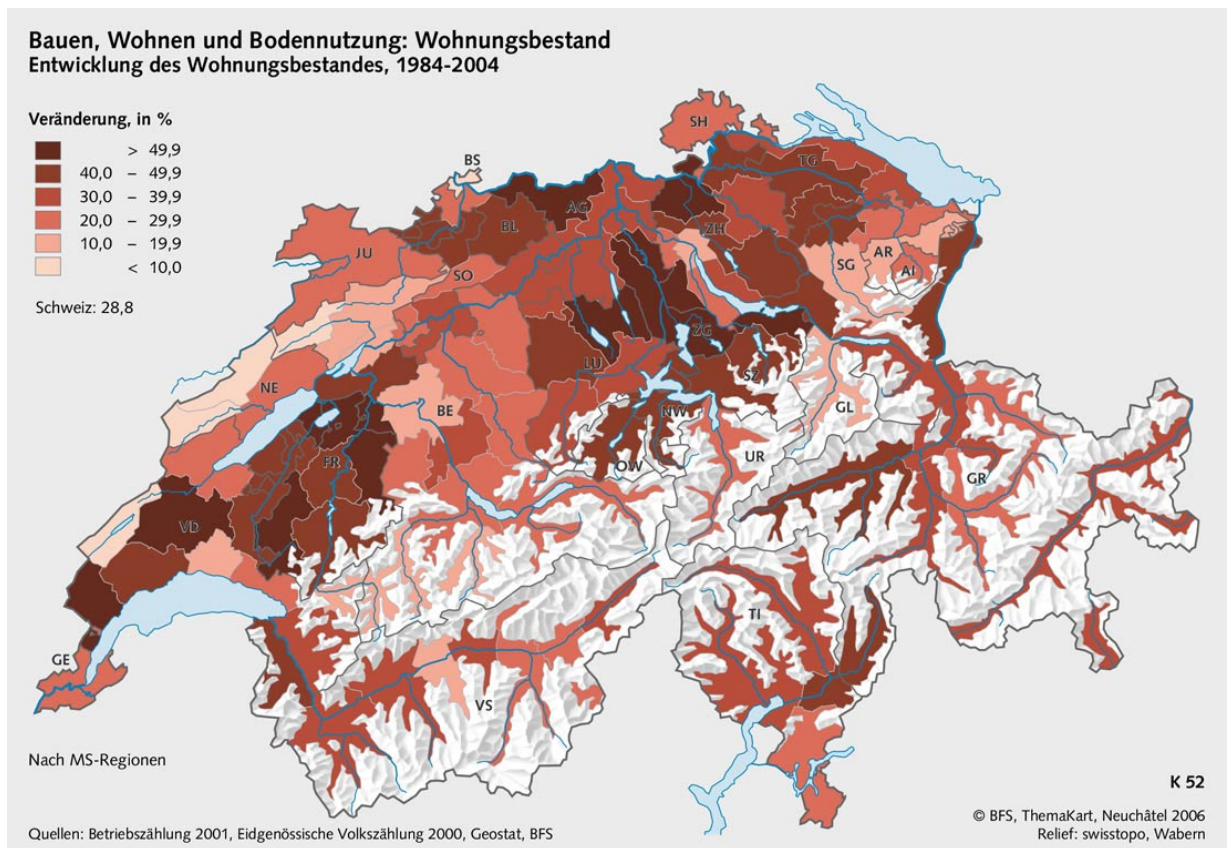


Abbildung 53: Entwicklung des Wohnungsbestandes 1984-2004, nach Raumtypen

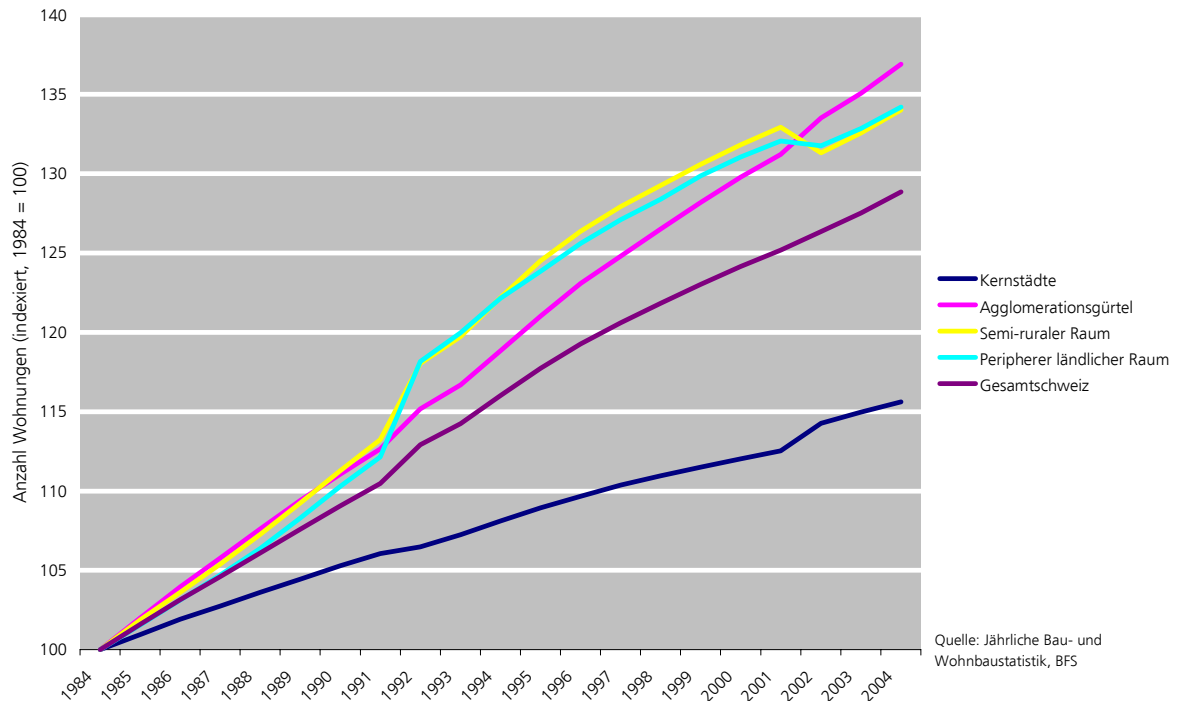
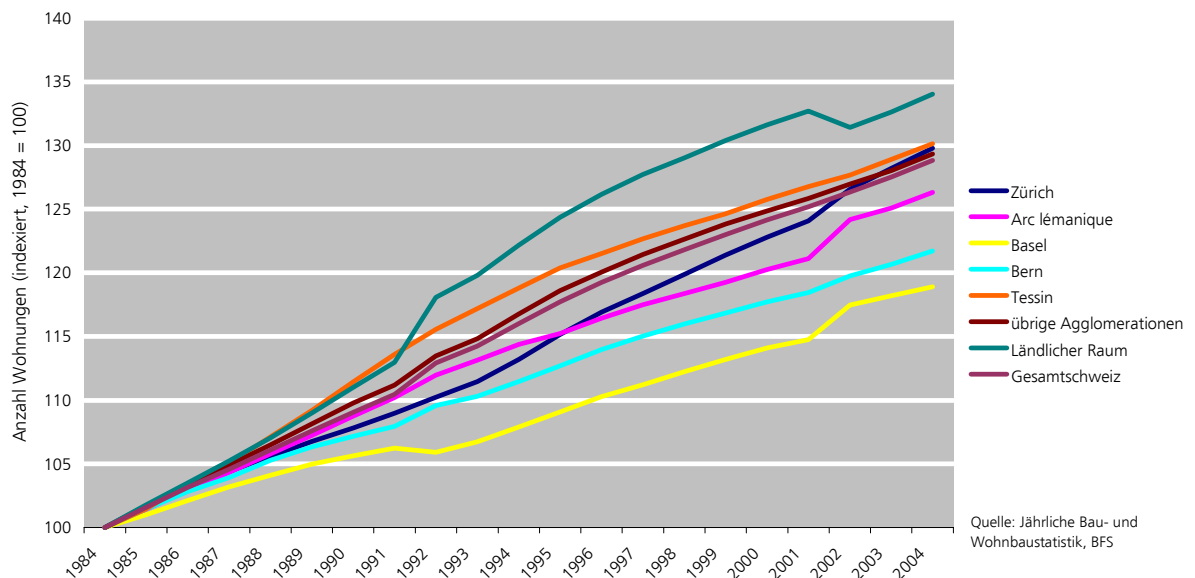


Abbildung 54: Entwicklung des Wohnungsbestandes, 1984-2004, nach Metropolitanregionen



- **Angebots- und nachfrageseitige Einflussfaktoren im Wohnungsmarkt:** Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird durch angebots- und nachfrageseitige Einflussfaktoren angetrieben. Die Haushalte mit ihrer Zahl, ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer Altersstruktur und ihren individuellen Wohnwünschen bestimmen die Nachfrage nach Wohnun-

gen. Auf der Angebotsseite bestimmen die Verfügbarkeit von Bauzonen, die Bodenpreise oder die Höhe der Hypothekarzinsen die Marktentwicklung. Für eine vertiefte Analyse der Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt müsste die absolute Zahl des Wohnungsbestandes mit weiteren Strukturmerkmalen wie dem Alter, der Grösse, der Ausstattung oder den Eigentumsformen der Wohnungen ergänzt werden. In den Agglomerationen und Kernstädten sind zusammen rund 73 Prozent des Wohnungsbestandes konzentriert. Die Verteilung des Bestandes von 3'709'857 Wohnungen im Jahr 2004 gliedert sich wie folgt: Agglomerationsgürtel 42 Prozent, Kernstädte 31 Prozent, semi-ruraler Raum 20 Prozent, peripherer ländlicher Raum 7 Prozent. Dieser Sachverhalt ist als Verbindung der räumlichen Bevölkerungsverteilung gekoppelt mit der geringeren Haushaltsgrösse in den Städten und Agglomerationen zu verstehen.

- **Weiteres Ausgreifen der Siedlungsentwicklung ins Agglomerationsumland:** Der Wohnungsbestand hat zwischen 1984 und 2004 um knapp 30 Prozent zugenommen und ist damit stärker gewachsen als die Bevölkerungszahl, welche im selben Zeitraum um 16 Prozent zugenommen hat. Die durchschnittliche Personenzahl pro Wohnung hat dadurch abgenommen. Die höchsten Wachstumsraten im Wohnungsbestand waren in den Einzugsgebieten der beiden Metropolitanräume Zürich und Arc Lémanique zu verzeichnen, so etwa in den Regionen Nyon, March, Mutschellen oder Gros-de-Vaud (Abbildung 50). Dabei spielt auch die steuerliche Attraktivität einzelner Agglomerationsgemeinde eine wesentliche Rolle. Seit Ende der neunziger Jahre haben sich das Wachstum in den Agglomerationsgürteln und der Trend zur Sub- und Periurbanisierung mit einem weiteren Ausgreifen der Siedlungsentwicklung ins Umland weiter verstärkt. Das relative Wachstum in den Metropolitanräumen Zürich, Basel, Arc lémanique ist besonders stark seit 2001 und deutlich höher als in den Metropolitanräumen Bern und Tessin sowie in der übrigen Schweiz. Dieser Trend ist eng gekoppelt an das Wachstum der Arbeitsmärkte in diesen Metropolitanregionen.
- **Geringe Wohnungsbaudynamik in peripheren Regionen:** Die geringste Dynamik im Wohnungsbau findet sich in zwei Räumen. Zum einen in den Regionen des Jurabogens und weiteren ländlichen Regionen wie dem Glarner Hinterland, dem Pay d'Enhaut oder dem Kandertal. Aufgrund ihrer grossen Distanz zu den Zentren wiesen diese Regionen eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung und in der Folge eine schwache Wohnungsnachfrage auf. Zum anderen hat sich der Wohnungsbestand in den bereits dicht überbauten Kernstädten unterdurchschnittlich entwickelt. Mit der Sub- und Periurbanisierung haben die Kernstädte kontinuierlich Bevölkerungsanteile verloren. Mit verstärkten Bestrebungen im Wohnungsbau, gerade bei grösseren Wohnungen für Familien, und einer erhöhten Attraktivität urbaner Lebens- und Wohnformen (Re-Urbanisierung), konnte diesem Trend in den letzten Jahren entgegen gewirkt werden. Ehemalige Industrieareale wie Zürich-West wurden umgenutzt und zu neuen Wohn- und Arbeitsquartieren entwickelt.

5 Regionale Disparitäten im Überblick

5.1 Gesamtüberblick anhand eines Disparitätenschemas

Die Abbildung 55 fasst die 15 Schlüsselindikatoren regionaler Disparitäten bezüglich Zustand und Veränderung übersichtlich zusammen. Bei denjenigen Indikatoren, welche verschiedene thematische Dimensionen umfassen, wird die Darstellung auf den Kerninhalt konzentriert. Wie die Analysen gezeigt haben, entstehen und verändern sich regionale Disparitäten in einem komplexen Geflecht unterschiedlicher Wirkungszusammenhänge. Die Zusammenfassung und Darstellung in einem Schema bringt zwangsläufig eine Vereinfachung und Verkürzung der inhaltlichen Aussagen mit sich. Die Darstellung erhebt auch nicht den Anspruch, eine pauschale Beurteilung regionaler Disparitäten vornehmen zu können. Sie unterliegt vielmehr der Absicht, für ausgewählte Themen einen rasch erfassbaren Überblick hinsichtlich der räumlichen Disparitäten in der Schweiz zu geben. Sie soll dabei das Interesse wecken, den Ursachen und Konsequenzen räumlicher Prozesse tiefer auf den Grund zu gehen.

Erläuterung der Abbildung: Die Abbildung enthält zur *Zustandsbeschreibung* der regionalen Disparitäten eine Indexierung jedes Indikators. Der gesamtschweizerische Durchschnitt entspricht jeweils dem Wert 100. Der schwarze Kreis gibt den Median wieder, d.h. die Hälfte aller Gebietskörperschaften erreichen Werte die über bzw. unter dem Median liegen. Im Vergleich zum arithmetischen Mittel ist der Median weniger stark beeinflusst durch Extremwerte einzelner Ausreisser. Das 25%-Quantil entspricht der unteren Grenze des gelben Bereiches, das 75%-Quantil der oberen Grenze. Die äussersten Striche markieren das 5% bzw. 95%-Quantil.

Die grünen Pfeile geben für einen ausgewählten Zeitraum die *Veränderung der Disparität* an. Dabei steht das Verhältnis zwischen den Gebietskörperschaften im Fokus, und nicht die absolute Veränderung des Indikators. Als Mass für die Disparität wurde die Differenz zwischen dem 75%- und dem 25%-Quantil gewählt. Dies entspricht dem gelben Bereich der Zustandserfassung, in dem sich die Hälfte aller Werte befindet. Der Pfeil zeigt nach oben bzw. unten, wenn dieser Bereich sich um mindestens 5 Prozent vergrössert bzw. verkleinert hat. Damit wird der Fokus auf die breite Mitte der Gebietskörperschaften gelegt, und nicht auf die Veränderung von Extremwerten, welche in der öffentlichen Diskussion oftmals im Zentrum stehen.

Lesebeispiel: Der Indikator 5 „Qualifikationsniveau der Bevölkerung“ bezeichnet den Anteil der Personen mit tertiärer Ausbildung am Total der erwerbsfähigen Bevölkerung. Die Werte zeigen, dass mehr als drei Viertel aller MS-Regionen (75%-Quantil) einen Anteil Personen mit tertiärer Ausbildung an der Gesamtbevölkerung aufweisen, welcher unter dem gesamtschweizerischen

Durchschnitt liegt. Zwischen dem 75%-Quantil und dem 95%-Quantil kommen einige Regionen zu liegen mit deutlich höheren Anteilen an Personen mit tertiärer Ausbildung. Unterhalb des Mittelwertes ist die Situation gleichmässiger verteilt. Es gibt weniger Regionen mit sehr tiefen Anteilen an Personen mit tertiärer Ausbildung. Diese Darstellung zeigt damit an, dass sich einige Regionen mit einem hohen Anteil an Hochqualifizierten deutlich von der breiten Masse der übrigen Regionen abheben. Der nach unten gerichtete Pfeil macht deutlich, dass sich die Differenz zwischen dem 25% und dem 75%-Quantil von 1980 bis 2000 um mindestens 5 Prozent reduziert hat. Die breite Mitte der Regionen ist demzufolge näher zusammengerückt, die Disparitäten zwischen den Regionen haben sich verringert.

Methodische Bemerkungen: Bei der Interpretation der Abbildung sind einige methodische Einschränkungen zu beachten. So ist ein direkter Vergleich der verschiedenen Indikatoren zum Zustand der regionalen Disparitäten nicht zulässig. Sie zeigen für voneinander abweichende Zeitpunkte eine Zustandsbeschreibung auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen von Gemeinden, MS-Regionen und Kantonen. Das Ausmass der Disparitäten wird durch die unterschiedliche Anzahl der jeweiligen Gebietskörperschaften beeinflusst. Die Beurteilung der Veränderung erfolgt auf dem Vergleich des Disparitätenmasses zwischen zwei Zeitschnitten. Unterschiedliche Entwicklungsverläufe zwischen diesen beiden Zeitpunkten bleiben unberücksichtigt. Zudem basiert die Darstellung der Veränderung der einzelnen Indikatoren auf unterschiedlichen Zeitschnitten bzw. Zeitperioden.

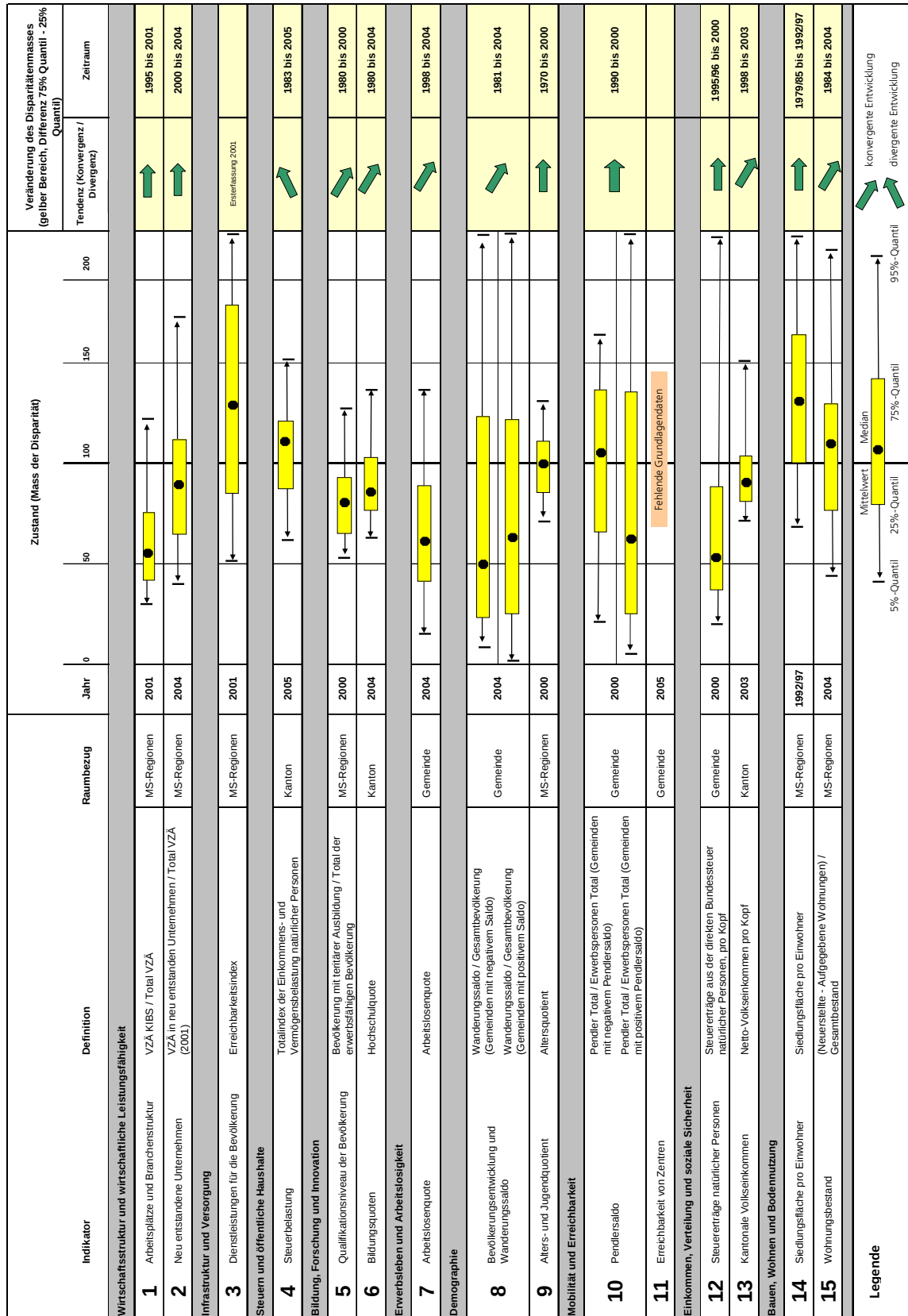


Abbildung 55: Gesamtbild regionaler Disparitäten: Zustand und Entwicklung

Zustandsbeschreibung regionaler Disparitäten

Die meisten Indikatoren wie der Altersquotient, der Steuerbelastungsindex oder die Siedlungsfläche pro Kopf erfassen räumlich unterschiedliche Zustände. Einzelne Indikatoren wie die Arbeitsplätze in neu gegründeten Unternehmen oder die Veränderung des Wohnungsbestandes beschreiben demgegenüber Veränderungen und weisen auf differierende Entwicklungen hin. Die einzelnen Indikatoren weisen in ihrem Disparitätenmass unterschiedliche Verteilungen auf. Dies gibt Hinweise auf die räumliche Charakteristik des Indikators. So zeigen etwa die Steuererträge natürlicher Personen aus der direkten Bundessteuer eine räumlich sehr ungleichmässige Verteilung. Mehr als drei Viertel aller Gemeinden weisen ein durchschnittliches Steueraufkommen pro Kopf auf, welches unter dem schweizerischen Mittelwert liegt. Rund die Hälfte der Gemeinden erreichen gar nur 50 Prozent des Durchschnittswertes. Wenige Gemeinden mit sehr hohen durchschnittlichen Steuererträgen stehen einer Grosszahl von Gemeinden mit vergleichsweise geringem Steueraufkommen gegenüber. Eine ähnliche Situation wird bei den kantonalen Volkseinkommen pro Kopf ersichtlich. Ein bedeutender Teil der Kantone liegt, wenn auch nur geringfügig, unter dem gesamtschweizerischen Durchschnittswert. Dieser wird stark durch einige wenige Kantone beeinflusst, deren Volkseinkommen sich deutlich abheben. Zu beachten gilt es dabei, dass sich Disparitäten auf regionaler oder kantonaler Ebene stärker ausgleichen. Auf der kleinmasstäblichen Ebene der Gemeinden besteht aufgrund der enormen Unterschiede zwischen den grossen Städten und der grossen Zahl an Klein- und Kleinstgemeinden zwangsläufig eine grössere Spannweite. So bei der Arbeitslosenquote, wo die Mehrheit der Gemeinden deutlich unter, die grossen Städte jedoch vielfach über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote liegen. Die grosse Spannweite bei Indikator 2 ‚Arbeitsplätze in neu entstandenen Unternehmen‘ und Indikator 15 ‚Veränderung des Wohnungsbestandes‘ deutet auf grosse regionale Unterschiede in der Entwicklungsdynamik hin. Starke Wachstumsregionen stehen Regionen mit einer unterdurchschnittlichen Dynamik oder gar einer wirtschaftlichen Stagnation gegenüber. Die Siedlungsfläche pro Einwohner oder der Erreichbarkeitsindex wiederum widerspiegeln (siedlungs-)strukturelle Differenzen im Zentren-Peripherie-Muster der Schweiz. Auf der einen Seite stehen die grossstädtisch geprägten MS-Regionen mit einer hohen Siedlungsdichte und einer hohen Zentralität in Bezug auf die Versorgung mit Dienstleistungen für die Bevölkerung. Auf der anderen Seite befindet sich die Mehrzahl der eher ländlichen Regionen mit einer höheren Flächenbeanspruchung pro Kopf.

Veränderung regionaler Disparitäten

Die Pfeildarstellung in Abbildung 55 gibt Aufschluss über die Veränderung regionaler Disparitäten in den Schweiz: Ist in den einzelnen Indikatoren eine konvergente oder divergente Entwicklung der Gebietskörperschaften zu erkennen? Die Pfeilrichtung zeigt jedoch nicht an, in welche Richtung sich der Indikator gesamthaft bewegt, ob beispielsweise die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote im genannten Zeitpunkt gestiegen oder gefallen ist. Ein einheitlicher Trend

der Entwicklung regionaler Disparitäten ist nicht ersichtlich. Kurzfristige konjunkturell bedingte Effekte vermischen sich mit langfristig wirkenden Strukturveränderungen. Eine Querschnittsbetrachtung der Indikatoren zeigt voneinander abweichende, sich teilweise überlagernde Entwicklungen auf verschiedenen Massstabsebenen.

Deutlich zugenommen haben in den letzten zwanzig Jahren die grossräumigen Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Kantonen. In einem zunehmend verschärften Steuerwettbewerb hat sich die Polarisierung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen verschärft. Demgegenüber ist bei den Bildungsindikatoren eine konvergente Entwicklung festzustellen. Ausgehend von einem tiefen Ausgangsniveau zeigen die häufig ländlich geprägten Regionen bzw. Kantone einen Aufholeffekt.

Der Pfeil für die Veränderung der regionalen Disparitäten bezieht sich auf die Veränderung der Differenz zwischen dem 25%- und dem 75%-Quantil. Damit kann eine Einschätzung zur Entwicklung in der breiten Mitte der Gebietskörperschaften vorgenommen werden: Rückt das Gros der Gemeinden, Regionen oder Kantone näher zusammen oder zeigt sich ein Trend zur Divergenz? Veränderungen der positiven und negativen Extremwerte bleiben in dieser Betrachtung unberücksichtigt. Zusätzliche Erkenntnisse liefern die in der Abbildung nicht ersichtlichen Veränderungen des 5%- bzw. des 95%-Quantils. Diese weisen für die meisten Indikatoren dieselbe Entwicklungsrichtung auf. Eine Ausnahme bilden hierbei die beiden Indikatoren 12 'Steuererträge natürlicher Personen' und 13 'Kantonale Volkseinkommen'. Bei den Steuererträgen natürlicher Personen pro Kopf aus der direkten Bundessteuer haben sich die Disparitäten im Mittelbereich der Verteilung kaum verändert. Am unteren und oberen Rand der Verteilung zeigt sich indessen eine divergente Entwicklung: Die reichsten Gemeinden werden immer reicher, die ärmsten Gemeinden immer ärmer. Gekoppelt mit der Steuerbelastung, in welcher sich ebenfalls wachsende Disparitäten ergeben, entstehen sich verstärkende Effekte in positiver und negativer Hinsicht. Dieselbe Entwicklung ist in abgeschwächter Form auch bei den kantonalen Volkseinkommen pro Kopf zu erkennen. Der breite Durchschnitt der Kantone rückt näher zusammen. Die einkommensstarken Kantone konnten hingegen ihre Stellung weiter verbessern, während die Kantone mit deutlich unterdurchschnittlichen Volkseinkommen weiter an Terrain eingebüsst haben.

5.2 Regionale Disparitäten – eine Betrachtung auf verschiedenen Massstabsebenen

Die Ausführungen im vorangehenden Kapitel 5.1 haben deutlich gemacht, dass einfache Antworten für die komplexe Frage zur Entstehung, dem Zustand und der Entwicklung regionaler Disparitäten nicht möglich sind. Regionale Disparitäten und deren Veränderung sind das Ergebnis sich überlagernder Prozesse auf unterschiedlichen räumlichen Massstabsebenen. Dementsprechend müssen auch eine Querbetrachtung der Indikatoren und ein Gesamtbild regionaler Disparitäten auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Wie bereits einleitend festgehalten wurde, beinhaltet eine Betrachtung regionaler Disparitäten neben einem funktional-thematischen immer auch einen politisch-institutionellen Zugang. Im Folgenden werden deshalb auch Bezüge zu aktuellen politischen Fragestellungen hergestellt.

Regionale Disparitäten und Metropolitanregionen

Wie die Analysen gezeigt haben, wird die grossmassstäbliche Ebene der Metropolitanregionen in zunehmendem Masse zu einem entscheidenden Einfluss- und Erklärungsfaktor räumlicher Prozesse. Die Metropolitanregionen als Verdichtungsräume von Städten und Agglomerationen sowie weniger verdichteten Zwischenräumen sind geprägt durch vielfältige funktionale Verflechtungen. Die einzelnen Teilräume wirken dabei auf der Basis einer Funktionsteilung zusammen und ergänzen sich durch unterschiedliche Standortqualitäten in einem Gesamtkontext. Anhand der Schlüsselindikatoren können verschiedene Prozesse auf metropolitanem Massstab identifiziert werden.

- Die Indikatoren 1 und 2 'Arbeitsplätze und Branchenstruktur' und 'Arbeitsplätze in neu gegründeten Unternehmen' illustrieren den Trend zur Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung in den Metropolitanregionen. Besonders herauszustreichen ist die räumliche Konzentration wissensintensiver und oftmals wertschöpfungsstarker Wirtschaftsbranchen. Sie profitieren von der internationalen Vernetzung und Anbindung sowie den face-to-face Kontakten in den Zentren.
- Das wirtschaftliche Wachstum in den Metropolitanräumen steigert ihre Attraktivität als breit abgestützte und gleichzeitig hochspezialisierte Arbeitsmärkte mit entsprechendem Lohnniveau, gerade für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Entsprechend hebt sich das Qualifikationsniveau der Bevölkerung in den städtischen Räumen deutlich ab, wie Indikator 5 verdeutlicht. Demgegenüber leiden viele Randregionen aufgrund der sehr engen Arbeitsmärkte und fehlender berufliche Aufstiegsmöglichkeiten unter einer Abwanderung hochqualifizierter Bevölkerungsteile ("Brain-drain").

- Das wirtschaftliche Wachstum der Metropolitanräume geht mit einem positiven Wanderungssaldo und einer entsprechenden Bevölkerungszunahme einher (Indikator 8). Das Bevölkerungswachstum schlägt sich letztlich im Immobilienmarkt nieder. Neue Wohnüberbauungen prägen das Bild in vielen Agglomerationsgemeinden, insbesondere in den weniger dicht besiedelten Gemeinden im äusseren Agglomerationsring (Indikator 15). Die Agglomerationen greifen dabei immer stärker in den ländlichen Raum aus.

Das Zusammenspiel dieser Prozesse führt dazu, dass die Metropolitanregionen zunehmend als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Erscheinung treten. Insbesondere die beiden grossen Wirtschaftsräume Zürich/Nordschweiz und der Arc Lémanique verzeichnen ein sehr dynamisches Wachstum. In diesen Metropolräumen konzentriert sich die Wertschöpfungskraft der schweizerischen Volkswirtschaft. Sie entwickeln sich durch ihre herausragende Dichte an Austauschbeziehungen von branchenspezifischem, hochwertigem Wissen zu Motoren wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und räumlicher Dynamik.

Mit den Metropolitanregionen gewinnt eine neue, nicht institutionalisierte und weit ausgreifende Massstabsebene an Bedeutung, welche sich nicht mit dem Schema des schweizerischen Föderalismus erfassen lässt. Die Metropolregionen als relevante Handlungsebene rücken deshalb erst langsam ins Bewusstsein der politischen Akteure. Die Tatsache, dass die Metropolitanräume weit über die bestehenden politisch-administrativen Grenzen hinausreichen, stellt die Raumentwicklungspolitik vor neue inhaltliche und institutionelle Herausforderungen.

Regionale Disparitäten und nationaler Ausgleich

Die Prozesse auf der funktionalen Ebene der Metropolitanräume beeinflussen auch die sozio-ökonomische Entwicklung der Kantone. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird in zunehmendem Masse durch ihre Einbindung in grossregionale Zusammenhänge bestimmt. Innerhalb der Metropolitanregionen hat sich der Standortwettbewerb zwischen den Kantonen verschärft, wie etwa die kantonalen Steuerbelastungsunterschiede deutlich machen (Indikator 4, Abbildung 15). Aufgrund ihrer strukturellen Grundlagen treten die Kantone mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in diesen Wettbewerb. Zu den Gewinnern zählen vorwiegend Kantone im Einzugsbereich der grossen Wirtschaftsräume. Ausgezeichnet eingebunden in den Wirtschaftsraum Zürich können Kantone wie Zug oder Schwyz ihre Vorteile der Lagegunst in Bezug auf Steuerklima und Wohnattraktivität ausspielen. Vor einer schwierigen Situation stehen zahlreiche ländlich geprägte Kantone des Jurabogens und im Alpenraum. Aufgrund ihrer strukturellen und finanziellen Schwächen geraten diese Kantone zunehmend unter Druck und stehen vor der Gefahr, mit einem Verlust an Arbeitsplätzen und Bevölkerung den Anschluss an die Wirtschaftszentren zu verlieren. Neben diesen Disparitäten entlang eines grossräumigen Zentren-Peripherie Musters lässt sich eine zweite Bruchlinie erkennen. Die Indikatoren 4 'Steuerbelastung' und 7 'Arbeitslosenquote' deuten auf ein sprachregional geprägtes Ost-West-Gefälle hin.

Die wachsenden Disparitäten zwischen den Kantonen berühren zwei wesentliche Fragen im politischen Selbstverständnis der Schweiz. Welcher Ausgleich zwischen den Kantonen ist anzustreben? Welche Reformen sind im schweizerischen Föderalismus von Nöten? Angesprochen wird dabei die Gratwanderung zwischen Wettbewerbsfähigkeit und nationaler Kohäsion, wie sie auch bei der Debatte zur Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (NFA) im Zentrum steht. Neben der Steigerung der Effizienz durch eine klarere Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen bildet der Abbau der grossen Unterschiede in der Finanzlage der Kantone mittels eines Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs eine zentrale Zielsetzung des NFA. Neben diesem Projekt zur Reform des Föderalismus werden immer wieder auch Gebietsreformen auf unterschiedlichen Massstabsebenen diskutiert, von Gemeindefusionen über Zusammenarbeitsmodelle in den Agglomerationen bis hin zu möglichen Kantonsfusionen.

Regionale Disparitäten und periphere Räume

Dem Trend zur Konzentration in den Metropolitanräumen stehen Stagnations- und Schrumpfungsprozesse in peripheren Räumen gegenüber. Anhand der Indikatoren zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wirtschaftsstruktur (Indikatoren 1 und 2) sowie der Demographie (Indikatoren 8 und 9) wird Ende der neunziger Jahre ein Trendbruch zu Gunsten der städtischen Räume ersichtlich, wie er auch von Schuler, Perlik, Pasche (2005) konstatiert wird. Nachdem die ländlichen Räume lange Zeit von einem dezentralen Wachstum profitieren konnten, trat mit dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung der Zentren-Peripherie Gegensatz wieder stärker hervor. Die Analyse darf dabei jedoch keinesfalls auf den einfachen Gegensatz zwischen Stadt und Land reduziert werden, zumal eine eindeutige Trennung mit der Verstärkung funktionaler Verflechtungen zunehmen schwieriger wird. Wie verschiedene Indikatoren deutlich gemacht haben, zeigen sich auch innerhalb der ländlichen Räume deutlich unterschiedliche Entwicklungen. Das Bundesamt für Raumentwicklung hat eine Typologie eingeführt, welche drei ländliche Raumtypen ausweist: den periurbanen ländlichen Raum, alpine Tourismuszentren und den peripheren ländlichen Raum (ARE 2005). Auch wenn in der vorliegenden Studie nicht dieselben Raumtypologien verwendet wurden, wird doch ersichtlich, dass die grössten Herausforderungen mit einem Verlust an Arbeitsplätzen und Bevölkerung sowie einer zunehmenden Überalterung verstärkt im peripheren ländlichen Raum anzutreffen sind. Der Indikator 3 'Dienstleistungen für die Bevölkerung' verdeutlicht die Problematik dieser strukturschwachen Räume. Die schwindende Bevölkerungsbasis gefährdet die Funktionsfähigkeit der regionalen Versorgung und Infrastrukturausstattung. Der Strukturwandel in verschiedenen Politikfeldern wie der Landwirtschaftspolitik, der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen oder der Binnenmarktreform verstärkt zusätzlich den wirtschaftlichen Druck auf die peripheren Räume.

Mit der Grundversorgungspolitik will der Bund eine flächendeckende und sichere Grundversorgung mit Infrastrukturleistungen aufrechterhalten. Während die Grundversorgungspolitik eine zentrale Ausgleichsfunktion übernehmen soll, orientiert sich die Neue Regionalpolitik am Ziel der

wirtschaftlichen Entwicklung. Mit der Stärkung von Unternehmertum, Innovationskraft und Wertschöpfungssystemen will sie zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Regionale Disparitäten und polyzentrische Entwicklung

Gehören die Metropolitanräume insgesamt zu den "Gewinnern" der wirtschaftlichen Entwicklung, zeigen sich innerhalb der Agglomerationen anhand der Indikatoren deutliche Differenzen zwischen den Kernstädten und den Gemeinden des Agglomerationsgürtels.

- Die eigentlichen Zentren der wirtschaftlichen Dynamik mit hohen Arbeitsplatzzunahmen finden sich in den Umlandgemeinden der Grossagglomerationen. Sie profitieren nicht nur von Unternehmensverlagerungen aus den Kernstädten heraus, sondern bieten auch ein attraktives Umfeld für die Gründung neuer Unternehmen. Dadurch wandelt sich das räumliche Muster von einer Kernstadt-Umland Beziehung zu einer polyzentrischen Stadtlandschaft, in der unterschiedliche Standorte verschiedenartige Funktionen übernehmen.
- Sind es beim Arbeitsplatzwachstum vielfach die kernstadtnahen Regionen wie das Limmattal oder das Glattal, welche überdurchschnittliche Entwicklungen aufweisen, schreitet bei der Bevölkerungsentwicklung die Periurbanisierung mit einem Wachstum in den weniger dicht besiedelten Gemeinden im äusseren Agglomerationsring und einem anhaltenden Flächenverbrauch weiter voran. Demgegenüber haben die Kernstädte im Zuge der Suburbanisierung zum Teil massiv an Einwohnern verloren, was in den achtziger und neunziger Jahren grosse soziale und in der Folge finanzielle Probleme mit sich gebracht hat ("A-Stadt Problematik"). Seit einigen Jahren zeichnet sich indessen mit einer Aufwertung urbaner Wohn- und Lebensformen ein Trend zur Reurbanisierung ab. Mit der Umnutzung von Industriearealen werden attraktive Wohnangebote für besserverdienende Bevölkerungsgruppen geschaffen.
- Wie der Indikator 10 'Pendlersaldo' verdeutlicht, findet die polyzentrische Entwicklung mit ihren Veränderungen in der Arbeitsplatzstruktur und den Wohnstandorten einen Niederschlag in den Pendleraktivitäten. Die Pendlerdistanzen werden, ermöglicht durch verbesserte Verkehrsinfrastrukturen, immer länger. Die Einzugsgebiete der metropolitanen Arbeitsmärkte dehnen sich weiter aus. Das Muster der Pendlerbeziehungen wird komplexer. Neben den Pendlerströmen von den Umlandgemeinden in die Kernstädte sind zunehmend auch tangentielle Pendlerbewegungen zwischen den Agglomerationsgemeinden zu beobachten.

Mit der Formulierung einer "Agglomerationspolitik des Bundes" im Jahr 2001 haben die besonderen Problemlagen der urbanen Räume auf bundespolitischer Ebene ein grösseres Gewicht erhalten. Eine der wesentlichen Herausforderungen besteht darin, dass die Probleme der Agglomerationen im Bereich der Verkehrs- und Umweltbelastung oder der sozialen Segregation nur in einer gemeindeübergreifenden Kooperation angepackt werden können. Mit so genannten Agglomerationsmodellvorhaben sollen institutionelle Erfahrungen gesammelt und die horizontale Zusammenarbeit verstärkt werden.

6 Literatur

- ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) (2005): Raumentwicklungsbericht 2005. Bern.
- Bergmann, H.; Volery, T. (2006): Regionale Unterschiede von Unternehmensgründungen in der Schweiz. In: Schweizerische Volkswirtschaft. 6/2006. S. 43-46.
- Carnazzi Weber, S.; Golay, S. (2005): Interne Migration in der Schweiz. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2005a): Die Raumgliederungen der Schweiz. Neuchâtel.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2005b): Dienstleistungen für die Bevölkerung: räumliche Verteilung 1995-2001. Analyse aufgrund der Betriebszählung. Neuchâtel.
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2004): Demografische Entwicklung in den Kantonen von 2002 bis 2040. Neuchâtel.
- BFS (Bundesamt für Statistik), BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft), AR (Bundesamt für Raumentwicklung) (2003): Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Indikatoren und Kommentare. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.
- BK (Schweizerische Bundeskanzlei), BFS (Bundesamt für Statistik) (2004): Indikatoren als strategische Führungsgrößen für die Politik. Bericht des Bundesrats vom 25. Februar 2004 in Erfüllung des Postulats «Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsinstrument » (00.3225) der nationalrätlichen Legislaturplanungskommission (00.016 NR). Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.
- BLW (Bundesamt für Landwirtschaft) (2005): Agrarbericht 2005. Bern.
- Credit Suisse (2006): Was den Haushalten unter dem Strich bleibt: Das verfügbare Einkommen in der Schweiz. Credit Suisse Economic Research, Zürich.
- Credit Suisse (2001): Bevölkerung und Einkommen – ein Vergleich der Schweizer Kantone. Credit Suisse Economic Research, Zürich.
- Dümmli, P. (2005): Wissensbasierte Cluster in der Schweiz: Realität oder Fiktion? Das Beispiel der Medizinaltechnik. Dissertation ETH Zürich, Zürich.
- Frick, R.; Wüthrich, P.; Zbinden, R.; Keller, M. (2005): Pendlermobilität in der Schweiz. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.

- Gaillard, S.; Oesch, D. (2001): Wodurch erklären sich die Unterschiede in der Steuerbelastung der Kantone? Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Zürich.
- MONET: BFS (Bundesamt für Statistik), BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft), ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) (2003): Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Indikatoren und Kommentare. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.
- ROREP (Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnungs- und Regionalpolitik) (2003): Räumliche Unterschiede in der Steuerbelastung und regionale Wettbewerbsfähigkeit. Zürich.
- Schuler, M.; Perlik, M. Pasche, N. (2004): Nicht-städtisch, rural oder peripher – wo steht der ländliche Raum heute? ARE, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern.
- Schultz, B.; Schilter, R.; Schmid, W. (2005): Siedlungsentwicklung Schweiz. Analyse auf der Grundlage der Arealstatistik 1979/85 und 1992/97: Entwicklung – Situation – Trends. ARE, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern.
- Sheldon, G. (1999): Die Langzeitarbeitslosigkeit in der Schweiz – Diagnose und Therapie. Haupt Verlag, Bern.
- Thierstein, A.; Kruse, C.; Glanzmann, L.; Gabi, S.; Grillon, N. (2006): Raumentwicklung im Verborgenen. Die Entwicklung der Metropolregion Nordschweiz. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich.
- Thierstein, A.; Abegg, C; Pfister Giaouque, B.; Rey, M.; Natrup, W.; Thoma, M. (2005): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Schweizer Berggebiet. Haupt Verlag, Bern.